

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



21. November 1981
Jg. 2 Nr. 24

G 7756 D Preis:
2 DM



Lohnbewegung: Ein Forderungsvolumen von rd. 10% wäre nicht übertrieben, sondern wirtschaftlich notwendig und politisch sinnvoll Seite 3



Philippinen: US-Marcos-Diktatur kann Neue Volksarmee weder zerschlagen noch isolieren Seite 32



Friedensvertrag: „Deutschlandvertrag“ und sowjetischer Vorschlag von 1959 Seite 37

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

Inhalt

Lohnbewegung: Ein Forderungsvolumen von rd. 10% wäre nicht übertrieben, sondern wirtschaftlich notwendig und politisch sinnvoll	Seite 3
Liberal: Innenminister Baum befreit Arbeitsmarktdruck von tariflichen Zwängen	Seite 4
Arbeitsmarktbedingungen Metallverarbeitung	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
US-Automobilarbeiter: Kapitalisten fordern Reallohnsenkung — am besten auf „japanisches Niveau“	Seite 7
Seeschifffahrt: Reduzierung der „Regelbesatzungen“ geplant	Seite 7
Lehrerarbeitslosigkeit: Bund und Länder arbeiten an der Einebnung hoher Einkommen	Seite 8
Zuckerkampagne '81: Bessere Erträge, aber wenig Zuckerprozent	Seite 9
Waffenlager: Was wußte der Verfassungsschutz? Zeuge kann nicht mehr aussagen	Seite 10
Breschnew-Besuch: Wer demonstriert in Bonn?	Seite 11
BRD—Südafrika: Regierung fördert Waren- und Kapitalexport	Seite 12
Spanien: Nach NATO- jetzt EG-Eintrittserpressung ...	Seite 12
Türkei: Das Programm der Militärdiktatur ist von den westlichen Imperialisten diktiert — BRD dabei führend	Seite 13
Die Politik Atatürks zum Aufbau einer unabhängigen Türkei	Seite 14
Gewerkschaftsbewegung kann Putsch nicht verhindern	Seite 16
Landwirtschaft in der Türkei: Obst- und Gemüseplantage der EG?	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Niedriglohnbetrieb Bosch: Bosch „qualität“ in Akkordhetze und Arbeitskraftverschleiß	Seite 19
NRW-Haushalt: Erzieher nur noch Halbtagskräfte	Seite 19
Startbahn West: Landesregierung beharrt auf „Rechtsstandpunkt“, CDU verlangt mehr Glaubwürdigkeit	Seite 20
Sozialhilfe: „Sparprogramm“ gegen Alte, Kranke, Behinderte	Seite 21
Hochschulen: Aktionstage in Baden-Württemberg	Seite 21
„Spar“pläne Hannover: Gemeinsamer Kampf gegen Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich	Seite 22

Beschlüsse gegen „Spar“pläne	Seite 22
Druckindustrie: Neue Angestelltegehaltstarife	Seite 23
§ 129/129a: 24 Ermittlungen in zwei Landkreisen	Seite 23
Rekruten Rockenhausen: Maßnahmen gegen die Betriebsvereidigung	Seite 24
Ausländerpolitik: Initiativen der Regierung in Stuttgart	Seite 24
Untere Lohngruppen: Arbeiterinnen und Arbeiter aus unteren Lohngruppen berichten: Niedrige Löhne bei höchstem Arbeitstempo	Seite 25
Gespräche mit einer Siemens-Arbeiterin — Wie kommen wir mit dem Lohn aus?	Seite 26
Stichwort: Untere Lohngruppen	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
Frankreich: Gewerkschaftsoffensive für Arbeitszeitverkürzung bewirkt erste Erfolge	Seite 29
Österreich: VEW kürzen Sozialleistungen	Seite 29
DDR: Elektronik: das meiste geht in den Export	Seite 30
Guatemala: Wichtige Erfolge des bewaffneten Widerstandes	Seite 30
Bolivien: Forderungen der Gewerkschaftsbewegung	Seite 31
UdSSR/Äthiopien: Ihr liefert Kaffee, wir Maschinen ...	Seite 31
Philippinen: US-Marcos-Diktatur kann Neue Volksarmee weder zerschlagen noch isolieren	Seite 32
Dokumente der philippinischen Revolution	Seite 33
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
Jäger des verlorenen Schatzes: Hitler und die Bundeslade: Actionfilm verbreitet mythische Geschichtserklärung	Seite 34
Viel Geld für wenig Action	Seite 34
Subtil Chauvinistisches für die Jugend	Seite 34
Dick gegen die Erkennbarkeit der Welt	Seite 35
EKD-Denkschrift: „Atomare Mindestabschreckung“: Vorschlag zur Friedenssicherung?	Seite 35
Friedensvertrag: „Deutschlandvertrag“ und sowjetischer Vorschlag von 1959	Seite 36
„Reagonomics“: Absichtsvolle Unverschämtheiten über „Reichtum und Armut“	Seite 37
Lohnsenkung setzte im öffentlichen Dienst bereits 1980 ein	Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3–12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13–17) Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional (S. 18–27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28–33): Ulrich Grothus; für Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge (S. 34–37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Ein Forderungsvolumen von rd. 10% wäre nicht übertrieben, sondern wirtschaftlich notwendig und politisch sinnvoll

Der Angriff auf den Lebensstandard der lohnabhängigen Bevölkerung rollt. Zu Beginn des Jahres schien die in der bürgerlichen Öffentlichkeit angepeilte Marke noch begrenzt. Wegfallen, jedenfalls für Leute, die einfache, d.h. schwere Arbeit verrichten, sollten: die Möglichkeit bzw. Hoffnung, ein Auto unterhalten zu können, die Möglichkeit bzw. Hoffnung, eine Wohnung zu

dards auch auf diesem Gebiet des täglichen Lebens bereits eingesetzt hat.

Man fragt sich, wie die relativ geringen Kaufkrafteinbußen, die sich errechnen lassen, bereits zu so einschneidenden Wirkungen führen können. Wie kann denn ein Lohnverlust, der in Kaufkraft gefaßt vielleicht zwei Prozent betragen mag, zum Verlust der Möglichkeit einer Urlaubsreise führen? Wie

werden nicht ausreichen, um verschlissene Haushaltsgüter zu ersetzen. So kann ein simpler Autounfall den Lebensstandard einer Arbeiterfamilie ruckartig herabsetzen.

Inzwischen ist die zum letzten Jahreswechsel aufgestellte Marke von der öffentlichen Meinung noch weiter herabgedrückt. Das ist vor allem eine Tat der Unionsparteien, aber nicht nur dieser.

Die Regierungskoalition hat über die öffentlichen Haushalte Maßnahmen ergriffen, die den ganzen Bereich der öffentlichen, über die Steuer- und Versicherungszahlung kollektiv finanzierten Leistungen an die Arbeiterbevölkerung betreffen. Bezieher mittlerer und niedriger Lohn- und Gehaltseinkommen können etliche Hoffnungen oder auch gesicherte Erwartungen abschreiben: die Hoffnung, ihren Kindern, durch Lehrmittelfreiheit und BaFöG unterstützt, eine bessere schulische Bildung angedeihen zu lassen, die Hoffnung, im Krankheitsfalle nicht kostensparend, sondern anständig behandelt zu werden, die Hoffnung, im Falle der Betroffenheit ihres Berufsgeschickes von Rationalisierung zu einer menschenwürdig finanzierten Umschulung zu kommen. Die Hoffnung, einen Kinderkrippen- oder Kindergartenplatz zu finden zu bezahlbaren Preisen. Von alledem bleiben sicher bloß die Steuerlast und die Belastung durch Versicherungskosten. Die SPD/FDP-Koalition ist dazu übergegangen, die relativen Sicherungen gegen Schicksalsschläge, wie sie der Kapitalismus an die Lohnabhängigen auszuteilen vermag, in persönliche Risiken, zu tragen von den Betroffenen, umzugestalten.

Nehmen die persönlichen Risiken zu, muß das Bestreben der Betroffenen zunehmen, sich durch persönliche Bindungen doch noch abzusichern. Das wiederum wittert die Union. Die Familie sei immer noch die stärkste Gemeinschaft und Bindung, verkündete Karl Carstens zum letzten Weihnachtsfest. Inzwischen ist dieser Schleim zu einem ökonomischen Konzept gediehen. Die Union rechnet inzwischen, daß eine Zusammenfassung der Reproduktion der Lohnabhängigen in Familien und Sippschaften ermöglichen würde, den Lohn für einen erheblichen Teil der Arbeiterbevölkerung unter die Marke zu senken, die einem einzelnen Er-



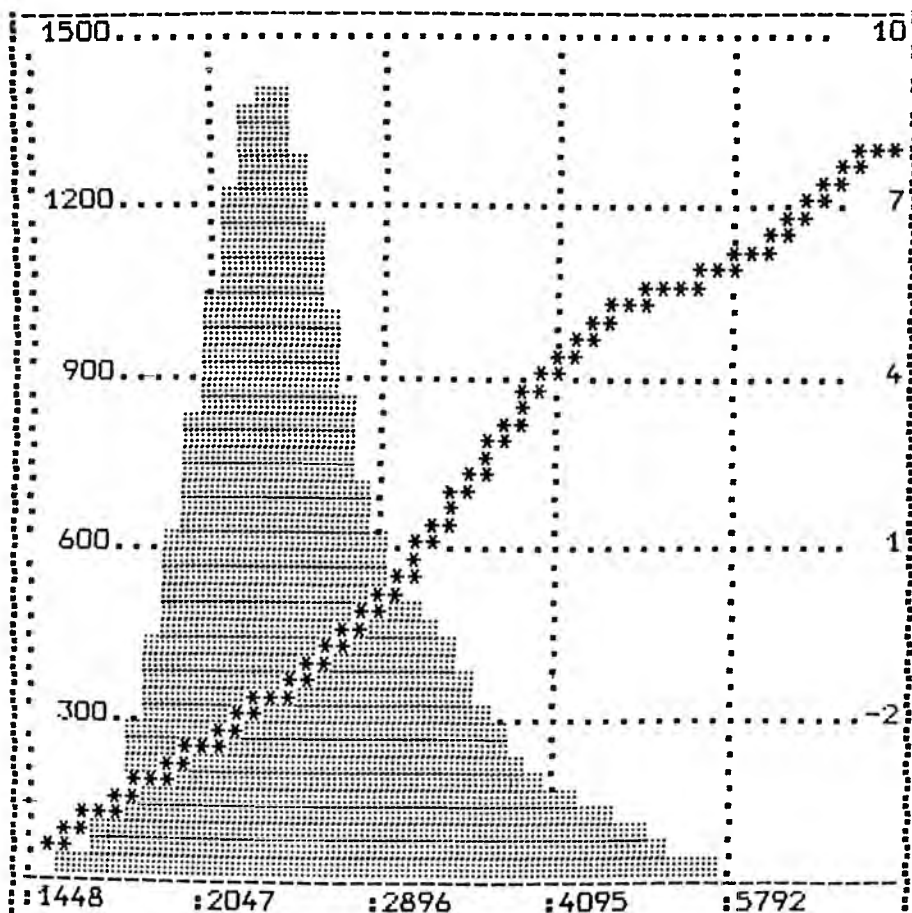
aus: Der Gewerkschafter, Monatszeitschrift für die Funktionäre der IG Metall, November 1981

ermieten, in der pro Person ein Zimmer möglich sei, und wegfallen sollte der im Ausland verbrachte Erholungsurlaub. Tatsächlich haben sich die entsprechenden statistischen Daten bereits in diesem Jahr beachtlich bewegt. Für Bezieher niedriger Lohneinkommen ist ein Rückgang des Auslandsreiseverkehrs statistisch eindeutig nach der Urlaubsperiode. Ebenso läßt der sinkende Treibstoffverbrauch vermuten, daß zuerst die Benutzbarkeit und sodann der Besitz eines Autos in eben diesen Einkommensbereichen zurückgeht.

Die Verschiebungen auf dem Wohnungssektor gehen langsamer vonstatten, aber der beginnende Neubau von Billigstwohnungen und die Politik der Senkung baurechtlich festgeschriebener Standards, die besonders von dem Bundesland Bayern und von Westberlin bekannt werden, lassen den Schluß zu, daß die Minderung des Lebensstan-

zur Notwendigkeit, das Auto abzuschießen, und wie zu dem bitteren Schritt, in eine enge und schlechtere Wohnung umzuziehen? Zwei hauptsächliche Gründe sind dafür anzugeben: der am durchschnittlichen Fall vorzuzeigende Kaufkraftverlust streut sich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit unregelmäßig. Für etliche, konkret die Besserverdienenden, besteht er oft praktisch gar nicht, für andere, konkret die Schlechterverdienenden, liegt er höher. Für diese fällt dann Kaufkraft weg, jene stabilisieren ein bisschen die Sparquote. Der zweite Grund ist: Die gesteigerte Arbeitsintensität hat die Notwendigkeit erzwungen, die Arbeiterhaushalte mit sehr aufwendigen Sachmitteln auszustatten. Es fehlt einfach an Zeit und Kraft für die Hausarbeit. Diese Sachmittel vernutzen sich. Lange bevor ein direktes Defizit in der Haushaltskasse entsteht, ist eine Familie oft schon verarmt. Ihre Rücklagen

Liberal: Innenminister Baum befreit Arbeitsmarktdruck von tariflichen Zwängen



ÄNDERUNG DER BESCHÄFTIGUNGSSTRUKTUR AM BEISPIEL IM HAUSHALT DER STADT KÖLN AUSGEWIESENER STELLEN. ÄNDERUNG VON 1978 AUF 1981

..... = BESCHÄFTIGUNG PRO LOHNKLASSE 1981

*** = ÄNDERUNG VON 78 NACH 81 IN PROZENTEN 1978

Eine Tendenz zur Abnahme der Beschäftigung in den unteren Lohnzonen bei gleichzeitiger Zunahme für die höheren ergibt sich auch für den öffentlichen Dienst, wenigstens hier am Beispiel einer Verteilung der Beschäftigten der Stadt Köln. Anders als in der Industrie, wo die Kapitalisten ihre Entlassungstätigkeit durch Auftragabnahme und Arbeitsmangel stets und meist doch verlogen begründen, (denn wenn das Jahr um ist, hat die Produktion nicht so abgenommen wie die Beschäftigung), besteht im Bereich der öffentlichen Dienste diese Möglichkeit nur sehr schwach. Da die dauernden Schwankungen der Beschäftigung je nach Geschäftslage fehlen, kann der öffentliche Auftraggeber die Gunst eines überlaufenen Arbeitsmarktes nicht unauffällig nutzen. Die gegen-

wärtige Attacke zwecks direkter Lohnsenkung erklärt sich z.T. gewiß aus diesem Umstand. Sie hat das weitere Ziel, die ÖTV bei den hernach anstehenden Lohnverhandlungen in eine unmögliche Lage zu bringen. Wie sollen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Erhöhung verfechten, wenn sie kurz vorher eine Minderung schlucken mußten? Bewußt ist die Kürzungssumme so niedrig gehalten, daß ein langer Arbeitskampf um diesen Betrag problematisch erscheint. Die Liberalität des in der ganzen Angelegenheit federführenden Innenministeriums entpuppt sich als tückisch brutale Durchsetzung eines für die Lohnsenkung nutzbaren Arbeitsmarktumstandes, weil das Argument eines Produktionsrückganges, d.h. einfache Reduzierung zu leistender Arbeiten, fehlt.

wachsenen den selbständigen Unterhalt seiner Arbeitskraft ermöglicht. Warum nicht Familien bilden, deren Einkommen aus einem Einkommen von „Hauptverdienern“ und „Zusatzverdienern“ gebildet wird? Wieviel Geld braucht ein jüngerer, aber schon erwachsener Arbeiter denn, wenn er bei der Familie lebt? Wieviel Geld braucht er, wenn er in die Großstadt zieht und einen Ein-Personen-Haushalt aufmacht? Mag sein, das Doppelte. Stärkt also die Familie, Ihr Kapitalisten, und Ihr habt Euch ein weites Feld für aber wirklich einschneidende Lohnsenkungen eröffnet! Und dazu noch der ordnungspolitische Gewinn, der gar nicht zu beziffern ist! Wird nicht ein solcher Zuverdiener sowohl im Betrieb zu Strebsamkeit angehalten, wie er auch zu Hause unter Aufsicht steht? Sittsam das Mädchen, strebsam der Jüngling, fleißig die Hausfrau, mahnend die Großmutter, strenge der Vater. Mord und Totschlag wird das geben.

Da dieser Prozeß ebenso gut durch die Verringerung der öffentlichen und Versicherungsleistungen, die die Regierungskoalition eingeleitet hat, bewirkt wird, wie durch die direkte Lohnsenkung, die die Kapitalisten veranstalten, kann sich die CDU hinstellen und als Freund der Armen, der Jugend, der Frauen, kurzum aller besonders entrechteten, abhängig gemachten und unterdrückten Schichten der Lohnabhängigen auftreten. Da Organisationsumstände der Kapitalistenwirtschaft gleichzeitig bewirken, daß die gut- und bestverdienenden Teile der Lohnabhängigen keineswegs vom Unglück kapitalistischer Krisen gestraft werden, sondern man (gegenwärtig jedenfalls) ihrer Dienste eher in verstärktem Umfange bedarf, ist's leicht, die um sich greifende Verarmung als in gewissem Maße selbstverschuldet hinzustellen. Für die Kapitalistenklasse ist deswegen nicht schwierig, vermittelt durch die CDU und auch die FDP, eine reaktionäre Sammlungsbewegung einzuleiten. Freie Bahn dem Tüchtigen! –, das wird immer ziehen, solange der besseren Bagage die Bestimmung überlassen bleibt, was tüchtig sei, wird diese Lösung immer in eine reaktionäre Richtung ziehen. Freie Bahn der tüchtigen Nationalwirtschaft auf dem Weltmarkt! Freie Bahn dem tüchtigen Lohnabhängigen auf der Karriereleiter! Christliches Erbarmen für die Armen im Geiste, und wer soll das schon sein als jene, die von ihrer Hände Arbeit leben.

Wie man aus den Betrieben hört und mittlerweile auch der interessierten Tagespresse entnimmt, beginnen die Belegschaften in der metallverarbeiten-

den Industrie, Forderungen aufzustellen im Volumen um die 10%. Wie jeder weiß, treten die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften gegen die Leistungskürzungsmaßnahmen der Bundesregierung und der Länderregierungen auf. Wohin zielen solche Forderungen?

Objektiv auf den Erhalt eines Lohn- und Lebensstandards, der dem erwachsenen Lohnabhängigen die Kosten einer wirtschaftlich selbständigen Lebensführung aus seinem Arbeitslohn ermöglicht und ihn vor den besonderen Schicksalsschlägen, die die kapitalistisch organisierte Wirtschaft ihm mit statistischer Sicherheit verpassen wird, sicherstellt. Auf einen Lohnstandard, der zwei erwachsenen Lohnabhängigen die Bildung einer Familie, das heißt die Erziehung von Kindern, ermöglicht und die dazu erforderlichen öffentlichen Einrichtungen zu zahlbaren Preisen bereitstellt. Was ist das schon anderes als bloß der Kampf um das Recht auf ein Leben, welches nicht zusätzlich zur Lohnabhängigkeit vom kapitalistischen Arbeitgeber noch durch eine Vielzahl anderer Abhängigkeiten vergällt und vergiftet ist? Trotzdem wird es großer Kämpfe um ein so einfaches Ziel bedürfen.



Warnstreiks der IG Metall 1980. Frauen sind in großer Zahl beteiligt.

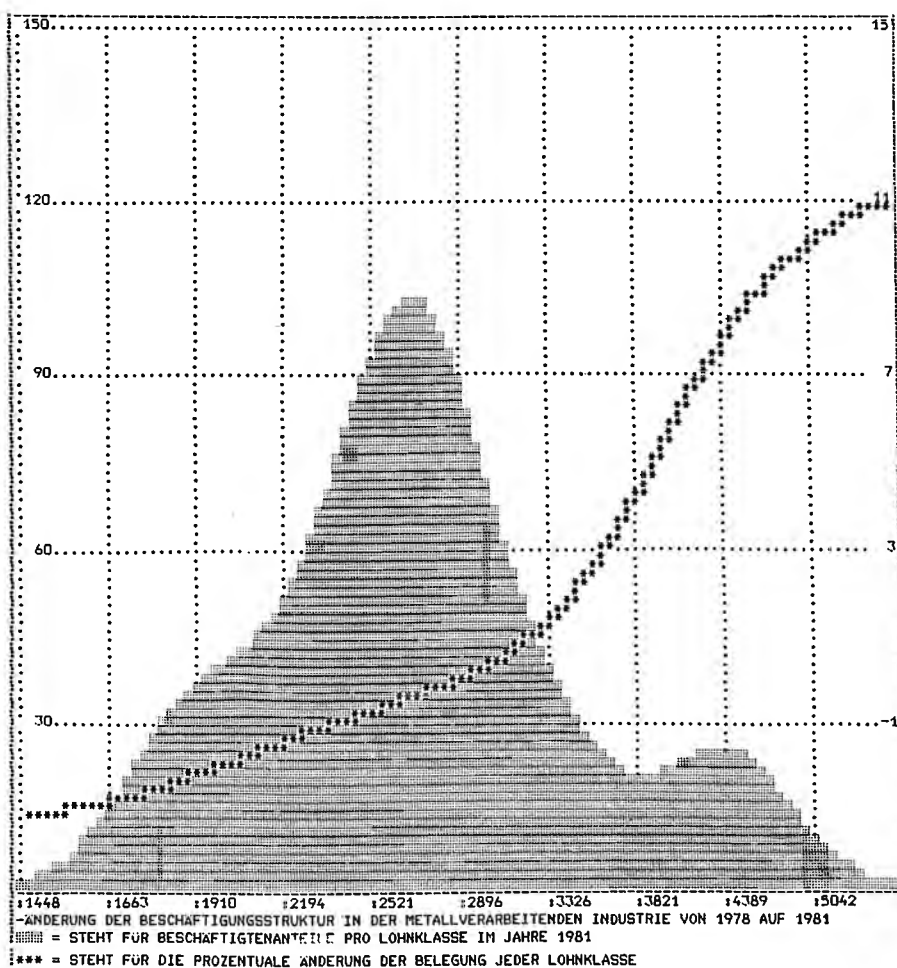
Über den großen Massenaktionen des vergehenden Jahres ist weithin in Vergessenheit geraten, daß die umfangreichste Aktion zu Jahresbeginn von der IG Metall organisiert wurde. Nun wurde das erklärte Ziel der Reallohnverteidigung nicht erreicht. Aber auch Brokdorf wird weitergebaut, all- verschiedene Häuser werden geräumt, der Bau der Startbahn West zu Frankfurt fortgesetzt. Und obwohl so große Aktionen stattfinden, hat die CDU

nach wie vor Zulauf und gewinnt bei den Wahlen, wo immer sie antritt.

Wenn nun aber die IG Metall für einen Lohnabschluß, der den Lebensstandard wiederherstellen hilft, streikte und wenn die ÖTV die geeigneten Mittel gegen die aufgebürdeten Sonderlasten ergriffe, wären dann nicht liberal-gräfliche und christliche kapitalistische Parteirichtungen gezwungen, offen gegen die Ziele dieser Bewegung aufzutreten? Würde da nicht volks- und leistungsfreundlicher Lack sich abstoßen? Würde nicht die Demagogie von der Belohnung des Tüchtigen durch den Kapitalismus ein wenig lächerlich, sobald die unproduktive Unfähigkeit dieser Sorte Tüchtigkeit im Streik ersichtlich würde? Umgekehrt: Würde nicht eine weitere Lohnsenkung zu einer solchen Ausweitung allverschiedener Sorten Abhängigkeit im Arbeitsleben führen, daß die Emanzipations-, d. h. Entwicklungsinteressen der Arbeiterbewegung sich ganz und gar auf Bemühungen des Einzelnen, seiner schlechten Lage durch persönliche Anstrengung zu entinnen, konzentrieren würden? Besteht also nicht für den ersten Fall die Möglichkeit, die reaktionäre Sammlungsbewegung zu brechen, während ihr im anderen bloß neuer Stoff zugeführt wird?

Arbeitsmarktbedingungen Metallverarbeitung

Die Gesamtbeschäftigung in der Metallindustrie entspricht noch im April 81 dem Jahresdurchschnitt von 1978, war aber für die unterschiedlichen Lohnzonen nicht gleichmäßig. Die Beschäftigungszunahme im oberen Bereich der Lohnskala ergibt sich aus Personalaufwand für: Planung und Inangsetzen neuer Anlagen, ausufernde Arbeitsvorbereitung und Arbeitsaufsicht, Kontrolle exportierten Kapitals. Die Beschäftigungsabnahme im unteren Bereich ergibt sich aus Entlassungen, möglich durch: Rationalisierungseffekt von Neuinvestitionen, Intensivierung der Fertigungsarbeiten, Produktionsverlagerungen ins Ausland und Produktionsrückgang. Die Lohnpolitik der IG Metall konnte in dieser Zeit weder für die besser Verdienenden tariflich herausholen, was die Kapitalisten zu geben bereit waren, noch für die Schlechterverdienenden sichern, was die Kapitalisten abzuziehen die Lage gut fanden. Im jetzigen Beschäftigungsrückgang muß die IG Metall sich der Aufgabe der Sicherung der niedrigeren Löhne und Gehälter unter schwierigeren Bedingungen als vorher stellen.



Verschärfung des Ausländerrechts

Die Bundesregierung hat am 11.11. Grundsätze zur „Eindämmung“ des Ausländerzustromes beschlossen, die bis Mitte nächsten Jahres so oder ähnlich in Gesetzesform gegossen werden sollen. Sie sollen auf ausländische Arbeiter, die aus Nicht-EG-Ländern auf den westdeutschen Arbeitsmarkt gesogen wurden, angewandt werden, von denen die Türken mit 1,5 Millionen (bei 4,6 Millionen Ausländern überhaupt) das Hauptkontingent stellen. Kinder über 16 Jahren sollen nicht mehr den Eltern nachreisen dürfen; wenn ein Elternteil noch im Herkunftsland lebt, Nachreiseverbot auch für jüngere Kinder. Für den Zuzug ist der Nachweis von ausreichendem Wohnraum, der für ausländische Arbeiter oft nicht habhaft ist, strikte Voraussetzung. Die Bundesländer sollen alle abschieben, die kein „Recht“ ha-

ben, sich in der BRD aufzuhalten. Und dieses Recht ist schneller genommen als gegeben. Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis (die jederzeit wieder befristet oder ganz aufgehoben werden kann) bekommt nur, wer sich fünf Jahre lang „rechtmäßig aufgehalten“ hat und eine besondere Arbeitserlaubnis besitzt, für die fünf Jahre ununterbrochene Lohnarbeit Voraussetzung ist; dazu: In deutscher Sprache muß er sich ausdrücken können, die Wohnung muß groß genug sein und seine Kinder der allgemeinen Schulpflicht nachkommen. Bei weniger als fünf Jahren ununterbrochener Lohnarbeit wird die Arbeitserlaubnis sowieso von der Arbeitsmarktlage abhängig gemacht, und damit die Aufenthaltserlaubnis auch.

Auf politische Spaltung der Arbeiterklasse durch Entrech-

tung der Ausländer ist die Bestimmung angelegt, die jungen ausländischen Arbeitern nach acht Jahren Aufenthalt einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung verschafft, und auch anderen, die ihre „Eignung“ durch Einfügung in das „wirtschaftliche und soziale Leben“ bewiesen haben. Durch all das sei das Asylrecht nicht berührt. Das Verwaltungsgericht Hamburg teilte auf Verlautbarung des Auswärtigen Amtes mit, daß in der Türkei nunmehr „Ruhe und Ordnung“ herrsche und „einfache“ Mitglieder der Gewerkschaft DISK „nicht mit Verhaftungen ... zu rechnen“ haben, was ein Hinweis ist, deren Asylanträge abschlägig zu bescheiden. Bei Umdichtung von Militärregierungen in „freiheitliche“ Veranstaltungen ist natürlich Aufgabe des Asylrechts auf Dauer nicht in Sicht.

Von Bankdirektoren und anderen Krähen

Wenn der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank (WestLB) Ludwig Poullain von dem Konstanzer Finanzmakler Schmidt einen Koffer mit 1,1 Mio. DM in bar als „Beraterhonorar“ annimmt und diesem sodann risikante Kredite verschafft, so ist das rechtmäßig. Dies entschied am 16.11. die Große Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Münster nach zehn Monaten Prozeß gegen Poullain und sprach ihn frei. Um daraus einen strafbaren „Betrug“ zu machen, hätte Poullain seinen „Kollegen“ vom Vorstand der WestLB nichts sagen dürfen. Die wußten aber alle davon. Zweitens: Um daraus den Straftatbestand der „Untreue“ zu machen, hätte die WestLB Schaden aus ihren Geschäftsbeziehungen mit dem Finanzmakler Schmidt haben müssen. Den hatte sie aber nicht. Drittens: So was ist auch keine „Bestechlichkeit“. Zwar ist die WestLB eine öffentliche Bank, genauer: die Zentralbank sämtlicher – zu meist kommunaler – Sparkassen in Nordrhein-Westfalen. Aber damit ist der Vorstandsvorsitzende der WestLB noch lange kein Beamter. „Die Westdeutsche Landesbank übe im Geschäftsbankenbereich, und dort seien die angeblich strafbaren Handlungen Poullains begangen worden, keine öffentlichen Aufgaben wahr“ (Handelsblatt, 17.11.). Der „Freispruch erster Klasse“ (ZDF) für Poullain hat weitreichende Folgen für die Kontrollrechte der Kommunen und Länder über die Sparkassen und Landesbanken. Zwar müssen Kommunen und Länder weiterhin – wie im Fall der Helaba – für alle Verluste notfalls „bürge“. Zukünftig können sich die Sparkassendirektoren usw. bei ihren diversen „Beraterverträgen“ aber stets mit dem Hinweis, diese seien nicht im Rahmen „öffentlicher Aufgaben“ eingegangen, gegen Kontrolle und Strafverfolgung schützen. Ihrer Bestechung durch interessierte Bourgeois ist damit Tür und Tor geöffnet. Das Handelsblatt kommentierte: „Ludwig Poullain war als WestLB-Chef kein öffentlicher Amtsträger. Mit ihm atmen viele andere auf.“ Das Münsteraner Gericht öffnete neue (alte) Wege der Bourgeoisbereicherung.

Helga Rosenbaum erhält 2/3-Haft

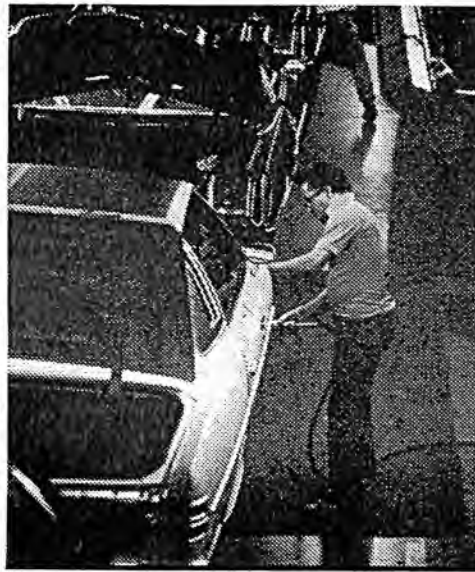
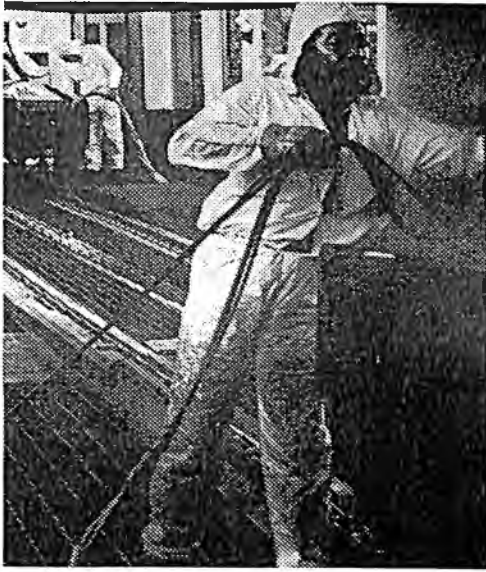
Am Donnerstag, den 12. November, wurde Helga Rosenbaum aus der Justizvollzugsanstalt Hannover entlassen. Sie war vor Heidelberger Gerichten Ende der siebziger Jahre zu insgesamt zwei Jahren und zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden. Helga Rosenbaum, Chemielaborant und Betriebsratsmitglied in einem Heidelberger Forschungsinstitut, nahm 1973 an der Gründung des KBW teil und war 1975 in den Heidelberger Gemeinderat gewählt worden. Sie unterstützte notwendige Aktionen gegen die Plünderpolitik der Kommunen publizistisch und im Gemeinderat. Dafür hat man sie verurteilt. Aus einer Gerichtsverhandlung heraus wurde Helga Rosenbaum zu Beginn des Jahres 1980 in die JVA Vechta eingewiesen. Sie wirkte dort an der Aufklärung des Mißhandlungsskandals mit, der seither öffentlich bekannt geworden ist. Als im Oktober 1980 der niedersächsische Justizminister Schwind in Vechta eine Pressekonzferenz durchführte, wurde Helga Rosenbaum tags vorher gewaltsam und ohne Rechtsgrundlage in ein anderes Gefängnis überwiesen. Die Presse kommentierte dies Vorgehen der Behörden als zusätzlichen Verdunklungsversuch. In der JVA Hannover wurde Helga Rosenbaum als einzige

weibliche Gefangene isoliert gehalten. Sie erhielt erst nach langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen und eineinhalb Jahre nach Haftantritt den üblichen Ausgang. Bis in die letzten Wochen blieb die Entscheidung über die Gewährung der 2/3-Haftverkürzung offen. Die Heidelberger Staatsanwaltschaft behielt sich ihre Einspruchsmöglichkeit so lang irgend machbar vor. Fast gleichzeitig mit der Haftentlassung von Helga Rosenbaum datiert der Haftantritt des Heidelberger Rechtsanwält Hårdle und wurden hohe Gefängnisstrafen gegen Heidelberger Studenten rechtswirksam.

Was weiß Baum über Sinti-Dokumente?

In der nächsten Fragestunde des Bundestages beabsichtigt der Abgeordnete Börsen (SPD) zwei Fragen an Innenminister Baum zu stellen: Wie er sich erkläre, daß das angeblich verschollene sogenannte Zigeunerarchiv in der Universität Tübingen lagerte? Ist es richtig, daß sich anhand dieses Archivs Wiedergutmachungsansprüche belegen lassen, wenn ja, werden sie erfüllt? – Die westdeutsche Justiz hat nach 1945 bruchlos die Nazirechtfertigung, nach der Sinti und Roma im Zuge der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ eingekerkert (und 500000

von ihnen umgebracht) wurden, übernommen. Politische, moralische und finanzielle Wiedergutmachung werden deshalb bis heute nicht nur verweigert, sondern die Verfolgung wurde fortgesetzt. Vor 14 Tagen kam z.B. in Baden-Württemberg auf, daß in den Landesjugendämtern wieder nach „Halbzigeunern“ gefragt wird; bei neuen Personalausweisen ist unter der Rubrik „Sonstige Namen“ ein „ZN“ einzutragen – „Zigeunernamen“. Im September entdeckten die Sinti und Roma das Archiv des „Rassehygienischen Institutes“ der Nazis, in dem mindestens 20000 Sinti nach rein rassistischen Gesichtspunkten untersucht und qualifiziert („Halbzigeuner“, „Achtelzigeuner“ etc.) wurden. Mit dieser „Zigeunerkartei“ arbeitete z.B. der Arzt Professor Arnold, bis 1979 „Zigeunerfachmann“ der Bundesregierung. Die Kartei stand der Professorin Erhardt zur Verfügung, die noch heute mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft genetische „Zigeunerforschung“ betreibt; sie war 3 1/2 Jahre am Naziinstitut als engste Mitarbeiterin des Institutsleiters beschäftigt. Eine Anklage gegen diesen wegen Beihilfe zum Völkermord wurde vor Jahren einfach fallengelassen. Der Rest des Volkes der Sinti und Roma in der BRD (ca. 40000!) will jetzt mit dem Archiv als Beweis die Wiedergutmachung erzwingen. Nichts wissen kann Baum nicht.



Seit 1979 feuerten die US-Automobilkapitalisten 300 000 Arbeiter – und steigerten die Ausbeutung der übrigen. Rechts: Endmontage. Links: Lackiererei.

US-Automobilarbeiter

Kapitalisten fordern Reallohnsenkung – am besten auf „japanisches Niveau“

Seit dem 15.11. ist der neue Tarifvertrag der 4600 VW-Arbeiter in New Stanton (USA) in Kraft. Er sieht eine Anhebung des Grundlohns z.B. eines Montearbeiters auf 11,26 \$ die Stunde (ca. 26,50 DM) vor. Ab Juni nächsten Jahres bekommen die Arbeiter eine weitere Lohnerhöhung von 10 Cents die Stunde plus jede Lohnanhebung, die ab dann für die Ford- und GM-Arbeiter in Kraft tritt. Bis März 1983, so die Automobilarbeitergewerkschaft UAW, werden die Löhne der VW-Arbeiter in New Stanton dadurch bis auf 3 oder 4% an die Löhne der GM- und Ford-Arbeiter angehoben.

Ob der neue Tarifvertrag reichen wird, die VW-Arbeiter gegen Reallohnsenkungen zu schützen, wird sich spätestens im nächsten Juni herausstellen. Ist die Inflation weiter 11% wie im Augenblick, dann bedeuten die 10 Cent mehr Reallohnsenkung. Trotz dem stimmten 57% der VW-Arbeiter dem neuen Tarifvertrag zu. Denn er hat einen wesentlichen Vorteil. Durch die Laufzeit des Vertrags bis März 1983 rücken die VW-Arbeiter näher an das Ende des Tarifvertrags der übrigen US-Automobilarbeiter heran. Deren dreijähriger Vertrag läuft im September 1982 aus. Bereits Anfang 1982 beginnen die regionalen Konferenzen der UAW, auf denen über die Aufstellung der Tarifforderungen beraten wird.

Schon jetzt steht fest, daß den 600 000 noch beschäftigten US-Automobilarbeitern ein äußerst schwerer Kampf bevorsteht. Die Kapitalisten verkünden offen, daß sie den Arbeitern eine schwere Lohnsenkung beibringen wollen. Keine Gelegenheit, wo

sie nicht auf die niedrigeren japanischen Löhne hinweisen, mit Stilllegung von US-Werken und Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer wie Mexiko drohen. GM-Chef Smith gab die Marschroute an: „Es geht darum, daß die UAW uns hilft, ... die Kostenlücke gegenüber den Japanern zu schließen.“ Bei den Verhandlungen werde es nicht um Lohnerhöhungen, sondern um *Lohnsenkungen* und „mehr Flexibilität“ bei der Ausweitung der Schichtarbeit, der Anordnung von Überstunden, der Festlegung der Bandgeschwindigkeit usw. gehen.

Schon jetzt haben große Teile der Automobilarbeiter Lohnsenkungen und Verschärfungen der Arbeitshetze hinnehmen müssen. Seit Beginn der schweren Krise der US-Automobilindustrie Ende 1979 sind 300 000 arbeitslos. Die Chrysler-Arbeiter mußten, mit Hinweis auf den drohenden Bankrott des Konzerns, die Entlassung von 60 000 der 130 000 Chrysler-Arbeiter hinnehmen. Für die verbliebenen Arbeiter sind die Löhne seit 1979 um real 20% gefallen. Ende 1982 werden sie 3 Dollar weniger verdienen als die Arbeiter bei GM oder Ford.

Während alle Automobilkapitalisten gewaltige Investitionsprogramme durchführen, werden die Arbeiter einem ständigen Wechselbad von Zwangsurlaub, Kurzarbeit, dann wieder Sonderschichten und Überstunden unterworfen, um sie zu immer höherer Arbeitsleistung anzutreiben. So legten die Ford-Kapitalisten Anfang Oktober wieder vier LKW- und zwei PKW-Werke still und schickten 9825 Arbeiter auf Zwangsurlaub. Zwei Wochen

später führten sie in zwei anderen Werken 10-Stunden-Schichten ein, in einem außerdem Samstagsarbeit. Die GM-Kapitalisten schlossen am 19.10. ihr Cadillac-Werk in Detroit und schickten 5800 Arbeiter in Zwangsurlaub. Am gleichen Tag forderten sie von den Arbeitern zweier anderer Werke künftig mehr Überstunden. Die Ford-Kapitalisten zwangen am 8.11. die 2450 Arbeiter ihres Achsenwerks in Sterling Height (Detroit) zu Lohnkürzungen, mehr Schichtarbeit, mehr Überstunden und schlechteren Arbeitsbedingungen. Das Abkommen ist das vierte dieser Art, das die Ford-Kapitalisten in letzter Zeit gegen einzelne Belegschaften durchsetzen konnten. Jetzt wollen die Kapitalisten die Fortdauer der Krise – im Oktober erreichte die Arbeitslosigkeit mit 8,5 Mio. die höchste Zahl seit 1939, der Absatz der Automobilkapitalisten sank auf 491 107 PKW, das entspricht einem Jahresabsatz von 5,8 Mio. PKW, 40% weniger als 1978 und 800 000 weniger als in der letzten schweren Krise 1975 – zum Anlaß nehmen, um auch im nationalen Tarifvertrag eine schwere Lohnsenkung durchzusetzen.

Die Gewerkschaft UAW hat dies bisher entschieden abgelehnt. Ihr Vorsitzender Fraser erklärte: „Die Antwort ist nicht, die Löhne der amerikanischen Arbeiter auf die Höhe zu senken, die in Japan oder Brasilien oder in Korea gezahlt werden.“ Aber die Lage der UAW ist schwierig. Immer noch sind 300 000 Automobilarbeiter arbeitslos. Im Juli trat die UAW wieder dem Gewerkschaftsbund AFL-CIO bei, den sie 1968 wegen politischer Widersprüche verlassen hatte. Bei den kommenden Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten wird sie die Unterstützung des AFL-CIO brauchen.

Seeschifffahrt

Reduzierung der „Regelbesatzungen“ geplant

Seit Jahren versuchen die westdeutschen Reeder, im Angriff auf den Lohn und die Arbeitsbedingungen der Seeleute voranzukommen. Für einen Matrosen muß ein Reeder an Lohn und Lohnnebenkosten etwa 50 000 DM pro Jahr zahlen. Ein Anspruch auf Urlaub, Überstundenregelung usw. besteht entsprechend dem Tarif. Voller Sehnsucht schauen die Reeder deshalb auf die Schiffe, die mit völlig rechtlosen Philippinos, Indern, Chinesen unter der Billigflagge laufen. Neben einer schlechten Verpflegung bekommen sie gerade noch ein Taschengeld. Vom Schutz der Arbeitskraft durch tariflich gesicherten Urlaub, Länge des Arbeitstages nicht zu reden.

Weil die westdeutschen Reeder mit diesem Angriff auf die Seeleute auf deutschen Schiffen am Widerstand der Gewerkschaft ÖTV gescheitert sind, haben sie verstärkt ihre Schiffe ausgeflaggt.

Die folgende Tabelle gibt über den Umfang der Ausflaggung Auskunft:

Handelsschiffe unter dt. Flagge	Jahresbestand	Raumgehalt in BRT
1599	31.12.78	8492580
1540	31.12.79	7865549
1495	31.12.80	7607803
1407	30.09.81	7083687

Die Zahlen sind entnommen den Monatsstatistiken des Bundesverkehrsministeriums über den Bestand an deutschen Seeschiffen.

Mit dem Rückgang von über 500 000 BRT und 88 Schiffen unter der BRD-Flagge allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres haben die Reeder verstärkten Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt. Die Schiffe wurden nicht nur ausgeflaggt, sondern auch verkauft und zurückgechartert.

Unter diesen Voraussetzungen haben die Gewerkschaftsvertreter einer Verkleinerung der „Regelbesatzung“ unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt. Es muß die Schiffssicherheit gewährleistet sein, und es darf zu keiner Mehrbelastung der Seeleute kommen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 28.10.81 schreibt unter der Überschrift: „Viele Matrosen müssen von Bord“, daß die Reeder „mit der neuen Verordnung die Personalkosten für ein mittelgroßes Trampschiff von 10000 Bruttoregistertonnen (BRT) um 200000 DM jährlich mindern“. Tatsache ist jedoch, daß eine neue Verordnung nicht existiert, daß noch nicht einmal der Referentenentwurf dazu ausgearbeitet ist, sondern lediglich eine Arbeitsgruppe von Reedern, Gewerkschaften und Vertretern des Bundesverkehrsministeriums eine bestimmte Übereinkunft erzielt hat. Es ist auch noch nicht gesichert, ob die Hauptforderung der Reeder „Bezahlung der Seeleute nach den Heuern in den Herkunftsländern“ durch den Entwurf ausgeschlossen sein wird. Am 22. Mai 1981 noch hat sich der BDI ausdrücklich für „eine Kostenentlastung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit für Schiffe unter deutscher Flagge“ ausgesprochen und dabei „insbesondere für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zu Heimatlohnheuern“ (Seefahrt 3/81).

Die grundsätzliche Ablehnung dieser Forderung durch die ÖTV ist sicher. Ein Fortschritt im Kampf zur Schließung der Offenen Register, der von den Ländern der Dritten Welt geführt und von der ÖTV unterstützt wird, kann Luft schaffen im Kampf gegen die Rationalisierungsabsichten der Reeder. Denn ohne Offene Register keine Möglichkeit der Ausflaggung.

Lehrerarbeitslosigkeit

Bund und Länder arbeiten an der Einebnung hoher Einkommen

Auf das Problem der wachsenden Lehrerarbeitslosigkeit hat die Bundesregierung eine Antwort gefunden in Form von Plänen, wie die Folgen der Arbeitslosigkeit, in ihren Augen Kosten für nichts und wieder nichts, gesenkt werden können. Unter Ausnutzung des Beamtenrechts läßt sich hier „sparen“. 1979 hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit den Dienstherren die Regelung ausgehandelt, daß Lehrer, die nach der Ausbildung arbeitslos werden, aber kein Arbeitslosengeld bekommen mit der Begründung, als Referendare seien sie Beamte und nicht versicherungspflichtig beschäftigt gewesen, „originäre“ Arbeitslosenhilfe erhalten, d.h. Zahlungen ohne vorherigen Bezug von Arbeitslosengeld. Diese Absicherung ge-

erwerben und hernach, auch wenn der Vertrag nicht verlängert wird, wenigstens noch leben können. Diese Hoffnungen werden vernichtet durch die zweite geplante Änderung, nämlich die Änderung der Anspruchsvoraussetzungen. Nicht wie bisher nach sechs, sondern erst nach zwölf Monaten versicherungspflichtiger Beschäftigung soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben sein. Dies würde bedeuten, daß selbst die Lehrer, die einen befristeten Vertrag für die Dauer eines Schuljahres erhalten, keinen Anspruch erwerben, da die Ferien nicht bezahlt werden und so die erforderlichen zwölf Monate nicht voll werden. Sie wären sofort auf den Bezug von Sozialhilfe angewiesen. Die Ersparnis für den Regierungshaushalt wäre in der

NEU: GESANG MIT DER JUGEND



gen völlige Mittellosigkeit soll gekippt werden durch die gesetzliche Regelung, daß Arbeitslosenhilfe nur bezogen werden kann, wenn Erhalt von Arbeitslosengeld vorausgegangen ist.

Viele Lehrer werden hoffen, der Entblößung selbst von Arbeitslosenhilfe zu entgehen, indem sie einen befristeten Vertrag über eine Lehrtätigkeit im Angestelltenverhältnis eingehen, durch mindestens sechsmonatige Arbeit Anspruch auf Arbeitslosengeld

Tat groß, 470 Mio. DM, bloß daß die Kosten in gesenkter Form auf die Kommunen übergewälzt werden, die für die Sozialhilfe zuständig sind, so daß ein schöner Anreiz für diese geschaffen wird, auch noch den Sozialhilfesatz zu senken.

Das Kalkül des Bundesrates geht dahin, daß die absehbar demütigende und verelendende Wirkung dieser Maßnahme ausreichend spalten wird, um eine starke Abwehr seines erneut vorgetragenen Plans, die Anwärterbe-

züge zu senken, zu verhindern. Der Bundesrat denkt an Kürzungen zwischen 5,8 und 15,3% ab 1. Januar 1982. Die jungen Lehrer sollen sich sagen, daß dies immerhin eine Wahrung ihres Status ist gegenüber der Möglichkeit, bei Sozialhilfe zu verkümmern. Zum drittenmal innerhalb von fünf Jahren versucht der Bundesrat damit, das Einkommensniveau für die zukünftige Beamtengeneration zu senken. 1978 und 1979 konnten ähnliche Versuche von der GEW mit Unterstützung der übrigen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, hauptsächlich der ÖTV, abgewehrt werden. Die GEW hat auf ihrem außerordentlichen Gewerkschaftstag Anfang Oktober 1981 in Frankfurt Maßnahmen gegen die Kürzung der Anwärterbezüge in den Katalog der zentral geplanten Aktionen aufgenommen.

In engem Zusammenhang mit dem Kampf gegen Stellenstreichungen und die Nichteinstellung von ausgebildeten Lehrern führt die GEW ihre Kampagne für die Senkung der Pflichtstundenzahl der Lehrer weiter. In ihrer vor einem Jahr begonnenen „Kampagne '80“ hat sie diese Einzelforderung unter die breit zu unterstützende Forderung nach Anpassung der Lehrerarbeitszeit an die der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst eingeordnet. Sie hat nahezu 60000 Vollmachten von Lehrern, darunter etwa ein Drittel Nichtmitglieder, gesammelt zu dem Zweck, klagefähige Bescheide über die Lehrerarbeitszeit von den Kultusministerien zu bekommen.

Die Kultusminister haben sich auf ihrer Amtschefkonferenz am 16. März 1981 darauf geeinigt, alle Antwortschreiben in der Form einer nicht rechtsmittelfähigen Rechtsauskunft abzufassen. Ausdrücklich wurde beschlossen und im Protokoll vermerkt, „alle Aussagen zu vermeiden, die auf lineare Senkungen hindeuten oder so interpretiert werden können“. Die Antwortschreiben der Minister, die mittlerweile bei der GEW eingetroffen sind, sind im Wortlaut fast identisch. Zur Vorlage dient ein nordrhein-westfälischer Entwurf. Allesamt klären sie die Marschrichtung der Kultusminister in Richtung unzähliger Überstunden entsprechend dem Beamtenrecht, und möglichst noch mehr als bei anderen Beamten, denn der Zeitaufwand jedes einzelnen Lehrers sei sowieso nicht wissenschaftlich festzustellen. Einhaltung einer 40stündigen Arbeitswoche soll es auf keinen Fall geben. U.a. heißt es im Schreiben des baden-württembergischen Ministers für Kultus und Sport: „Ein Verstoß gegen die allgemeine Arbeitszeitregelung könnte ... nur dann festgestellt werden, wenn der Gesamtumfang der Arbeitszeit der Lehrer wesentlich über der durch-

schnittlichen Arbeitszeit der Beamten läge. Dies ist nach meiner Auffassung derzeit nicht der Fall.“ Mayer-Vorfelder arbeitet an der Änderung des derzeitigen Zustands. Mit einem Erlaß z.B. über die Erteilung von Vertretungsstunden müht er sich um Ausdehnung der Lehrerarbeitszeit.

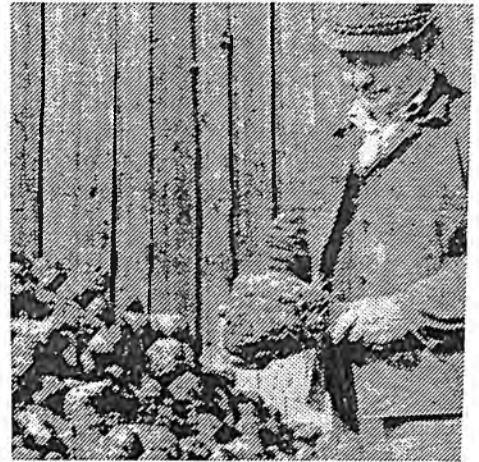
Nach Vorliegen der Antworten, die bewußt rechtlich so unverbindlich gehalten sind, daß sich niemand darauf berufen kann, geht die GEW nunmehr mit ihrer Klage auf Feststellung vor die Verwaltungsgerichte der Länder. Sie hofft, durch die in Gang gesetzten Verfahren und unterstützende Aktionen Einfluß auszuüben auf das Regierungsabkommen über die Lehrerarbeitszeit, das 1982 abgeschlossen werden soll.

Die Lage ist kompliziert, weil die Kultusminister ihrerseits bereits schwerwiegende Schritte unternommen haben, um die Schlingen des Beamtenrechts fester zu ziehen. Sie arbeiten mit Hochdruck daran, der GEW den Einsatz gewerkschaftlicher Kampfmittel zu erschweren. Dabei wollen sie hauptsächlich den Gebrauch des Streikrechts zur strafbaren Handlung machen. Die niedersächsische Landesregierung hat im Oktober 3400 Bußgeldbescheide an Lehrer verschickt wegen Beteiligung am Streik für Arbeitszeitverkürzung 1979. Ihre Bescheide fußen auf Urteilen der Disziplinarkammern mehrerer Verwaltungsgerichte, gegen die eine Berufung ausgeschlossen ist. Der DGB Hannover hat für Mitte Dezember 1981 eine Demonstration gegen die Einschränkung gewerkschaftlicher und politischer Betätigung beschlossen. Die GEW hat sicher Recht, wenn sie in ihr Aktionsprogramm Aktivitäten zur Aufklärung über die Einschränkung der Grundrechte für Beamte aufnimmt sowie Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit über die Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zur Reform des öffentlichen Dienstrechts und für ihre Forderung nach einem einheitlichen Personalrecht.

Zuckerkampagne '81 Bessere Erträge, aber wenig Zuckerprozent

Zum Kampagnebeginn am 21. Sept. rechnete die Süddeutsche Zucker AG für ihren Einsatzbereich mit einer Ernte von rund 63 Mio. dt gegenüber 51,5 Mio. dt 1980. Für die drei Fabriken in Südbayern (Plattling, Regensburg, Rain/Lech) wurden durchschnittliche ha-Erträge von 550 dt/ha bis 590 dt/ha erwartet, das sind 17–19% mehr als im Vorjahr. Tatsächlich wurden bisher in Südbayern auch Ernteerträge von 540 dt/ha bis 700 dt/ha erzielt. Das

von der EG festgelegte Rübengeld für A-Kontingent-Rüben beträgt 9,348 DM je 100 kg. Die Einteilung der Kontingente wird durch die Südzucker AG jährlich nach den durch die EG festgesetzten Produktionskontingenten bestimmt. Überschußrüben, die die fest-



Rekordernte? Der Menge nach schon – aber die Zuckerrübenanbauer müssen erhebliche Ertragsseinbußen hinnehmen.

gelegte A-Kontingentmenge überschreiten, werden abgenommen, aber nach B- und C-Kontingent minderbezahlt. Um Absatzverluste bei Überproduktion den Erzeugern aufzubürden, wurde ferner im letzten Jahr durch die EG eine Produktionsabgabe von 2,5% des Preises für A- und B-Rüben, sowie zusätzlich 37,5% des Preises für B-Rüben festgelegt. Mit steigenden ha-Erträgen sinkt daher die Bezahlung der Rüben, es sei denn, ein Großbauer hat durch Aktienanteile an der Zuckerfabrik ein ausreichend großes A-Kontingent. Hinzu kommen Abzüge für minderqualität, z.B. durch niedrigeren Zuckergehalt als verlangt. Bisher liegt der durchschnittliche Zuckergehalt 1981 im Einzugsbereich Südbayern um 2% unter dem des Vorjahres. Der Zuckergehalt wird durch Stichproben von jeder Lieferung festgestellt. Aufgrund starker Regenfälle haben viele Bauern außerdem Schwierigkeiten, die Rüben einzubringen, da sie mit ihren Maschinen nicht in die Äcker fahren können. Kann ein Liefertermin nicht mit einem anderen Bauern getauscht werden, so kann er verfallen. Bis zu 25% und 30% Schmutzabzüge werden den Bauern berechnet. Auf der Mitgliederversammlung des Verbands Süddeutscher Zuckerrübenanbauer wurde eine Resolution an die Bundesregierung verabschiedet, in der diese aufgefordert wird, sich in der EG für eine „leistungsbezogene“ Festsetzung der A-Quoten für die BRD einzusetzen, um auf diesem Wege eine Erhöhung der Erzeugerpreise durchzusetzen. Maßgebend dafür sollten „Referenzjahre“ der einzelnen Mitgliedsländer sein.

Waffenlager

Was wußte der Verfassungsschutz? Zeuge kann nicht mehr aussagen

Es scheint, als sollte die „Aufklärung“ der gewaltigen Waffenfunde bei Uelzen in Niedersachsen nach dem gleichen Drehbuch vonstatten gehen wie die „Aufklärung“ des Massakers auf dem Münchener Oktoberfest 1980. Damals kam der am Attentat beteiligte Gundolf Köhler ums Leben, verschiedene öffentlich bekannte Faschisten wurden zwar verhört, von jedem Verdacht der Mittäterschaft jedoch reingewaschen und wieder freigelassen, sie konnten sich zum Teil ins Ausland absetzen, zum Teil, wie der ebenfalls im Zusammenhang mit dem Attentat verhörte Forstwirtschaftsmeister Lembke, weiter ihren Tätigkeiten in der BRD nachgehen. Nach neun Monaten Ermittlung schließlich verschwand der „Fall“ in den Akten.

Nach den ersten Waffenfunden durch Waldarbeiter Ende Oktober wird Forstwirtschaftsmeister Lembke verhaftet, seine Verbindung zu dem Waffenlager ist unabweisbar. Er deckt dann auch mehr als 30 weitere Waffenlager auf und wird, just bevor er wie angekündigt Aussagen über Herkunft und Hintermänner des gewaltigen Arsenal machen kann, in seiner Zelle an einem Radiokabel erhängt aufgefunden.

Unmittelbar nach der Aufdeckung des Waffenarsenals – insgesamt 88 Kisten mit u.a. 156 kg Sprengstoff, 50 Panzerfäusten, 13 520 Schuß Munition, verschiedenen Schußwaffen und zahlreichen hochgiftigen Stoffen – waren die niedersächsischen Polizeibehörden noch davon ausgegangen: „Solche Mengen kann man nicht stehlen, da muß geliefert worden sein.“ Auch über die Herkunft zumindest eines Teils der Waffen hatten die Behörden zunächst offensichtlich kaum Zweifel, sondern gingen davon aus, daß sie aus Beständen der Bundeswehr stammen. Presseberichten zufolge sind die Kisten dann auch der Bundeswehr übergeben worden.

Nach Lembkes Tod und nachdem die Bundesanwaltschaft selbst die Sache in die Hand genommen hatte, verflüchtigen sich solcherlei „Verdachtsmomente“. Die Bundesanwaltschaft beeilt sich mit der Erklärung, „daß es bisher keine Erkenntnisse dafür gibt, daß die Waffen aus Bundeswehrbeständen stammen“. Ein Oberfeldwebel der Bundeswehr wird nach kurzem Verhör auf freien Fuß gesetzt, da er zwar Lembkes „nazistischer Gruppe“, nicht aber dessen „terroristischer Ver-

einigung“ angehört habe (nach „Arbeiterkampf“ 212). Der Oberfeldwebel versieht weiter seinen Dienst, denn schließlich „wollen (wir) doch keinen über die Kante drücken“, wie das Verteidigungsministerium gegenüber der UZ (10.11.) erklärt. Auch die Erklärung der Bundesanwaltschaft, man kenne nur den begrenzten Umkreis des inzwischen „toten Zeugen“, deshalb würden die Ermittlungen schwierig, liest sich bereits wie die Ankündigung, daß die Ermittlungen im Sande verlaufen könnten.

Indes wissen die „Staatschutz“-behörden über den Faschisten Lembke weit mehr, als sie der Öffentlichkeit weismachen wollen. Immerhin präsentiert der Staatsapparat einen seit der Flucht aus der DDR 1959 scheinbar lückenlosen politischen Lebenslauf Lembkes, angefangen von seiner Mitgliedschaft in der „Deutschen Reichs-

partei“, der NPD, dem „Bund Vaterländischer Jugend“ bis zu seiner Vortragstätigkeit etwa für die „Deutsche Bürgerinitiative“ von Roeder. Immerhin hatte die Polizei, wie sie erst jetzt preisgab, im letzten Jahr nach dem Münchener Attentat den Hinweis erhalten – von wem? –, daß Lembke im Besitz von Sprengstoff sei, und hatte bei einer Hausdurchsuchung zwar keinen Sprengstoff, aber ein leeres Gewehrmagazin und Pistolenkugeln gefunden, also mehr als deutliche Anzeichen für Waffenbesitz. Immerhin wußte der Staatsapparat über seine Verbindungen zu den „Deutschen Aktionsgruppen“ Roeders, die für mehrere Brandanschläge und die Ermordung zweier Vietnamesen verantwortlich sind, so gut Bescheid, daß Lembke im Prozeß gegen Roeder aussagen sollte – er verweigerte die Aussage und wurde für ein halbes Jahr in Beugehaft genommen, aus der er erst im Oktober entlassen worden war. Auf welche Weise sich der Staatsapparat in Kenntnis über Lembkes Verbindungen und Aktivitäten setzte, ist unschwer zu ergründen. Viel mehr interessiert die Frage, wie jemand, der seit Jahren durch den Verfassungsschutz observiert wird,



ganz unbemerkt Waffen en masse beschaffen, in 88 Kisten verpacken, diese in den Wald schaffen und dort in aller Seelenruhe vergraben können soll.

Wir erinnern an den Fall des VS-Agenten Lepzien, der die ihm übertragene Aufgabe der Observation so ernst nahm, daß er Bomben für eine NSDAP-Bande in Braunschweig beschaffte und zu ihrem „Sicherheitschef“ avancierte. Eine Ausnahme? Mit Sicherheit insoweit *keine* Ausnahme, als der Verfassungsschutz seine Kenntnisse nicht nur durch Beobachtung, sondern sozusagen auch „teilnehmende Beobachtung“ gewinnt, d.h. Spitzel einschleust. Begründet nicht allein schon diese „Arbeitsweise“ des Verfassungsschutzes den Verdacht, daß seine Spitzel in neonazistischen Banden, und sei's, um nicht aufzufallen, die eifrigsten oder doch wenigstens eifrige Aktivisten abgeben und fast unvermeidlich die berüchtigte Rolle von agents provocateurs übernehmen?

Der VS-Agent Lepzin hätte, wie die Dokumente beweisen, die Braunschweiger NSDAP-Bande schon vor Jahren auffliegen lassen können und tat es nicht. Auch Lembke flog mit- samt der Waffenlager nur durch Zufall auf. Eines jedenfalls wird nach seinem Selbstmord unter Gefängnisaufsicht kaum mehr bekannt werden: wie er so unbehelligt das Waffenarsenal anlegen konnte. Ob seine Helfer in und außerhalb der Bundeswehr, die er unzweifelhaft gehabt hat, aufgedeckt werden, hängt wie bekannt von den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft ab.

Die Reaktion unterdes übt sich darin, gleichzeitig den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates zu betreiben und, unter ständiger Beteuerung der Harmlosigkeit des „Rechtsextremismus“, jede wirksame Maßnahme gegen neonazistische Organisationen, so vor allem ihr Verbot, zu unterlassen. Tatsächlich trägt sie die politische Verantwortung für das Wiedererstarken faschistischer Strömungen und Organisationen.

Jahrzehntelang nach Kriegsende war der Nationalsozialismus unter den Volksmassen in der BRD und Westberlin politisch und ideologisch erledigt. Dies droht sich zu ändern. Nicht, daß die Reaktion nun etwa offen die „Rehabilitation“ des Nationalsozialismus betriebe: Ein solcher Versuch wäre nach wie vor zum Scheitern verurteilt und würde sie politisch nur kosten. Was sie jedoch betreibt, ist die „Rehabilitation“ der Kriegsziele des Dritten Reiches. Wie selbstverständlich verbreitet sich etwa die „Bild am Sonntag“ über die „Katastrophe“, gemeint nicht etwa der Faschismus, sondern seine Niederlage, nicht etwa der letzte Weltkrieg, sondern sein Ausgang. Weit über der Bourgeoisie näch-

stes Ziel der „Wiedervereinigung Deutschlands“ in den Grenzen von 1937 schoß kürzlich erst Strauß hinaus, als er ganz nebenbei daran erinnerte, daß Österreich nicht „weniger deutsch sei als Ostpreußen es gewesen ist“ (und nach seinem Willen wieder werden soll; in: Konservative Bilanz der Reformjahre, hrsg. von L. Bossle). In dem gleichen Aufsatz erwärmte er sich für die „bestimmte Ordnungsfunktion“, die „Preußen und später Deutschland hatten und haben in Europa“. Usw. usf.

Wird nicht so der Boden gedüngt, auf dem offen faschistische und nationalsozialistische Propaganda gedeihen kann? Werden nicht die Grenzen dessen, was nach der öffentlichen Meinung „erlaubt“ ist, ständig ausgeweitet? Wenn es „erlaubt“ ist, sich über das eigentlich „deutsche“ Österreich auszulassen, wieso sollte es „verboten“ sein, den „Anschluß“ Österreichs zu propagieren, um nur ein Beispiel zu nennen und gleich noch ein anderes: Wenn es „erlaubt“ ist, daß eine Zeitung wie die FAZ schreiben kann, daß die ausländischen Arbeiter gekommen seien, „um im Treck des Wohlstandes mitzugehen“, wieso sollte die Aufforderung „Ausländer raus“ „verboten“ sein? Ohne die Ausländerhetze der Reaktion wären die Attentate neonazistischer Banden auf Asylantenwohnheime im letzten Jahr nicht durchführbar gewesen. Auch den Kampf gegen faschistischen und neonazistischen Terror kann die Arbeiterbewegung nur für sich entscheiden, wenn sie der Propaganda reaktionärer Auffassungen, von wem immer, keinen Fußbreit nachgibt.

Breschnew-Besuch Wer demonstriert in Bonn?

„Da in der UdSSR die Bürger ihren Wunsch nach Frieden und Menschenrechten nicht offen zum Ausdruck bringen können, rufen wir anläßlich des Besuchs von Leonid Breschnew in Bonn zur Demonstration auf.“

So zu lesen in der Bild am Sonntag und da in einem Aufruf, der von CDU/CSU und FDP-nahen Reserveoffizieren initiiert ist und von der Jungen Union unterstützt wird. Die Anmaßung ist unverfroren. Leute, deren Väter sich von Hitler zum blutigen Werk der faschistischen Neuordnung Europas gebrauchen ließen, wissen schon wieder, was andere Völker eigentlich wollten, wenn sie nur dürften, nämlich genau die Freiheit, die die CDU/CSU meint. Ein Hauch von den sozialen und politischen Gegensätzen, die diese Freiheit prägt, durchweht so-

gar den CDU-Aufruf. Die Losung der Demonstration wird lauten: Für Frieden und Menschenrechte in Ost und West! – anscheinend vermuten die Initiatoren, daß ohne Einräumung der Möglichkeit, auch hier (West) könne womöglich nicht alles ganz einwandfrei sein, der geplante reaktionäre Bonn-Auftrieb an Materialmangel leiden könnte.

„Wir wenden uns gegen das System der atomaren ‚Abschreckung‘ in Ost und West, denn solange unser Widerstand gegen den atomaren Rüstungswahnsinn auf einen Block beschränkt wird, kann der Rüstungswettlauf nicht gestoppt werden.“

Mit dieser Feststellung überraschen „Die Grünen“ die Öffentlichkeit mit

Breschnew kommt! Wir kommen auch!

Bitte folgen Sie unserem Aufruf! Kommen Sie am Sonntag, dem 22. November 1981, nach Bonn! Kommen Sie zu unserer:

Demonstration!

● **Breschnew:**
Er kommt, der sowjetische Staats- und Parteichef. Wir begrüßen den Besuch und die bestmögliche Bewirtschaftung der UdSSR die Bürger ihren Wunsch nach Frieden und Menschenrechten nicht offen zum Ausdruck bringen können, rufen wir anläßlich des Besuchs von Leonid Breschnew in Bonn zur Demonstration auf!

● **Wir:**
Wir fordern von Leonid Breschnew den sofortigen Abzug der Roten Armee aus Afghanistan. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch für das ganze deutsche Volk. Eine gleichgewichtige und ausgewogene Abrüstung in Ost und West. Und die Verwirklichung der KSZE-Schlüsse! Wir rufen auf zur Demonstration!

Für Frieden und Menschenrechte in Ost und West!

Thema: 11.00 Uhr An der Josephshöhe (Bonn-Nord). Start: 12.00 Uhr
Weg: Josephshöhe, Herseler Straße, Grauhewsdorfer Straße, Rosental, Am Johanneskreuz, Kohlstraße, Bertha-von-Suttner-Platz, Bonngasse, Marktplatz
Ende: 14.00 Uhr Kungebung Marktplatz, Bonn

Aktion für Frieden und Menschenrechte
Prinz-Albert-Straße 65, 5300 Bonn 1

ihrem Aufruf zur Demonstration in Bonn.

„Wir sind ermutigt durch die in jüngster Zeit auch in Osteuropa entstandenen friedenspolitischen Initiativen und unterstützen die Forderung von Teilen der evangelischen Kirche in der DDR nach einem sozialen Friedensdienst, die Forderung der polnischen Gewerkschaft Solidarność nach Senkung der Rüstungsausgaben auf ein Mindestmaß, den von Robert Havemann initiierten offenen Brief an Leonid Breschnew.“

Wozu ermutigt? Keineswegs dazu, hier in der BRD mit dem Verfassungsgerichtsurteil aufzuräumen, welches die beliebig verschärfbare Gewissensprüfung vorgeschrieben hat, nicht zur Unterstützung der Forderung hiesiger Gewerkschaften nach Reduktion der Rüstungsausgaben, nicht zum Initiieren Offener Briefe etwa in derartigen Angelegenheiten, sondern: „Solche Initiativen zeigen, daß eine blockübergreifende Friedensbewegung möglich ist.“ Die Grünen proben die Entfaltung jeweils fürs Inland genauso möglicher Kritik an ausländischen Beispielen. Nicht alle Teilnehmer dieser Demonstration werden mit solchen Methoden einverstanden sein; außerdem werden nicht so sehr viele hingehen.

Die marxistischen Gruppen demonstrieren schließlich ohne Forderungen, ebenfalls anlässlich des Breschnew-Besuches, ebenfalls in Bonn, aber „Gegen BRD-Imperialismus und NATO-Weltherrschaft.“ Zu politischen Forderungen gegen den BRD-Imperialismus kommen sie in ihrem Aufruf leider auch nicht, so berechtigt ihre Kritik an Versuchen, „eine NATO von unten“ aufzubauen, sicher ist. Der Verlauf des Bonner Demonstrationsdurcheinanders wird zeigen, daß jeder Schritt weg vom Kampf für einseitige Abrüstung die sog. Friedensbewegung nicht nur schwächt, sondern sie der Gefahr aussetzt, zum Tummelplatz imperialistischer Demagogen zu verkommen.

BRD—Südafrika Regierung fördert Waren- und Kapitalexport

Mittwoch, 28.10.81., Deutscher Bundestag, Fragestunde. Der Abgeordnete Thüsing (SPD) fragt den Staatssekretär Grüner vom Bundeswirtschaftsministerium: „Welche ‚Bonner Änderung der Exportgarantieklausel‘ hat zu einem Ansteigen der deutschen Direktinvestitionen in Südafrika und zu einem günstigeren Investitionsklima für deutsche Unternehmen in Südafrika geführt?“ Antwort des Staatssekretärs Grüner: „Das von ihnen genannte Zitat ist mir nicht bekannt, Herr Kollege. Die deutschen Direktinvestitionen haben sich in den vergangenen Jahren nicht wesentlich gesteigert. Im übrigen gewährt der Bund keine Garantien für Direktinvestitionen in Südafrika.“

Man merkt sofort: Der Staatssekretär hat etwas zu verbergen. Im Sommer dieses Jahres hat das Bundeskabinett eine Ausweitung der Förderung westdeutscher Warenexporte und damit indirekt auch der Kapitalexporte nach Südafrika beschlossen. Bereits am 15.7. hatte die deutsch-südafrikanische Handelskammer aus Südafrika gemeldet: „Das Klima für Investitionen ... sei ... für deutsche Unternehmen günstiger geworden. Nach der Bonner Änderung der Garantieklausel rechnet die Kammer durchaus mit einem weiteren Anstieg der deutschen Direktinvestitionen in Südafrika.“ („Nachrichten für Außenhandel“ der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen – BfA). In den nächsten Wochen folgten dann weitere „frohe Botschaften“. Am 24.8. meldete die BfA: „Ein Auftrag in Höhe von 700 Mio. Rand für das Kohlekraftwerk Matimba bei Ellisras in der Provinz Transvaal ging an das deutsch-französische Konsortium ‚Stein Industrie-Energie und Verfahrenstechnik‘ ... In Erwartung eines Teilauftrages für Matimba hatte das Bundeskabinett

kürzlich eine Exportbürgschaft gewährt.“ Am 9.10. folgte dann: „Das Bundeskabinett hat der Kraftwerk Union (KWU) am 7.10. für die Lieferung von Turbinen und Generatoren für das Kraftwerk ‚Station C‘ bei Pretoria Hermes-Bürgschaften in Höhe von 870 Mio. DM zugesichert ... die Kabinettsentscheidung war erforderlich geworden, da die Bundesregierung Ende 1977 beschlossen hatte, grundsätzlich für Einzelgeschäfte mit Südafrika nur noch Bürgschaften bis zu 50 Mio. DM zuzulassen.“ Das ist die „Bonner Änderung“, die der Staatssekretär Grüner nicht kennen will!

Die Kabinettsentscheidung von 1977 war die Reaktion auf den Aufstand in Soweto gewesen und auf die zunehmende Verurteilung der westdeutschen Beteiligung an der Kolonialausbeutung in Südafrika, durch die UNO, die OAU, durch die Lohnabhängigen in der BRD. Trotz dieser Entscheidung nahmen die westdeutschen Warenexporte von 1977 bis Anfang 1981 um 200% zu. Jetzt glaubt die Bundesregierung, dergleichen „Zurückhaltung“ sei nicht länger nötig; gleichzeitig versucht sie, ihre Entscheidung nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

Und von wegen „Direktinvestitionen ... nicht wesentlich gesteigert“! 1971 hatten die BRD-Imperialisten Direktinvestitionen von 155,2 Mio. DM in Südafrika getätigt. Dieses Jahr sind ihre Direktinvestitionen auf 700 Mio. DM angewachsen, zusammen mit „indirekten“ Investitionen wie z.B. Krediten für das Kolonialregime sogar auf 10 Mrd. DM! Westdeutsche Kapitalisten beuten heute 36000 schwarze Lohnabhängige in Südafrika aus. Über ihre Profite meldete die „FAZ“ am 9.6.: „sehr ordentliche Renditen“ und „Ergebnisse, von denen man in Europa nur noch träumen kann“. Zur Förderung dieser Kolonialausbeutung besteht seit 25.1.73 zwischen der BRD und Südafrika ein Doppelbesteuerungsabkommen. Westdeutsche Kapitalisten können seitdem die Steuern, die sie an das Kolonialregime zahlen, von den Steuern in der BRD abziehen.

Spanien Nach NATO- jetzt EG-Eintrittserpressung

Kaum ist die Erklärung zum NATO-Beitritt Spaniens nach erheblichen Erpressungen durch die USA, die BRD und England durch die spanische Regierung erfolgt und das Volksbegehren gegen den Eintritt abgelehnt, folgt jetzt der organisierte wirtschaftliche Zugriff durch die EG. Zur Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen mit Spanien im Rahmen einer „politischen

Kooperation“, ließ das EG-Sekretariat auf der letzten Ministerratstagung am 26. Oktober ein internes Papier kursieren mit der EG-Verhandlungsposition gegen Spanien. Darin ist zur „Beschleunigung des Beitritts“ eine durch die EG frei anwendbare „Schutzklausel“ gegen die spanischen Agrarexporte vorgesehen. Diese „Schutzklausel“ besteht darin, daß die EG-Behörden Preise, Zölle und Kontingente der spanischen Agrareinfuhren in die EG regulieren können. Diese Maßnahme der EG richtet sich insbesondere gegen die Ausfuhren von Wein und Gemüse sowie vor allem gegen die von Olivenöl.

Kein Sektor der spanischen Landwirtschaft hat eine so große Auswirkung auf die Lebensbedingungen der Bauern und auf die Produktion wie die Olivenölproduktion. Olivenanbau wird in 34 Provinzen betrieben, aber



Einige 100 Jahre alte Olivenbäume. Verlust bei Abholzen ist unwiderruflich.

die Hauptanbauggebiete liegen in Andalusien im Süden Spaniens. Dort werden zwei Drittel der gesamten Olivenölproduktion hergestellt. In den drei andalusischen Provinzen Sevilla, Cordoba und Jaen beträgt der Anteil der Olivenölproduktion an der gesamten Landwirtschaftsproduktion 45% und an der wirtschaftlichen Gesamtproduktion 18%. Für viele Kleinbauern ist der Anbau und die seit Generationen betriebene Pflege der Olivenbäume die einzige Möglichkeit, ein minimales Auskommen zu erreichen. 70% der Olivenölbetriebe sind Kleinbetriebe, die aber nur 15,4% der Anbaufläche besitzen. Anders als die Besitzer der Landgüter haben sie wegen der geringen Anbaufläche und schlechten Bodenqualität keinerlei Möglichkeiten, auf andere Produkte auszuweichen.

Bereits bisher mußten 100000 bis 150000 Bauern und Landarbeiter jährlich das Land verlassen. Die Ruinierung der spanischen Olivenölproduktion durch die EG würde eine Vernichtung der Existenz der Kleinbauern vor allem im Süden Spaniens, wachsende Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, unerträgliche Verschlechterung der minimalen Lebensbedingungen der bäuerlichen Bevölkerung und die Verödung ganzer Landstriche bedeuten.

Das Programm der Militärdiktatur ist von den westlichen Imperialisten diktiert – BRD dabei führend

Wenn die drei Bundestagsfraktionen gemeinsame Entschließungsanträge einbringen, sind gewöhnlich starke Interessen der westdeutschen Imperialisten berührt, wenn auch nicht unbedingt ausgesprochen. Am 5. Juni dieses Jahres hat der Bundestag einen solchen Antrag einstimmig verabschiedet. Er äußert darin seine „Erwartung“, die türkische Militärregierung werde alsbald einen „Zeitplan“ festlegen, der „die möglichst baldige Rückkehr zu einer funktionsfähigen Demokratie sicherstellt“. Hauptzweck des Antrags war, die Rücknahme eines anderen Antrags von 23 SPD-Abgeordneten zu bewirken, in dem die Einstellung der „Türkeihilfe“ gefordert wurde. Dieses Ziel wurde erreicht, nachdem Genscher zugesagt hatte, die Mittel für 1981 würden nur mit Zustimmung der zuständigen Bundestagsausschüsse verausgabt. Unseres Wissens werden sie verausgabt. Anfang November war Genscher in Ankara, um dort nach dem Rechten zu sehen. Den bewußten Zeitplan gibt es nach wie vor nicht. Jetzt wird als Neuigkeit ausposaunt, der Haushaltsausschuß wolle die „Türkeihilfe“ 1982 nur mit seiner Zustimmung auszahlen lassen. Siehe oben.

In einer Mitteilung der „Bundesstelle für Außenhandelsinformation“, die dem Wirtschaftsministerium untersteht, werden die Interessen der westdeutschen Türkeiprofiteure weniger parlamentarisch, dafür deutlicher ausgesprochen: „Die Anfang 1980 begonnene Wirtschaftspolitik der Liberalisierung und die nach der Machtergreifung der Generalität am 12.9.80 eingetretene gewisse Stabilisierung des politischen Lebens läßt am Jahreswechsel 1980/81 bei Wirtschaftskreisen einen gedämpften Optimismus aufkommen. Es wird in den nächsten Jahren nach Auffassung von Fachleuten die dringendste Aufgabe des Landes sein, eine radikale Umorientierung der Wirtschaft zu vollziehen und von der bisherigen starken Binnenorientierung der Produktion zu einer Weltmarktorientierung zu gelangen. Die Durchführung der dafür erforderlichen Maßnahmen dürfte infolge der Abschaffung des Parlaments nun mit weniger Zeitverlust und einem verkürzten Verfahrensweg zu erreichen sein.“

Die „wirtschaftspolitische Liberalisierung“ und die „Stabilisierung des politischen Lebens“ mit Massenverhaftungen, Folter und Todesurteilen gehörten von vornherein zusammen.

Die westdeutschen Imperialisten haben das eine wie das andere betrieben. Die Ergebnisse der Militärdiktatur finden in Bonn und bei den Frankfurter Banken erfreute Zustimmung. Wir werden sehen, daß die Diktatur genau das Programm durchführt, das die westlichen Imperialisten seit Jahr und Tag gefordert hatten. Bei der Formulierung dieses Programms hatten die westdeutschen Finanzbourgeois eine Hauptrolle gespielt und sodann die Organisation der „Türkeihilfe“ übernommen, mit der der Putsch-Kurs finanziert wurde und wird.

Im Januar 1979 hatte sich Schmidt auf dem Treffen der „großen Vier“ (USA, Großbritannien, Frankreich, BRD) auf Guadeloupe den Auftrag für die Türkei-„Hilfsaktion“ erteilen lassen. W.L. Kiep (CDU) übernahm die Durchführung. Die „Zeit“ damals über die „historische Novität“: „Zum erstenmal war es die Bundesrepublik, die in dem internationalen Hilfskon-

Diese Spitzenrolle hat Tradition. Ein H. Gross vom „Südosteuropa-Arbeitskreis der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ teilte einem internationalen Kongreß in Ankara 1979 mit: „Sie (die BRD) setzt eine in der Zeit des Deutschen Reiches und der Weimarer Republik zurückreichende außenwirtschaftliche Tradition fort, die ihren Ausdruck in einem spezifisch engen türkisch-deutschen Bezugsverhältnis gefunden hat, wie sie mit keinem anderen europäischen Staat besteht.“ (Die Türkei in Europa, hrsg. von K.-D. Grothusen, S. 167)

Die massenhafte Einfuhr türkischer Arbeiter in die BRD hat dies „traditionelle“ Verhältnis um einen neuen Aspekt bereichert. Mitte 1980 arbeiteten 590 000 türkische Lohnabhängige in der BRD, ihre Heimüberweisungen sind einer der wichtigsten (und anfälligsten) Posten der türkischen Zahlungsbilanz. Einerseits wurden so oft die aktivsten Elemente ins Ausland ge-



Juntaterror: 15000 verhaftet, 500 bei Razzien, 150 auf der Folter ermordet.

sortium die Führung übernehmen mußte.“ Die Wahl war freilich keineswegs zufällig auf die BRD-Imperialisten gefallen. Sie waren und sind der bei weitem größte Handelspartner der Türkei. Die Forderungen der „deutschen Privatwirtschaft“ an die Türkei wurden 1979 auf 600 Mio. DM beziffert, seitdem sind sie gestiegen. Bei den ausländischen Direktinvestitionen lag die BRD 1978 der Zahl der Firmen nach auf dem ersten, dem investierten Kapital nach auf dem dritten Platz.

zogen. Andererseits erleichtern die so geschaffenen Verbindungen den – erklärtermaßen angestrebten – Kapital-export in die Türkei. Arbeiter mit gewisser Kenntnis westdeutscher Maschinerie und der deutschen Sprache wären dort – zu türkischem Lohn – vorzufinden.

Die Zahlungsfähigkeit, in die die Imperialisten die Türkei durch hohe, kurzfristige und teure Kredite immer tiefer hineingetrieben hatten, gab nun den Anlaß zur „Türkeihilfe“, um dem

Die Politik Atatürks zum Aufbau einer unabhängigen Türkei

In diesem Jahr feiert man in der Türkei den 100jährigen Geburtstag von Mustafa Kemal, der später Atatürk, Vater der Türken, genannt wurde. In den europäischen Ländern ist Atatürk bekannt als derjenige, der in der Türkei das Sultanat abgeschafft hat und versuchte, die Türkei zu verwestlichen. Die westdeutsche Offizierspitze vergleicht Atatürk mit dem „Typus des preußischen Offiziers wie Gneisenau, Clausewitz u.a.“ Die Militärjunta in der Türkei beruft sich auf Atatürk, genauso wie es die Regierungen Ecevit und Demirel gemacht haben. Ein Artikel in der Europäischen Wehrkunde 6/81 zu seinem Geburtstag endet da, wo Atatürk anfang, einen von den Imperialisten unabhängigen Staat aufzubauen.

Die deutschen Imperialisten hatten das osmanische Reich gezwungen, an ihrer Seite den 1. Weltkrieg zu führen. Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus diktierten die Siegermächte England, Frankreich, Italien und Griechenland den Waffenstillstand mit der Türkei, der vor allem eine Zerstückelung und Aufteilung des osmanischen Reiches unter den Siegermächten vorsah. Unter der Führung von Atatürk entwickelte sich der Widerstand der Volksmassen gegen diese Pläne. Das Hauptziel der Befreiungsbewegung war die nationale Unabhängigkeit. 1920 wurde im Friedensvertrag von Sevres festge-

legt, daß die Türkei auf ein Viertel ihres bisherigen Gebietes eingegrenzt werden sollte. Die Siegermächte ließen sich ihren Anspruch auf Reparationszahlungen von der Türkei bestätigen, wollten ihren Anspruch aber nicht geltend machen, sondern stattdessen eine

ter sollten die Kapitulationen, Genehmigungen der früheren Regierungen des osmanischen Reiches für uneingeschränkten privilegierten Handel mit ganz geringen Zollsätzen für die Imperialisten, beibehalten werden.

Der Vertrag von Sevres wurde zwar von der Regierung des Sultans Mehmed VI unterzeichnet, aber von der großen Nationalversammlung in Ankara nicht ratifiziert. Nach schweren Kämpfen mit den imperialistischen,



Demonstration der Tee- und Haselnußbauern an der Schwarzmeerküste gegen die staatliche Preispolitik 1980

Finanzkommission mit französischen, englischen und italienischen Mitgliedern einrichten. Diese Finanzkommission sollte das Recht haben, die jährlichen Staatshaushaltsvorlagen zu genehmigen, die Handhabung des Haushalts, die Finanzgesetze und -verordnungen zu überwachen und den Geldumlauf in der Türkei zu regeln. Wei-

aber auch den griechischen Truppen, die die Briten vorgeschickt hatten, warf die Volksbefreiungsarmee unter Mustafa Kemal die Imperialisten aus dem Land. Im Friedensvertrag von Lausanne gelang es Atatürk, die Zerstückelung der Türkei zu verhindern, die Pläne in Bezug auf die Finanzhoheit über die Türkei zurückzuweisen

imperialistischen Kapitalexporthahn zu brechen. Kiep brachte knapp 1 Mrd. \$ zusammen, die BRD übernahm mit 200 Mio. \$ nach den USA den zweitgrößten Anteil. Die Türkei mußte dafür ein Sanierungsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) akzeptieren. Die Regierung Ecevit, die das ihr aufgezwungene Programm weder durchsetzen konnte noch voll wollte, stürzte Ende 1979.

Die rechtskonservative Regierung Demirel startete im Januar 1980 ein „Stabilisierungsprogramm“, das den IWF-Forderungen nachkam und von der Junta – z.T. mit demselben Personal, so dem zum Vizepremier beförderten Demirel-Berater Özal – fortgesetzt wird. Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation knurrte Mitte 1980 über die Schlappe bei der Durchsetzung des Programms: „Die Kreditzusagen der OECD sowie die Auszahlungen des IWF verzögerten sich jedoch, da die Erfüllung der im Stabilisierungs-

programm vom Januar 1980 angekündigten Maßnahmen nach Ansicht dieser internationalen Organisation unzureichend war.“ Inzwischen war die BRD auch im Rahmen der NATO-„Arbeitsteilung“ für die Türkei „zuständig“ geworden. Finanzminister Matthöfer brachte wenige Monate vor dem Putsch am 12.9. die 1,16 Mrd. \$ für die „zweite Türkeihilfe“ zusammen. Diesmal trug die BRD ebensoviel bei wie die USA, 295 Mio. \$.

„Weltmarktorientierung statt Binnenorientierung“, das ist der Kehrreim, auf den alle imperialistischen Modernisierungsprogramme für die Türkei ausgehen. Die unter Atatürk eingeleitete selbständige Kapitalakkumulation ist zwar an vielfältige innere wie äußere Schranken gestoßen (s. Kasten auf dieser Seite). Aber die Imperialisten haben die damals geschaffenen Ansätze zu einer unabhängigen Wirtschaft bisher nie vollständig beseitigen können. Zwar ist die Türkei in-

zwischen in die internationale Arbeitsteilung des kapitalistischen Weltmarktes hineingepreßt (als Exporteur von Haselnüssen, Baumwolle, Tabak und Textilien), aber in weit geringerem Umfang als vergleichbare Entwicklungsländer. Zwar haben sich die Imperialisten mit dem Gesetz von 1954 über Auslandsinvestitionen eine „liberale Rechtsbasis“ für den Kapitalex-

	BSP/Kopf	Außenhand-	Ausl. In-
	1979 in	del in %	vest. in
	US-\$	v. BIP 79	% v. BSP
			76
Türkei	1330	12,76	1,21
Spanien	4380	23,97	4,42
Brasilien	1780	17,14	8,35
Mexiko	1640	16,98	6,86
Südkorea	1130	58,35	4,28
Ägypten	480	33,30	

Quellen: Weltbank. Weltentwicklungsbericht, 1978 und 1981. dies., Private Direct Foreign Investment in Developing Countries, W.B. Staff Working Paper No. 348 (July 1979) und eigene Berechnungen. BSP = Bruttoinlandsprodukt. BIP = Bruttoinlandsprodukt.

und die Kapitulationen außer Kraft zu setzen. Das war eine wichtige Bedingung dafür, daß das Land den Aufbau eines selbständigen Staates mit einer eigenen Wirtschaftspolitik in Angriff nehmen konnte. Die Imperialisten konnten zwar durchsetzen, daß für einige Zeit die Rechte der ausländischen Investoren in der Türkei von der türkischen Regierung respektiert werden mußten und weiter, daß die Zollsätze, die den Imperialisten viel günstigere Bedingungen als der einheimischen Bourgeoisie gewährten, bis 1927 eingefroren wurden. Diese Bedingungen des Friedensvertrages erschwerten der Türkei eine selbständige Entwicklung bis 1930. Am 23.10.1923 wurde dann die Türkische Republik gegründet.

Für Atatürk war der Aufbau der Wirtschaft die Grundlage, auf der ein Land die vollkommene Unabhängigkeit auf politischem, finanziellem, wirtschaftlichem, rechtlichem, militärischem und kulturellem Gebiet erringen konnte. Sein Plan war, die nationale Bourgeoisie zu stärken, damit es dem ganzen Volk gutgehen konnte. 1925 wurde mit der Enteignung der Imperialisten begonnen. Zunächst wurden die ausländischen Firmen enteignet, die das Tabakmonopol besaßen, dann die Kapitalisten, die die Eisenbahnlinien und Hafenanlagen besaßen.

Nach 1930 wurden die Enteignungen forciert und nach Atatürks Tod erst 1944 abgeschlossen. Die Imperialisten wurden durch Steuergelder und inländische Anleihen entschädigt. Die nationale Bourgeoisie wurde mit allen Mitteln gefördert. Maßnahmen waren u.a., daß der Staat jedem Kapitalisten, der eine neue Industrieanlage gründe-

te, 10 ha Land kostenlos zur Verfügung stellte. Die Fabriken waren frei von Ertragsteuer und örtlichen Abgaben, die notwendigen Investitionsgüter konnten ohne Importzölle eingeführt werden, staatlichen Institutionen kauften die einheimischen Industrieprodukte auf, selbst wenn sie bis zu 10% teurer als ausländische Erzeugnisse waren.

Der erste Fünfjahresplan, mit dessen Vorbereitungen 1931 mit Hilfe sowjetischer Experten begonnen wurde, sah den Aufbau einer Grundindustrie vor. Die Grundindustrie sollte die Sektoren umfassen, in denen die Türkei besonders importabhängig war.

Schwerpunkt war die Produktion von Massenbedarfsgütern. Der 2. Fünfjahresplan zielte auf den Aufbau der Schwerindustrie. Bis 1940 gelang es, die Produktion in wichtigen Bereichen oft um das Doppelte oder Dreifache zu steigern. Die Außenhandelsbilanz ergab in den Jahren 1930 bis 1940 ein Plus. In der Landwirtschaft gab es in diesen Jahren eine ähnliche Entwicklung. Hatten 1929 die Lebensmittel und Getränke einen Anteil von mehr als 18% am Import, so betrug dieser Anteil 1938 nur noch 4,8%, im selben Zeitraum steigerte sich deren Export von 27,9% auf 39,5%. Die landwirtschaftliche Anbaufläche verdoppelte sich in diesem Zeitraum.

Atatürks Konzept zum Aufbau eines vom Imperialismus unabhängigen Staates scheiterte nach dem 2. Weltkrieg, wo sich zunächst die US-Imperialisten und später dann die BRD-Imperialisten und die anderen westeuropäischen Imperialisten erneut festsetz-

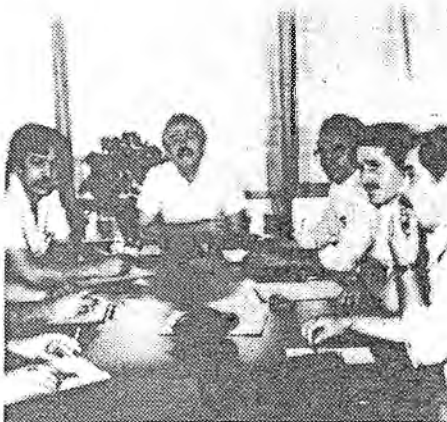
ten. Er setzte im wesentlichen auf die nationale Bourgeoisie. Die Arbeiter und Bauernmassen mußten über die Steuern die staatliche Unterstützung der einheimischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer finanzieren, während die Großgrundbesitzer keine Steuern aus ihrem landwirtschaftlichen Einkommen zahlen mußten und auch die Industrie- und Handelsbourgeoisie nur einen Bruchteil zum Gesamteinkommen beitrug. Wesentlich war, daß keine Landreform im Interesse der Landlosen und kleinen Bauern gegen die Großgrundbesitzer durchgeführt wurde. Zwar wurden Maßnahmen ergriffen, die die Lage der Bevölkerung auf dem Land erleichtern sollten. Aber die Großgrundbesitzer wurden weder politisch noch ökonomisch entmachtet. Das Mehrprodukt, das die zu 80% bäuerliche Bevölkerung erwirtschaftete, blieb in den Händen der Großgrundbesitzer, wurde von ihnen verbraucht und floss nicht in den Aufbau der Industrie.

So war die einheimische Bourgeoisie sehr bald gezwungen, Kredite bei den Imperialisten aufzunehmen. Der deutsche IG-Farben Direktor skizzierte 1936 die Taktik der Imperialisten. Man müsse sehen, „ob wir nicht in der Lage sind, den Bau der einen oder anderen Fabrik zu übernehmen ...“. Dann könne „eine gewisse Einflußnahme späterhin möglich sein ... insbesondere in der Richtung, daß seitens der Türkei nur die Projekte durchgeführt werden, die auch uns wirtschaftlich als vorteilhaft erscheinen.“

port schaffen lassen, aber die ausländischen Direktinvestitionen blieben, gemessen an der Gesamtproduktion, gering.

Der schon zitierte Gross klagt: „Die immer wieder aufgeworfene Frage der Nationalisierung von Unternehmen im Montanwesen und die in diesem Zusammenhang auftauchende Forderung, alle erteilten Ausbeutungslizenzen zurückzuziehen und nur in Ausnahmefällen auf Auslandskapital zurückzugreifen, hemmen die notwendige rechtzeitige (!) Erschließung der Bodenschätze der Türkei, die zu den reichsten Montanländern der Welt gehört ... Nach Meinung westlicher Wirtschaftskreise müsse eine völlig neue Politik dem ausländischen Kapital gegenüber betrieben werden, mit konkreten Erleichterungen, mit einem völlig neuen Geist und vor allem mit personellen Veränderungen in den zuständigen Stellen.“ (a.a.O., S. 178) Dafür ist inzwischen gesorgt.

Die Kernpunkte des Modernisierungsprogramms, mit dem die „Weltmarktorientierung“ zum Nutz und Frommen z.B. der Frankfurter „Metallgesellschaft“ erzwungen werden



DISK-Vorsitzender Bastürk auf einer Vorstandssitzung. Gegen 25 Funktionäre des Gewerkschaftsbundes fordert der Militäranwalt die Todesstrafe.

soll, finden sich in den verschiedenen IWF-Kreditabkommen ebenso wieder wie im „Stabilisierungsprogramm“ der Regierung Demirel vom Januar 1980 und in der Regierungserklärung des von den Putschisten als Ministerpräsident eingesetzten Uluşu im Oktober 1980: „realistischer Wechselkurs“; „marktgerechter Zins“; „keine Subventionen für Staatsbetriebe“; „ungehemmte Zufuhr von Auslandskapital“ und schließlich: Lohnsenkung, Streikverbot, Aufhebung der Tariffreiheit.

„Realistischer Wechselkurs“: Eine Abwertung um 43,7% hatten Kiep und der IWF der Regierung Ecevit schon für die erste „Türkeihilfe“ 1979 abgetrotzt. Das „Stabilisierungsprogramm“ Demirels, Voraussetzung für die zweite „Türkeihilfe“, begann mit einer weiteren Abwertung um ein Drittel. Seit Januar 1980 hat die türkische Lira erneut die Hälfte ihres Werts ver-

Gewerkschaftsbewegung kann Putsch nicht verhindern

1947 bilden sich in der Türkei die ersten Gewerkschaften. Sie können aber nicht legal arbeiten. Erst 1960 wird das Recht auf Bildung von Gewerkschaften in die Verfassung aufgenommen. Es bildet sich die Gewerkschaft Türk-Is, deren Funktionäre teilweise in den USA ausgebildet sein sollen. 1967 bildet sich die Gewerkschaft DISK. Sie wird unter Verbotsdrohungen und Repressalien aufgebaut. DISK schlägt Gemeinsamkeiten mit der Regierung aus und bemüht sich, die Interessenvertretung der Lohnabhängigen wahrzunehmen. Die Gewerkschaft Türk-Is dagegen ist mit leitenden Funktionären

die Gewerkschaften aber bessere vertragliche Regelungen mit den Kapitalisten erzielen, kann man deutlich am Anstieg der Zahl der Sozialversicherten sehen, die in den Jahren 1971 bis 1979 um 700000 steigt.

Nach unseren Berechnungen muß es der Gewerkschaftsbewegung sogar gelungen sein, in den Jahren 1974 bis 1978 Lohnverluste zu verhindern. Setzt man die Löhne dieser Jahre ins Verhältnis zu Preisen, wie sie 1979 bestehen, ist dies zumindest das Resultat. Die verschiedenen Wirtschaftsprogramme der bürgerlichen Regierungen von Demirel bis Ecevit, die vom IWF diktiert sind, werden von der Arbeiterklasse bekämpft. Politische Zwangsmaßnahmen durch die Regierung können wenig Erfolg erzielen. 1976 führt die DISK einen erfolgreichen Generalstreik gegen die Erweiterung der Staatssicherheitsgerichte durch. 1980 verzeichnet die Türkei mit 7,7 Mio. Streiktage einen Höhepunkt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 10%. Die Kapitalisten können aus Elendsschichten faschistische Banden rekrutieren. Die Junta putscht und übernimmt die Macht. Die Arbeitslosigkeit ist heute auf über 30% gestiegen, nicht mitgerechnet sind die Straßenhändler und Gelegenheitsarbeiter, die bei der Ernte in der Landwirtschaft befristete Arbeit finden.

Zwar werden 1980 eine 70%ige Lohnerhöhung durch die Junta zugesichert, die Preise steigen aber um 140%. Die Junta hat das Gewerkschaftsvermögen der DISK und anderer Gewerkschaften, die dem Dach-

Beschäftigte in der Türkei

Jahr	Sozialvers.	Besch. m. Tarifvert.	Anzahl d. Tarife
1971	1404816	242550	1442
1972	1525012	408237	1606
1973	1649079	443290	1921
1974	1799998	601779	1724
1975	1823338	300518	1893
1976	2017875	413773	1979
1977	2191251	590098	2033
1978	2206056	385877	1870
1979	2152411	371397	2070

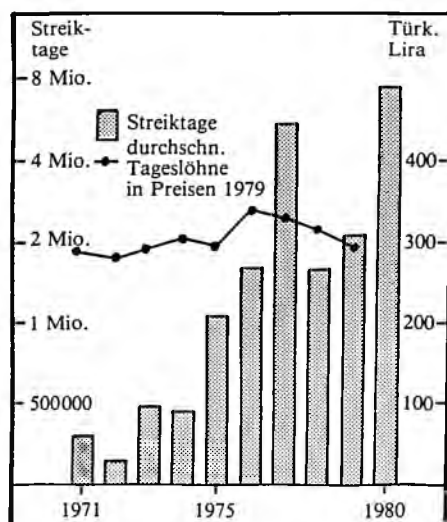
verband der DISK unterstehen, verstaatlicht, so kürzlich das 16stöckige Hochhaus der Genel-Is. Führende Funktionäre und auch viele Mitglieder der DISK werden neben vielen Kommunisten in Gefängnissen gefangen gehalten. In einigen Fällen sind Todesurteile gefordert, so gegen den Generalsekretär Abdullah Bastürk.

loren. Abwertungen verbilligen türkische Waren für den imperialistischen Einkäufer und türkische Fabriken für den ausländischen Investor. Da die meisten Importe der Türkei nur langfristig zu ersetzen sind, sinken sie mit der Abwertung nicht, sondern werden bloß teurer.

„Marktgerechter Zins“: Bis Mitte 1980 wurden die Zinsen in der Türkei staatlich festgesetzt (und verhältnismäßig niedrig gehalten). Im Juni 1980 verfügte Demirel „Erleichterungen im Bankwesen, wobei die Zinssätze, die von internationalen Finanzkreisen als zu niedrig eingeschätzt wurden, freigegeben wurden“. Erst dann ließ sich der IWF zu einem neuen Abkommen herbei. Folge der Hochzinspolitik: Im 1. Halbjahr 1981 wurden 1371 Firmen liquidiert, 150% mehr als im Vorjahr, größtenteils Kleinkapitalisten.

„Keine Subventionen für Staatsbetriebe“: Obwohl seit 1950 mit kurzen Unterbrechungen Parteien regiert haben, die den staatskapitalistischen Kurs des Kemalismus ablehnen, ist der Anteil der Staatsunternehmen an Produktion und Investitionen immer weiter gestiegen. 40% der in der Industrie beschäftigten Lohnabhängigen arbeiteten 1978 in Staatsbetrieben (übrigens zu Löhnen, die im Schnitt ein Drittel höher lagen als in der Privatindustrie). Gestützt auf billige Kredite der Zentralbank und geschützt durch Importbeschränkungen konnten die Staatsunternehmen die türkische Wirtschaft mit im Land produzierten Grundstoffen zu relativ günstigem Preis versorgen, so mit Kunstdünger, Zement und Raffinerieprodukten. Durch Streichung der Staatszuschüsse zwang Demirel die staatlichen Betriebe zu drastischen Preiserhöhungen. Daß damit die Staatsbetriebe der Vernichtungskonkurrenz durch imperialistische Konzerne ausgesetzt werden sollen, gibt die OECD in ihrem Jahresbericht 1981 zu: „Der so erreichte Fortschritt könnte leicht teuer zu stehen kommen, wenn ihm nicht geeignete Maßnahmen zur wirksamen Verbesserung des Funktionierens dieser Unternehmen folgen. Die lebhaftere Konkurrenz, die der Anstieg des Imports hervorbringen wird, wird dazu wahrscheinlich beitragen.“

„Ungehemmte Zufuhr von Auslandskapital“: Im März 1980 beklagten sich die „Nachrichten für Außenhandel“ über das „ungünstige Investitionsklima“ in der Türkei: „Die ausländischen Investitionen waren in den letzten Jahren rückläufig; einige Firmen haben sich in letzter Zeit vom Markt zurückgezogen. Deutsche Unternehmen versuchen, oft mit schweren Verlusten, durchzuhalten.“ Ein



Quelle: Statistical Yearbook of Turkey (türkisch - englisch). Wechselkurs: April 1979, 1 Türk. Lira = 0,08 DM.

in der Regierung vertreten. Von der DISK ist bekannt, daß sie Mitte der siebziger Jahre eine Agitation für die Bildung einer Einheitsgewerkschaft gemacht hat. Die DISK kann sich stabilisieren und gewinnt von der Türk-Is Mitglieder. Jede Gewerkschaft hat eine halbe Million Mitglieder. Die Türkei hat 6 Mio. Beschäftigte, die Beschäftigung in der Landwirtschaft nicht einberechnet. Nachdem die Militärjunta 1971 abdankt, bestehen bessere Bedingungen für den Aufbau der Gewerkschaften. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten. In mehreren Industriebetrieben finden Streiks statt. Einige werden sogar über ein Jahr geführt. Seit dieser Zeit nimmt die Anzahl derjenigen Betriebe zu, die tariflich festgesetzte Löhne zahlen müssen. Die abgedruckte Statistik erbringt keinen genauen Eindruck, da in der Türkei die Tarifverträge über ein bis drei Jahre abgeschlossen werden. Meistens über zwei Jahre. Daß

Landwirtschaft der Türkei: Obst- und Gemüseplantage der EG?

Die türkische Landwirtschaft, in der über 50% aller Beschäftigten des Landes arbeiten, ist durch schroffe Klassenwidersprüche, geringe Mechanisierung und schwere Arbeit für die Masse der rechtlosen und armen Bauern gekennzeichnet. Die Großgrundbesitzer, die 4,7% der ländlichen Bevölkerung ausmachen, besitzen die besten Böden und 41% des Landes. $\frac{1}{3}$ der ländlichen Bevölkerung von 26 Mio. (1973) dagegen besitzen überhaupt kein Land, weitere mehr als 40% weniger als 5 Hektar. Das reicht nicht, um ihre Familien zu ernähren. 1972 erzielten 70% der ländlichen Familien aus dem Verkauf ihrer Produkte gerade umgerechnet 100 DM Erlös pro Kopf. Die Bauern müssen sich deshalb bei den Großgrundbesitzern als Landarbeiter, Saisonarbeiter oder Pächter verdingen, sind bei den Händlern gewaltig verschuldet. Viele müssen in den Städten oder sogar im Ausland Arbeit suchen.

Trotz dieser elenden Lage der Bauernmassen und obwohl z.B. nur 32% des Landes mit Hilfe von Traktoren bearbeitet wird, kann die Türkei bis heute den Lebensmittelbedarf ihrer Bevölkerung aus eigener Produktion

decken. Mit Unterstützung der verschiedenen Regierungen weiteten die Bauern von 1934 bis 1971 die Ackerfläche von 10 Mio. ha auf 25 Mio. ha aus. Die Weizenproduktion stieg von 2,9 Mio. t 1929 über 6,4 Mio. t 1952 auf 16,2 Mio. t 1979. Die Regierung erreichte diese Steigerung v.a. durch den Schutz der Landwirtschaft vor Importen, durch Bewässerungs- und Erschließungsprogramme und durch vergleichsweise hohe staatliche Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte. Den Erlös steckten Großgrundbesitzer und Zwischenhändler in ihre Taschen. Die Lage der Bauern besserte sich nicht. 5 bis 8 Mio. ha Boden sind inzwischen von Erosion bedroht, weil die Großgrundbesitzer sich nicht um die Kultivierung kümmern.

Heftige Proteste der Bauern und Landarbeiter führten mehrfach zu zaghaften Landreformversuchen der Regierung und zur Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften. Aber die Genossenschaften bekamen keine Unterstützung, keine Maschinen, stattdessen teure Kredite. Nach dem ersten Landreformgesetz von 1945 verteilte die Regierung lediglich 2,2 Mio. ha Staats- und Gemeindeland an die Bau-

ern, das Land der Großgrundbesitzer blieb unangetastet. Das zweite Landreformgesetz, 1973 nach mehreren spektakulären Besetzungen von Großgrundbesitzerland verabschiedet, blieb bis heute auf dem Papier.

Seit Beginn der türkischen EWG-Assoziierung 1963 versuchen die Imperialisten, auch diese zaghafte Landreformansätze zu stoppen und stattdessen das Elend der türkischen Bauern zu nutzen, um sie zu Lieferanten billigen Obstes, Gemüses usw. zu pressen. Seit 1973 sind für 93% der landwirtschaftlichen Exporte, immer noch Hauptexportprodukte der Türkei, die Zölle und Kontingente der EG aufgehoben. Die türkischen Nahrungsmittelexporte stiegen allein bei Obst und Gemüse von 138 Mio. \$ 1970 auf 648 Mio. \$ 1979. Der größte Teil davon geht in die EG.

Zur Verwandlung der türkischen Landwirtschaft in eine EG-Obst- und Gemüseplantage mußten aber noch weitere Schranken fallen, insbesondere die Schranken für imperialistische Kapitalanlagen in der Landwirtschaft. Das hat die Junta jetzt besorgt. Als eine ihrer ersten Maßnahmen verkündete sie Ende 1980: „Ausländer können in der Saatgüterproduktion, in integrierten Viehzuchtprojekten, im Export frischen Gemüses und in der Fruchteproduktion investieren.“

Jahr später konnte das BRD-Konsulat aus Istanbul melden, daß sich das Durchhalten gelohnt hat. Siemens plane Erweiterungsinvestitionen von 30 Mio. DM, Hoechst und MAN wollten offene Lieferantenforderungen in Kapitalerhöhungen umwandeln.

Eine der Gründe für das schlechte „Investitionsklima“ war die strikte und langwierige Kontrolle aller Investitionsvorhaben durch staatliche Behörden. Um die Bearbeitungszeit auf we-

nige Wochen zu verkürzen, richtete Demirel im Januar 1980 ein eigenes Amt für Auslandsinvestitionen mit weitreichenden Vollmachten ein. Die Obergrenze von 49% für ausländische Beteiligungen entfällt seitdem, wenn mindestens 25% des Kapitals im Ausland tätigen Türken gehört. Die rege Förderung, die die Bundesregierung schon seit 1972 der Gründung von „Arbeitnehmergesellschaften“ ange-deihen läßt, findet damit ein noch breiteres Betätigungsfeld. Seit dem Mili-

tärputsch werden Wirtschaftszweige, in denen vorher ausländische und z.T. überhaupt private Investitionen unzulässig waren, den Kapitalexporthen geöffnet: Landwirtschaft und Rohstoffproduktion. Im Sommer 1981 hat die staatliche Rohstoffholding dem imperialistischen Kapital sieben „joint ventures“ (Gemeinschaftsunternehmen), u.a. ein Aluminiumwerk, zur Beteiligung angeboten.

Wenn sich die westdeutschen Imperialisten heute als Hüter der türkischen Demokratie in Pose werfen, so ist das reine Heuchelei. Das von ihnen diktierte Wirtschaftsprogramm ist ohne Militärdiktatur nicht durchsetzbar. Zum ersten Jahrestag des Putsches schreibt das BRD-Konsulat aus Istanbul: „Die Härten, die sich aus dem Lohnstopp für die Beschäftigten ergeben, sind so beträchtlich, daß sich hier sozialer Zündstoff ansammelt, der nur durch den Respekt vor der Militärregierung nicht aufflammt.“ Den besten Beitrag zur Unterstützung der Völker der Türkei können die westdeutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften leisten, wenn sie den eigenen Ausbeutern die Mittel zur Einmischung und Ausbeutung der Türkei abschneiden: „Türkeihilfe“ und Kapitalexport.



15000 demonstrierten am 12.9.81 in Duisburg zum 1. Jahrestag des Putsches

Lohnforderung der Seehafenarbeiter

Hamburg. Nach etwa vier Wochen Diskussion unter den Hafenarbeitern wurde die Forderung von der Bundestarifkommission am 10.11.81 beschlossen. „Die Stundenlöhne der 1. Werktagsschicht der jeweiligen Lohngruppe sollen ab dem 1. Januar 1982 um 7% erhöht werden. Die schichtbezogenen Zuschläge erhöhen sich entsprechend. Das Urlaubsgeld soll um DM 250 erhöht werden.“ In den Betrieben waren vielfach höhere Forderungen beschlossen. So die Stauerei Tiedemann 8,5% plus 200 DM Urlaubsgeld oder Gesamthafenbetrieb Hamburg 8% plus 250 DM Urlaubsgeld.

Verschwundene Akten wieder aufgetaucht?

Nürnberg. Am 3. November begann der Prozeß gegen den ersten Block von 10 Angeklagten in den 5.-März-Prozessen. Am vierten Verhandlungstag stellte sich der Staatsanwaltschaft die Aufgabe aufzuklären, wieso erst ab dem 31. März – vier Wochen nach den Verhaftungen – protokollierte, dann auch noch fast gleichlautende Polizeiaussagen vor-

München. 2000 Mitglieder der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB), Südbayern, demonstrierten am 7.11. in München für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Zunehmend verlagern die westdeutschen Kapitalisten die Produktion in Niedriglohnländer und versuchen gleichzeitig, über Billigimporte den Lohn in der BRD zu drücken. 328000 Arbeitsplätze seien seit 1971 vernichtet worden (Hoffmann, Hauptvorstand der GTB). Die Gewerkschaft fordert, die jährliche Steigerungsrate von Textilimporten von derzeit 6% auf 1% zu senken.

liegen. Tagsdrauf sind nun unmittelbar nach den Verhaftungen angefertigte Protokolle „gefunden“ worden, die einiges in dem Anklagegebäude bereits erschüttern. Die Verteidigung fordert Einstellung des Verfahrens und wirft der Staatsanwaltschaft Aktenunterdrückung vor – weiterhin fehlen Vernehmungsprotokolle. Nach gängiger Rechtsauffassung wäre das Verfahren bereits geplatzt wegen unvollständiger Aktenvorlage bei Eröffnung. Das Gericht hat sich eine Woche vertagt – die weitere Marschroute soll abgesteckt werden.



Die Druckarbeiter und Journalisten aller italienischen Zeitungen haben am 12.11. gegen das Brachial-Sanierungsprogramm des Rizzoli-Konzerns gestreikt. Der größte Medienkonzern des Landes (Marktanteil bei Tageszeitungen 24%, bei Wochenzeitungen über 30%) gibt u.a. die auflagenstärkste und zugleich angesehenste bürgerliche Zeitung Italiens heraus, den „Corriere della Sera“. Um den Konzern für Interessenten an der anstehenden Kapitalerhöhung noch profitabler zu machen, sollen jetzt drei Tageszeitungen geschlossen und 1350 Beschäftigte, ein Achtel der Gesamtbelegschaft, entlassen werden. Seit die Beteiligung der bisherigen Eigentümer und leitender Redakteure an der P2-Geheimloge aufgefliegen ist, tobt zwischen verschiedenen Bourgeoisfraktionen der Kampf um die Kontrolle über den Konzern. Dagegen, daß bei dieser Gelegenheit von den Gewerkschaften durchgesetzte Betriebsvereinbarungen kassiert werden sollen, kämpft die Belegschaft schon seit Monaten. (Bild: Demonstration in Mailand)



Haftantritt von Rechtsanwalt Härdle

Heidelberg. Am 11.11. trat der Rechtsanwalt G. Härdle die Haft in Stuttgart-Stammheim an. Gegen das Urteil von 22 Monaten Gefängnis und die jetzige Haftanordnung hatten am 6.11. erneut 500 Menschen in Heidelberg demonstriert. Auf der Kundgebung sprachen u.a. der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Rehabilitationszentrums Neckargemünd und ein Mannheimer Sozialrichter. Rechtsanwalt Härdle gab bekannt, daß hinter der sogenannten Zuschauervereinigung, die gegen die Darstellung des Falls in der Fernsehserie „Report“ protestiert hatte, einige Herren stehen, die in ihrer Zeitschrift den Faschismus durchweg beschönigen. 80 bis 100 Menschen begleiteten am 11. November Dr. Härdle mit einem Autokorso nach Stammheim. Dort wurde u.a. von einem Mitglied des GEW Kreisvorstandes Rhein-Neckar darauf hingewiesen, daß jetzt ein Berufsverbot verhindert werden muß.

Jugendgefängnis: Strafbares Hungern

Westberlin. Am 15.11.81 brachen vier jugendliche Gefangene aus der Jugendstrafanstalt in der Schönstedtstr. in Westberlin ihren 40tägigen Hungerstreik gegen die Haftbedingungen erfolglos ab. Das „Cafe Schönstedt“ dient der Sonderbehandlung drogenabhängiger Straftäter. Die Inhaftierten wollten erreichen, daß sie Besuch ohne Trennscheibe und Fliegengitter empfangen können (sie haben sich sogar mit einer anschließenden Urinprobe einverstanden erklärt). Die

Panoramaspiegel in den Gängen, die der ständigen Bespitzelung dienen, sollen verschwinden. Der Zusammenschluß soll nicht auf drei Personen begrenzt sein. Ebenfalls enthält der 25-Punkte-Forderungskatalog die Forderung, daß die Zellenkontrollen im Abstand von 10 bis 15 Minuten aufhören. 180 Häftlinge in der Strafanstalt Tegel bekundeten in einer Unterschriftensammlung ihre Solidarität. Im Frauengefängnis Lehrter Str. und in der Untersuchungshaftanstalt hungen Gefangene aus Solidarität. 40 Mitarbeiter der Drogenberatungsstelle hatten Senator Scholz zu sofortigen Verhandlungen aufgefordert. Dessen Stellungnahme: Die zuständigen Stellen prüfen, der Hungerstreik sei eine rechtswidrige Nötigung und ganz unverständlich für ihn.

Lohnforderungen bei Stahl beschlossen

Essen. 8,5% und zusätzlich 1,5% als Ausgleich für den Reallohnverlust der letzten Lohnauseinandersetzung wurde von den IG-Metall-Vertrauensleuten bei P. u. S., Werk Peine, als Antrag zur Lohnforderung beschlossen. Auf einer Vertrauensleute-Vollversammlung der Mannesmann-Hütte in Duisburg-Huckingen sprachen mehrere Redner ebenfalls für eine Forderung in der Höhe von insgesamt 10%. Mit Ausnahme von 1980 ist es den Stahlkapitalisten seit 1975 stets gelungen, mit dem Vorwand der Stahlkrise deutlich niedrigere Abschlüsse als in der Metallindustrie durchzusetzen. Begrüßt wurde der Vorschlag, eine vorgezogene Tarifrunde mit 60 Jahren zu fordern, aber ausdrücklich ohne Anrechnung auf die Lohnforderung.

Niedriglohnbetrieb Bosch

Bosch,,qualität“ in Akkord- hetze und Arbeitskraftverschleiß

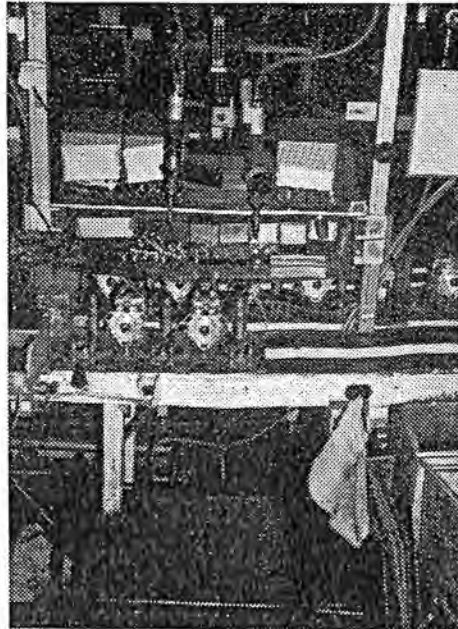
Stuttgart. Das Unternehmen Robert Bosch hat einen „sozialen“ Ruf, an dem Geschäftsführung und baden-württembergisches Kultusministerium eifrig weben. Heute noch kann man in Schulbüchern die Mär vom Firmengründer lesen, der als Handwerker beginnend ein Weltunternehmen schuf, das weltweit führend ist in der elektrischen Kraftfahrzeugausrüstung, und der sich wegen seiner sozialen Verdienste den Namen „roter Bosch“ einheimste. Tatsächlich ist Bosch seit seinen Anfängen ein Betrieb, der billigste Frauenarbeitskraft an Akkordarbeitsplätzen ausbeutet, der Spitzenwerte in der Ausbeutung erreicht und der mit unerträglichen Drohungen und Entlassungsschikanen die Arbeiter versucht einzuschüchtern.

Bosch war einer der ersten Betriebe, die die Doppelschichtarbeit einführten (1905), und Robert Bosch trieb 1913 in Stuttgart während einer Geschäftsflaute die Metallgewerkschaft zum Streik, indem er Akkordvorgabezeiten kürzte und massiv gegen gewerkschaftliche Vertrauensleute vorging.

Heute beschäftigt Bosch im größten inländischen Werk in Feuerbach 10400 Arbeiter und Angestellte. Von den 8000 Arbeitern sind allein 4336 (Stand Nov. 80) ausländischer Nationalität, das sind damit 54,6%. 1980 lag der Krankenstand bei ausländischen Arbeiterinnen laut Betriebskrankenkasse Bosch (BKK) bei 13,4%, im gesamten Werk bei Angestellten und Arbeitern zusammen bei 8,5%. Gegen den hohen Krankenstand insbesondere bei den Arbeiterinnen haben die Kapitalisten zum Feldzug geblasen: Durch Einschüchterung und Entlassung Kranker soll der Krankenstand gesenkt werden. Die Firmenleitung begründet dies mit ausuferndem Mißbrauch von Lohnfortzahlung und Versicherungsleistung. Jedoch sind die menschenwindende Arbeitsorganisation und die Erhöhung des Arbeitstempos ursächlich für den hohen Krankenstand. Das soll im folgenden belegt werden.

Ca. 2000 Arbeiterinnen arbeiten im Werk Feuerbach an Montagebändern in den untersten Lohnklassen. Im abgedruckten Bild ist ein solcher Arbeitsplatz zu sehen. Er ist am Montageband für Verteilereinspritzpumpen eingerichtet, ist jedoch typisch für Bandarbeitsplätze bei Bosch. An diesem Platz sind in einem Arbeitstakt von 1,29 Minuten oder 87,4 Sekunden mit der linken Hand 12 Handgriffe, mit der rechten Hand 14 Handgriffe zu erledigen.

Im einzelnen: Linke Hand: 1. weiter-schalten des Werkstückträgers, 2. Gummidichtung aufnehmen und in Deckel einsetzen, 3. Deckel nach unten drücken, 4. Schraube aufnehmen und ansetzen im Gehäuse, 5. Schrauber aufnehmen und festschrauben, 6. hintere Schraube festschrauben, 7. aufnehmen Feder und auf Deckel setzen, 8. Verstellhebel aufnehmen, ausrichten und auf Teillastregler setzen, 9. Teillastregler anheben, 10. Rumpfhebel



aufnehmen, ausrichten und auf Teillastregler setzen, 11. Sicherungsschraube aufnehmen, auf Schraube setzen.

Die Intensität der Arbeit wird mit wissenschaftlichen Methoden gesteigert. So ergeben immer wieder Arbeitsplatzanalysen der Kalkulatoren, daß Arbeitsplätze wegfallen und die Tätigkeit auf andere Arbeitsplätze aufgeteilt wird. Durch Nichtersatz von Abgängen aus der Belegschaft konnte Bosch im Werk Feuerbach innerhalb der letzten 12 Monate die Belegschaft von 11500 auf 10400 verringern. Die Ausdünnung der Abteilungen führt dazu, daß jetzt an den Montagebändern die Arbeiterinnen gleichzeitig an zwei und drei Arbeitsplätzen arbeiten müssen, während in anderen Abteilungen Kurzarbeit für 500 Arbeiterinnen angesetzt ist. Ein vom Betriebsrat geforderter Beschäftigungsausgleich wurde von den Werksleitungen abgelehnt.

Die durchschnittlichen Fehlzeiten an allen Montagebändern betragen 30%, das heißt, daß immer eine von drei Arbeiterinnen fehlt. Nach Veröffentlichungen der Betriebskrankenkasse Bosch haben die Krankengeldzahlun-

gen 1980 gegenüber 1979 um 20% zugenommen bei gleichzeitigem Rückgang der Krankengeldfälle. Das heißt, daß die Länge der Krankheiten zunimmt und somit auch die Schwere. Der Rückgang der Krankengeldfälle ist eindeutig Ergebnis verschärften Nachspionierens von Kranken durch die Krankenkasse und das Personalbüro der Firma. War bisher zwischen Firmenleitung und Betriebsrat vereinbart, daß Arbeiter erst nach 60 Tagen Krankheit pro Jahr auf dem Personalbüro dazu Stellung nehmen müssen, so wird jetzt grundsätzlich jeder Kranke nach Gesundung auf das Meisterbüro vorgeladen, im Wiederholungsfall auf das Personalbüro.

Die Krankheitsbefunde bei den Arbeiterinnen und Arbeitern sind typisch für die ausgeführten Tätigkeiten in den Abteilungen und widerlegen jede „Mißbrauchs“-these. An den Montagebändern überwiegen Wirbelschädigungen, Sehnnenscheidenentzündungen, Muskelverspannungen, Kreislauf- und Herzschwächen. In den Abteilungen, wo nachts durchgearbeitet wird, überwiegen Magen- und Darmgeschwüre, Schlafstörungen, Kreislaufbeschwerden. Der hohe Krankenstand ließe sich verringern durch Abbau und Verbot von Nachtarbeit, durch Beschäftigungsausgleich mit anderen Abteilungen, wo kurzgearbeitet wird, durch Einschränkung der Akkordhetze. Aber nichts dergleichen: Die Firmenleitung plant den Ausbau des Drei- und Zweischichtbetriebes und Abbau des Facharbeiterkörpers um 10%. Gegen die Eingruppierung in den unteren Lohngruppen kämpft eine Bandbelegschaft schon jahrelang durch konsequente Überstundenverweigerung. Der Grundlohn einer Arbeiterin in Lohngruppe 2 beträgt brutto monatlich 1405 DM. In mehreren Produktionswerkstätten wurden Unterschriften für Höhergruppierungen gesammelt, in einigen Fällen wurde die Höhergruppierung durchgesetzt.

NRW-Haushalt Erzieher nur noch Halbtagskräfte

Düsseldorf. Im Entwurf für das „Haushaltssicherungsgesetz“ NRW sollen allein 500 Mio. DM an Sozialleistungen gestrichen werden. Gesetzliche Verpflichtungen des Landes und der Gemeinden werden nicht eingehalten. So auch im Kindergartenbereich. Im 1972 verabschiedeten Kindergartenengesetz verpflichtete sich die Landesregierung, bis zum 31.12.81 die Kindergärten völlig beitragsfrei zu machen. Das ist um wenigstens ein Jahr verschoben,

stattdessen sollen die Eltern mehr als 6% der Betriebskosten aufbringen. Gleichzeitig können laut Runderlaß des Sozialministeriums die Gruppenstärken von 25 auf 30 Kinder erhöht werden; die Gewerkschaften fordern eine Reduzierung auf 15 Kinder. 40 Mio. DM sollen den Kindergärten entzogen werden, bei Mangel an Kindergartenplätzen. Im Düsseldorfer Stadtteil Oberkassel z.B. haben 70% der angemeldeten Kinder keinen Platz.

Die SPD-Fraktion im Landschaftsverband Westfalen/Lippe will zusätzlich die Betreuungsstunden nachmittags streichen und Planstellen verringern bzw. Vollkräfte in Teilzeitkräfte umwandeln. Für Kinder von berufstätigen oder alleinerziehenden Eltern bedeutet dies Betreuungslosigkeit am Nachmittag oder Arbeitslosigkeit für die Eltern. Der Erzieherberuf würde auf einen 20-Stunden-Job reduziert, pädagogische Vor- und Nachbereitungszeit zu unbezahlter Mehrarbeit.

Die Stellungnahme des Sozialministeriums zu diesen Plänen bekräftigt diese Vorschläge. Da ist die Rede von nicht „allgemein“ und nicht „pau-schal“ schließen, sondern „nach Prüfung der Einzelfälle“ „vor allem im ländlichen Bereich“. Auf dem Lande soll also mit der Schließung begonnen werden. Ohnehin ist die Betreuung in den Kindergärten schon unzureichend. Die Kinder sind vormittags 4 Stunden im Kindergarten, werden mittags nach Hause geschickt und dürfen nachmittags noch 2 Stunden kommen. Das steht einer oft notwendigen Berufstätigkeit beider Elternteile im Wege. So ist die Forderung der Gewerkschaften nach Kindertagesstätten als Betriebskindergärten die richtige Antwort auf die geplanten Streichungen und den tatsächlichen Bedarf. In Bielefeld z.B. gibt es nach Angaben des DGB nur 835 Ganztagsplätze bei 3605 Kindern ab 3 Jahren, deren Eltern berufstätig sind.

Betrachtet man diese geplanten Einsparungen nun im Lichte der erwarteten steuerlichen Mehreinnahmen von 2,4 Mrd. DM, so erscheinen sie als Teil des breit angelegten Programms zur Lohnsenkung. In Zeiten großen Arbeitskräftemangels entstanden solche Gesetze wie das Kindergartengesetz in NRW; heute erscheinen sie unpassend. Da soll die Frau zurück ins traute Heim, die Kinder um sich geschart. Norbert Blüm von der CDU bietet dann die Heimarbeit als Lösung für das Fehlen des Lohns der Mutter an. Die Beschäftigten der Kindergärten werden Teilzeitkräfte bei ganzer Arbeit mit halbem Lohn und halben Rechten.

In zahlreichen Städten des Ruhrgebiets kam es zu Protesten der Eltern und der ÖTV/GEW, so in Gelsenkirchen, Bochum, Bottrop, Essen, Dortmund und Marl.



Demonstration in der Wiesbadener Innenstadt am 14.11.1981

Startbahn West

Börner beharrt auf „Rechtsstandpunkt“, CDU verlangt mehr Glaubwürdigkeit

Am Samstag, den 14.11., wurden in Wiesbaden über 220 000 Unterschriften für die Einleitung des Volksbegehrens gegen den Bau der Startbahn West an den Landeswahlleiter im Verlauf einer Demonstration von 120 000 Menschen übergeben. Die Forderungen der Demonstranten waren: sofortiger Baustopp, sofortiger Abzug der Polizei, sofortiger Schluß der Rodungsarbeiten, Abriß der „Schand“-Mauer. Ultimativ wurde die Landesregierung aufgefordert, bis Sonntag 12.30 Uhr über die ersten beiden Forderungen zu verhandeln, ansonsten würde der Flughafen von 12.30 bis 22 Uhr blockiert werden. Das hatte die BI am Mittwoch beschlossen.

Da sich Börner weiterhin fett auf seinen Rechtsstandpunkt niederließ, wurde der Plan ausgeführt. Mehrere Tausend blockierten zehn Stunden lang den Autoverkehr und 2 Stunden lang die S-Bahn zum Flughafen. Auch das Frankfurter Kreuz wurde besetzt. Weitere Tausende waren im Wald an der Mauer. Mit dicken Baumstämmen als Rammbock wurden die Betongrills aus der Mauer gebrochen. Durch die vielen Fronten waren die Polizeikräfte arg zersplittert. Außerdem haben sie allmählich „die Schnauze voll“ (GdP-Hessen Vorsitzender Koppmann) davon, daß sie die Bluthunde der Landesregierung abgeben sollen.

Seit der Räumung des Hüttendorfes am 2.11. findet in Frankfurt fast jeden Tag nach Schulschluß ein Protestzug der Schüler und abends eine Protestdemonstration von mehreren Tausend Menschen gegen den Baubeginn und gegen die Landesregierung statt. Mehrere Demonstrationen auch in Darm-

stadt, Rüsselsheim, Offenbach und in vielen kleineren Städten wie z.B. Mörfelden-Walldorf oder am Wohnort der Minister Schneider und Hoffie; Schulstreik in einer Rüsselsheimer Schule, stattdessen Projektunterricht „Startbahn West“ und Besuch des Kreistags Groß Gerau; Ausstellung eines Kunstwettbewerbs mit Zeichnungen, Aquarellen, Fotos, Collagen gegen die Startbahn West in Darmstadt.

Schon am 7.11. waren in einem Sternmarsch 20 000 bis 30 000 Leute an die Rodungsfront im Wald gekommen, die Mehrzahl entschlossen, auf das abgezaunte Gelände vorzurücken. Die BI hatte beschlossen, daß eine größere Anzahl von BI-Vertretern mit entblößtem Oberkörper auf das Gelände vordringen und die anderen nachrücken. Dort sollte mit Innenminister Gries (FDP) über die Forderungen – Baustopp bis zum Volksentscheid, keine Rodungen – verhandelt werden. Nach über einer Stunde wurden schließlich 5 BI-Vertreter zu Gries vorgelassen. Mit der unverbindlichen Zusage, er werde sich im Kabinett für einen Baustopp während der Prüfung des Volksbegehrens einsetzen, kehrten sie zurück. Bei einbrechender Dunkelheit zogen die noch anwesenden 15 000 – 20 000 unverrichteter Dinge und überwiegend unzufrieden wieder ab. Die BI hat auf der Delegiertenversammlung am 8.11. dazu festgestellt, daß sie hereingefallen sei und diesen Fehler nicht noch einmal machen werde.

Trotzdem, die vollkommen unverbindlichen Zusagen von Gries haben eine Kabinettskrise ausgelöst. Der südhessische SPD-Vorsitzende Görlach hatte nämlich schon ein paar Tage zu-

vor Ähnliches geäußert. Die auf dem außerordentlichen SPD-Landesparteitag im Frühjahr unter Rücktrittsdrohungen Börners und dem Hinweis auf die Gefährdung der Bundesregierung zurechtgeklopfte SPD-Fraktion drohte Risse zu bekommen. Börner gegenüber der FAZ: „Schon wenn nur ein Dominostein fällt, muß man sofort etwas unternehmen“. Brandt und Verkehrsminister Hauff eilten zur SPD-Fraktionsitzung nach Wiesbaden. Es ist nicht bekannt, mit welchen Argumenten und Drohungen Brandt, Hauff und Börner die SPD-Fraktion wieder ausgerichtet haben. Der Beschluß ist, es wird weiter gebaut. Gleiches haben die FDP-Fraktion und das Kabinett beschlossen. Die SPD hat sich zum Interessenverwalter der Kapitalistenklasse gemacht. Hauff – das ist das einzige Argument, das bekannt wurde – hat auf die bundesverkehrspolitische Notwendigkeit der Konzentration des Luftverkehrs auf Frankfurt verweisen. Die Lufthansa will nach Inbetriebnahme ihrer neuen computergesteuerten Frachtanlage West auf dem Frankfurter Flughafen ihren weltweiten Frachtumschlag in Frankfurt konzentrieren. Konzentration und Rationalisierung sind die Triebkräfte für den Ausbau des Flughafens neben militärischen Gründen (siehe PB 21/81). Und wenn das Frachtaufkommen auch stagniert, dann sind Rationalisierung und beste Flugverbindungen ohne Verzögerungen um so dringlicher, um die Konkurrenz auszusteichen.

Die CDU macht der Landesregierung kräftig Dampf. Sie begrüßt „jeden rechtsstaatlichen Schritt, der den zügigen Ausbau des Frankfurter Flughafens ermöglicht“. Der Polizeieinsatz gegen das Hüttendorf habe einen anhaltend rechtswidrigen Zustand beendet. Nur, die Räumung hätte schon früher stattfinden müssen. Dregger: der Landesregierung fehlt es an „Klarheit, Folgerichtigkeit und Glaubwürdigkeit.“

Sozialhilfe

„Sparprogramm“ gegen Alte, Kranke, Behinderte

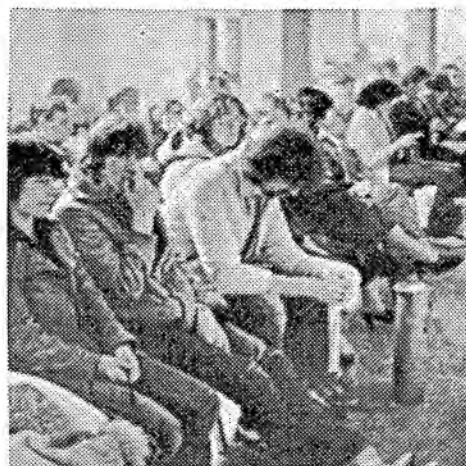
Hamburg. Rd. 42 Mio. DM Sozialausgaben will der Senat 1982 „einsparen“ – neben Jugendlichen und Ausländern vor allem auf Kosten alter Menschen, Kranker und Behinderter und ihren Familien:

1) Bisher waren Hilfeleistungen wie häusliche Pflege, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Hilfe in der Tagespflegestätte und Hilfe nach Krebserkrankung für Hilfeempfänger kosten-

frei, deren Einkommen nach Abzug der Kaltmiete 973 bzw. 1073 DM nicht überstieg. Ab 1.1.82 wird diese freibleibende Einkommensgrenze auf 660 DM herabgesetzt. Ein Hilfebedürftiger mit obigem Einkommen muß dann 200 bis 300 DM (70% des Betrages, der die Einkommensgrenze übersteigt) für die bisherige Hilfe selbst aufbringen, d.h. er wird sie nicht bezahlen können. An dieser „Sparmaßnahme“, die 1 Mio. DM einbringen soll, werden einige Menschen früher sterben.

2) „Die Rechtsvermutung des §16 Bundessozialhilfegesetz ist voll anzuwenden!“ Dort wird „unterstellt“, daß nicht unterhaltspflichtige Angehörige, die mit einem Bedürftigen zusammenleben, diesen unterstützen. Bisher galt diese „Rechtsvermutung“ als widerlegt, sobald ein Antrag auf Hilfe zum Lebensunterhalt gestellt wurde. Jetzt müssen Hilfesuchende *nachweisen*, daß sie nicht unterstützt werden.

3) Bei Anspruch auf Pflegegeld wurden bisher die Rentenversicherungsbeiträge der Pflegeperson (z.B. für die Ehefrau des pflegebedürftigen Ehe-



Gegen die Absicht des Senats, den Personalbestand bis 1985 um 5% zu kürzen, führt die ÖTV eine Unterschriftensammlung im Bezirksamt Hamburg-Mitte durch.

mannes) gezahlt, „denn die Pflegeperson soll in etwa so gestellt werden, als wenn sie die Berufstätigkeit nicht aufgegeben hätte“. Ab 1982 wird nichts gezahlt, wenn bereits Anspruch auf Versorgung besteht, z.B. durch eigene Versicherung oder die des Mannes.

4) Gestrichen werden bzw. sind u.a.: die Mietbeihilfe für Behinderte, die Telefonhilfe für rd. 4500 alte Menschen, die Kostenübernahme von Erholungsreisen für Heimbewohner im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitshilfe, die Weihnachtsbeihilfe für Asylbewerber, für die meisten Ausländer und Sozialhilfeempfänger, die keine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

Gegen diesen Raubzug rufen mehrere Initiativen und Einrichtungen des Jugend- und Sozialbereichs zu einer Demonstration am 20.11. auf.

Hochschulen Aktionstage in Baden-Württemberg

Heidelberg. Zusätzlich zu den Kürzungen im Bundeshaushalt wie BAföG-Kürzungen usw. kommen jetzt die „Spar“-Maßnahmen der Landesregierungen auf den Tisch. In Baden-Württemberg werden im Bereich des Wissenschaftsministeriums vom Land 14 Mio. DM gestrichen. Hochschulminister Engler will „dafür“ die Mensapreise um eine DM auf drei DM heraufsetzen, auch bei den Wohnheimplätzen „kräftig aufschlagen“, und von ca. 50% der Studenten Studiengebühren von 300 DM pro Semester verlangen, was allein schon 48 Mio. DM pro Jahr einbringen würde.

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften haben zwar durch ihren Zentralrat bundesweite Aktionstage – Proteste und Streik vom 7. – 12.12. – beschlossen. Der Aufruf enthält allerdings keinen konkreten Vorschlag zur Vereinheitlichung der Aktionen, stattdessen nur die Forderungen „Für Frieden und Abrüstung! Für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik! Gegen Sozial- und Bildungsabbau!“

In Baden-Württemberg, wo ein Teil der Studentenvertretungen erst im Wiederaufbau ist, sind nicht nur die Aktionsformen, sondern auch die inhaltlichen Schwerpunkte der Aktionstage demnach recht unterschiedlich. An den Fachhochschulen, wo bis zu 80% der Studenten von den BAföG-Streichungen betroffen sind, laufen zum Teil Streikvorbereitungen, während an fast allen Universitäten Streik im Moment nicht möglich ist.

Bisherige Planung am Beispiel der PH Heidelberg: Die Vollversammlung am 28.10. hat eine Arbeitsgruppe (AG) zur Vorbereitung der Aktionstage gebildet. 30 Studenten waren beim ersten Treffen. Die vorgeschlagenen Schwerpunktthemen: BAföG-Senkungen und Kürzungsmaßnahmen an den Hochschulen / Einführung von Wehrkundeunterricht und KMK-Erlaß, Friedenszerziehung / Bildungs- und Schulpolitik der CDU / gesamte Bundeshaushaltskürzungen, Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Geplant ist vor allem, Informationen hierzu zu geben. Einzelne Forderungen sind bisher nicht aufgestellt, was für einzelne Studentenvertretungen auch gar nicht so einfach ist angesichts täglich neuer Verschärfungsankündigungen. Die Aktionsvorschläge der AG: Wandzeitungen mit Zeitungsartikeln der letzten Monate zu den Studenten; Leserbrief; Theatergruppe; Veranstaltung mit der GEW zur Schulpolitik; Veranstaltung mit dem DGB zum Bundeshaushalt.

„Spar“pläne Hannover

Gemeinsamer Kampf gegen Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich

Hannover. Am 27.9.81 waren die Kommunalwahlen in Niedersachsen, am 30.9.81 tagte die Dezernentenrunde der Stadtverwaltung Hannover (Leiter aller Dezernate der Stadtverwaltung) und gab noch am selben Tage eine Reihe von durch die Verwaltung geplanten Sparmaßnahmen im Rahmen des Haushaltsentwurfs 1982 öffentlich bekannt. All das war verwaltungsintern bereits vor den Wahlen bekannt, die Ratsparteien sollen hierüber jedoch noch nicht informiert gewesen sein. Die CDU hat in Hannover die Wahl gewonnen, d.h. erstmals ebenso viele Sitze im Rat wie die SPD (je 28). Die veröffentlichten Sparvorschläge liegen auf der Linie der Wahlaussagen, die die CDU getroffen hatte, ebenso die der FDP. Die SPD hat sich dazu nicht klar geäußert, die Grüne Alternative Bürgerliste (GABL) und die DKP haben Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich entschieden abgelehnt und deren weiteren Ausbau gefordert.

Die geplanten Kürzungen u.a.:

- Schließung der Jugendzentren Glocksee, Sahlkamp, Lister Turm,
- Schließung des Kinderheims Burg-
eck,
- Schließung der Miniclubs Mittelfeld und Vahrenheide, des Jugendgästehauses, des Kinderladens Kornstraße, der Jugendberatungsstelle Hinterhaus,
- Privatisierung von acht Kindergärten,
- Streichung der Zuschüsse für Jugendbaracke Mühlenberg, Jugendsozialwerk, für Schwimmkurse der Kindertagesstätten, für Ferienwandern und Ferienschwimmen,
- Kürzung der Beihilfen für die Jugendarbeit der Verbände, Lager, Fahrten und internationale Begegnungen um 10%,
- Kürzung der Zuschüsse für die Drogenberatungsstelle um 50000 DM,
- Kürzung der Beihilfen für arbeitslose Jugendliche,
- Streichung von 700000 DM für Praktikantenstellen; Umstellung der Spielparks auf Halbtagsbetrieb,

- Streichung des gesamten Vorschulprogramms und der Lernmittelhilfe für bedürftige Kinder und Sonderschüler,
- 3 DM Eintritt zu allen städtischen Museen (bisher frei),
- Benutzergebühren für die Stadtbibliotheken (bisher frei),
- Streichung der Zuschüsse für das Kommunale Kino.

Außerdem sind alle Neuplanungen für Spielparks, Jugendzentren, Freizeitheime etc. auf Eis gelegt.

Nach ersten Protesten, vor allem der Beschäftigten und Jugendlichen aus von Schließungen betroffenen Jugendzentren, wurde am 6.10. von ca. 300 Kindern, Jugendlichen und Beschäftigten in die große Rathaushalle gezogen; es wurden Tischtennisplatten, Judo-
matten, Kinderspielzeug aufgestellt, Transparente gegen die geplanten Kürzungen aufgehängt. An diesem Tag, eine Stunde nach Beginn der Aktion, war Sitzung des Verwaltungsausschusses, des wichtigsten Gremiums des Rates, in dem auch die Dezernenten sitzen. Als der Dezernent für Jugend, Soziales und Gesundheit Beste (SPD) erschien und von den Demonstranten zur Rede gestellt wurde, gab er keine Auskunft. Erst nach mehrfachem Anreden durch eine Sprecherin ließ sich Beste zu der Bemerkung herab: „So ein hübsches Kind wie Sie möchte ich lieber al-

Beschlüsse gegen „Spar“pläne

Im folgenden sind Stellungnahmen der ÖTV, Personalrat und einzelner Gewerkschafter zu den geplanten Sparmaßnahmen auszugsweise dokumentiert:

„Diese Sparbeschlüsse der Zentralverwaltung, die jetzt von den politischen Gremien beraten werden müssen, wollen wir in diesem INFO bekanntgeben. Mit diesem Schritt der Information möchten wir gleichzeitig unsere gemeinsamen Bemühungen gegen die beabsichtigten Maßnahmen der Stadt Hannover einleiten. Wir rechnen nicht nur mit der Solidarität der betroffenen Mitarbeiter, sondern wünschen uns eine Aktivierung der betroffenen Bürger in unserer Stadt gegen die unsozialen Pläne der Stadtverwaltung ...“

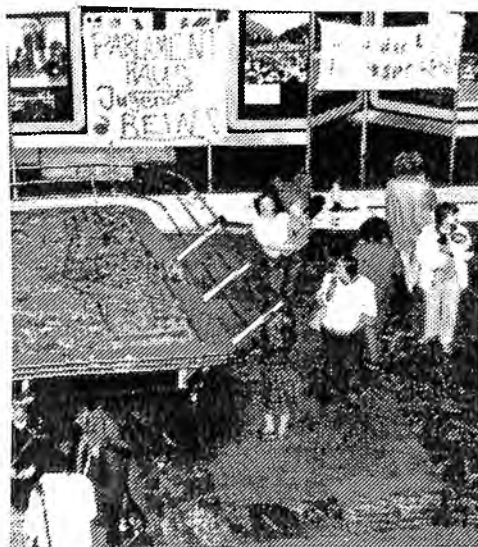
Personalrat Jugendamt, INFO 1/81, Okt. 81

„... In Hannover z.B. sollen allein im nächsten Haushaltsjahr 300 Stellen gestrichen werden ... Worauf es jetzt ankommt ... Es wird nicht mehr ausreichen, einfach Forderungen zu formulieren. Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben müssen bereit sein, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen und aktiv für die Durchsetzung ihrer Interessen einzutreten ... Wir stellen

fest ... Mit Hinweis auf die angeblich leeren Kassen sollen die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer verschlechtert werden ... Der Widerstand beginnt: In vielen Ämtern und Betrieben haben die Diskussionen und die Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Regierung und der Arbeitgeber begonnen.“

„die ötv teilt mit“, ÖTV-KV Hannover

„Nach einer Vorstandssitzung der ÖTV Kreisverwaltung geht die Gewerkschaft mit Bund, Ländern und



8.10.: 300 im Rathaus Hannover

Gemeinden zunächst gleich hart ins Gericht ... Mit besonderem Mißtrauen und großer Sorge aber wird die hausgemachte Rotstiftpolitik beobachtet ... Womögliche Absprachen von SPD, CDU und FDP ‚auf dem Rücken des städtischen Personals‘ werde man ‚nicht widerspruchlos hinnehmen und gezielt gegen solche Machenschaften vorgehen‘ (ÖTV-Geschäftsführer Kraayvan-
ger).“

Neue Presse Hannover vom 27.10.81

„Aufruf zur Teilnahme an der Aktionswoche gegen die geplanten Einsparungen im Jugend- und Sozialbereich.

Gewerkschafter der ÖTV, Sozialarbeiter, Jugendliche, Eltern ... alle Betroffenen wollen eine Woche lang folgende Aktionen durchführen:

21.11. bis 28.11. Infostände täglich von 12 bis 18 Uhr am Kröpcke.

26.11., 15 Uhr (Groß-)Kundgebung vor dem Rathaus am Tag der Haushaltsberatung ... Diskutiert mit Euren Kolleginnen und Kollegen und in Euren Einzelgewerkschaften, wie ihr durch eigene Protestaktionen dazu beitragen könnt, den Sozialraub in Hannover zu stoppen.

– Die Sparvorschläge müssen vom Tisch!

– Beste soll gehen! ...“

Sozialpol’ es Forum Hannover

lein sprechen“, und verschwand. Nach ca. zwei Stunden – nachdem ein Interview vom NDR aufgenommen wurde – verließen die 300 das Rathaus.

Wegen seines arroganten Verhaltens wurde Sozialdezernent Beste von 111 Beschäftigten aus 18 hannoverschen Jugendeinrichtungen zum Rücktritt aufgefordert, ebenso von den Jungsozialisten in einem Brief an den SPD-

den können. Gesamtpersonalrat und ÖTV Kreisverwaltung haben der geplanten Streichung von 300 Stellen in der gesamten Stadtverwaltung (im Jahr 1982) den Kampf angesagt. Am 5.11. demonstrierten rund 200 Beschäftigte des Jugendamtes im Anschluß an eine Personalversammlung ins Rathaus, ließen in der Rathauskuppel Luftballons aufsteigen und übergaben Oberbürger-



500 Jugendliche demonstrieren am 15.10. gegen die Sparpläne der Stadt

Vorstand und die SPD-Fraktion Hannover. Als auch von der ÖTV Kreis Hannover protestiert wurde, entschuldigte sich Beste öffentlich beim DGB-Vorsitzenden in Hannover, Theilmann, aber nicht bei der Sprecherin der Aktion im Rathaus vom 6.10.

Mittlerweile hatten Stadtjugendring, SJD-Die Falken, Evangelische Jugend und Mitarbeiter aus verschiedenen Jugendeinrichtungen zu einer Demonstration am 15.10.81 aufgerufen. 500 überwiegend Jugendliche zogen aus der Innenstadt zum Rathaus und übergaben dem zur Zeit nicht anwesenden Beste symbolisch eine wenig bekleidete Schaufensterpuppe in Lebensgröße: „Er kann dann den Dialog mit der weiblichen Jugend so führen, wie er sich das offenbar wünscht.“

Am 19.10. wurde Oberbürgermeister H. Schmalstieg (SPD) in seiner Sprechstunde aufgesucht. Er könne und werde erstmal nichts sagen, denn die Streichungsvorschläge seien ja nur ein Verwaltungsentwurf, das müsse erstmal in den Rat eingebracht werden.

Zu dem Aktionstag der Gewerkschaftsjugend am 31.10. in Hannover für bessere Ausbildungsbedingungen gab die DGB-Jugend Kreis Hannover ein Flugblatt gegen die geplanten Kürzungen und Schließungen und für uneingeschränkte Fortführung der Jugendarbeit in Hannover heraus.

Gegenwärtig wird von den Personalräten, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und den Beschäftigten in den Ämtern beraten, wie die geplanten Kürzungen umfassend bekämpft wer-

meister Schmalstieg eine Resolution gegen die Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich. Der Verwaltungsentwurf des „Spar“-haushaltes 1982 wird am 26.11.81 in den Rat eingebracht. Vom 23. bis 28.11.81 wird eine Aktionswoche durchgeführt.

Druckindustrie Neue Angestellten- gehaltstarife

Ab 1. Januar 1982 tritt in Bayern ein neuer Gehaltstarif für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Druckindustrie in Kraft. Die wesentliche Änderung besteht darin, daß die Aufteilung in kaufmännische und technische Angestellte aufgehoben ist und alle Angestellten einheitlich in den neuen „Gehaltsgruppen“ von 1 bis 6 eingruppiert werden.

Bis jetzt wurden solche einheitlichen Gehaltsgruppeneinteilungen festgelegt in den Tarifgebieten: Westberlin, Niedersachsen und Bremen, Nordmark (Schleswig-Holstein/Hamburg) und Nordrhein-Westfalen. In den anderen Bundesländern will die IG Drupa dies ebenso durchsetzen. Ziel dabei ist, die Angestelltentarifverträge der Druckindustrie auf Länderebene anzugleichen, um über diesen Weg später zu einem bundesweit einheitlichen Tarifvertrag für Angestellte der Druckindustrie zu kommen. Dieses schon alte Verlangen der IG Drupa hatten die Druckkapitalisten bisher kategorisch abgelehnt.

Damit soll eine Angleichung an den schon zentralen Tarifvertrag für gewerbliche Arbeiter der Druckindustrie erreicht werden, mit dem Endziel des Entgelttarifvertrages für Arbeiter und Angestellte der Druckindustrie. Dies soll der objektiven Entwicklung Rechnung tragen, daß sich die Tätigkeiten immer mehr gleichen, und die Aufspaltung in unterschiedliche Tarife nur von den Kapitalisten zur Spaltung benutzt wird.

Mit der Vereinheitlichung von kaufmännischen und technischen Angestellten in den bisher fünf Tarifgebieten ist allerdings gleichzeitig noch keine einheitliche Gehaltshöhe je Gruppe erreicht; die Tätigkeitsjahre bis zum Endgehalt in einer G-Gruppe sind zwar reduziert, aber es bestehen immer noch bis zu fünf Stufen. Die Gehaltsgruppenzahl ist uneinheitlich zwischen sechs bis neun Gruppen. Wichtig ist, daß die Endstufe der G-Gruppe 2 an den Facharbeiterrecklohn angeglichen ist und die Endstufe der G-Gruppe 3 an die 120% des Maschinensetzerlohns.

Die Eingruppierungskriterien sind im wesentlichen gleich: Die G-Gruppe 1 sind „Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung erfordern“, für die G-Gruppe 2 und alle weiteren ist eine Ausbildung erforderlich. Positiv ist, daß Ungelernte in den neuen Verträgen jetzt auch Zugang zu G-Gruppe 2 bzw. 3 haben, da die Ausbildung „auch durch mehrjährige anderweitige Qualifikation erworben werden“ kann. Die Abstufungen nach oben sind alle mit Kriterien belegt: „mehr ... Kenntnisse, Selbständigkeit und Verantwortung.“ Hier besteht ein Problem: Das Kriterium der Belastung spielt keine Rolle. Obwohl die Tätigkeiten der G-Gruppe 2 vor allem sehr intensiv sind, verstärkt mit neuen EDV-Anlagen, wird dieser Verausgabung von Arbeitskraft keine Rechnung getragen.

(Zitate aus dem neuen Gehaltstarifvertrag Bayern)

§ 129 / 129a 24 Ermittlungen in zwei Landkreisen

Itzehoe. Justizminister Schmude: „Die §§ 129/129a folgen der Erfahrung, daß sich Banden gebildet haben, die zusammenwirken, um Verbrechen zu begehen.“ Welche „Verbrechen“? In Itzehoe wird seit dem 16.6. gegen sieben Mitglieder der BUU und „Bewegung weiße Rose“ wegen Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung ermittelt. Im Durchsuchungsbeschluß heißt es: „Ziel der so gebildeten Personenvereinigung ist die Verhinde-

rung des Baues des Atomkraftwerkes Brokdorf mit allen Mitteln ... Es hat sich der Verdacht ergeben, daß die Brandanschläge auf Betonfahrzeuge von Zulieferfirmen für die Baustelle des Atomkraftwerks Brokdorf von Mitgliedern der Bewegung weiße Rose bzw. der mit ihr verwobenen BUU Itzehoe begangen worden sind“.

Tatsache ist, daß die Demonstration in Brokdorf mit 100000 nicht dazu geführt hat, daß der Bau gestoppt wird, und daß die BI Anschläge auf Baufirmen veröffentlicht hat, die die Presse verschweigen wollte.

Anfang Oktober sind in Elmshorn 13 Jugendliche, fast alle unter 18 Jahre, festgenommen worden. Ihre Zimmer, z.T. auch die Wohnung der Eltern, wurden ohne Durchsuchungsbefehle durchsucht. Alle wurden stundenlang (bis zu 9 Stunden) verhört, zwei blieben 30 Stunden in Haft. Allen werden verschiedene Brandanschläge, u.a. auf das Rathaus, sowie Sprühpapieren (Rache für Berlin, RAF usw.) vorgeworfen. Eine Demonstration mit 350 Teilnehmern, zu der 24 Gruppen aufgerufen hatten, forderte die Einstellung aller Ermittlungsverfahren nach § 129/129a.

Mittlerweile gibt es ca. 300 Ermittlungsverfahren wegen § 129/129a in der BRD. Für sie alle gilt auch das Kontaktsperregesetz. Die Absicht ist, den selbständigen Widerstand gegen die Politik der Kapitalisten und des Staates zu zerschlagen. Im KPD-Verbot ist festgelegt, was die Bourgeoisie bekämpfen will: „... eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung“. Art. 21 GG „verlangt nicht ... ein konkretes Unternehmen, es genügt, wenn der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlich demokratischen Grundordnung gerichtet ist.“

Rekruten Rockenhausen Maßnahmen gegen die Betriebsvereidigung

Rockenhausen. Am 24.11. soll die Vereidigung im Metallbetrieb Keiper im pfälzischen Rockenhausen stattfinden (Pol.Berichte 19/81). Der Autozubehör-Betrieb hat etwa 1200 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von 110 Mio DM. Vereidigt werden sollen die im saarländischen Bexbach stationierten Jungjäger. Gegen diese Vereidigung hat sich ein „Arbeitskreis Frieden“ gegründet, in dem neben verschiedenen Parteien, Kirchen, Jugendorganisationen auch die Verwaltungsstelle der IG Metall Kaiserslautern arbeitet. Sie füh-

ren eine Unterschriftensammlung durch. Sie richtet sich gegen die Tradition der Fabrikgelöbisse unter Nazi-Herrschaft und Preußens Gloria, „die in der Vergangenheit der Kriegsvorbereitung dienten“. Und weiter: „Weil die Verbundenheit zwischen Bundeswehr und Arbeitnehmern demonstriert werden soll, andererseits aber die Bundeswehr den Einsatz gegen streikende Arbeiter im Rahmen der Notstandsgesetzgebung trainiert“. Ebenso wird die entrechtete Lage der Soldaten, die „in der Wahrnehmung ihrer Grundrechte eingeschränkt sind (Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht)“, angegriffen. In der „Metall“-Ausgabe Nr. 21 wurde die Vereidigung im Betrieb angegriffen und Apel die Frage gestellt, ob das nächste Gelöbnis in der Kirche stattfinden und der Pfaffe die Waffen segne.

Weitere Maßnahmen sind eine Podiumsdiskussion am 16.11., ein Aktionstag am 21.11. mit Ausstellungen und Kulturprogramm und eine Demonstration und Kundgebung am 23.11. in Rockenhausen. Gegen die geplante Vereidigung haben sich folgende Organisationen ausgesprochen: Vertreter-



versammlung der IGM Kaiserslautern, Bezirksjugendkonferenz des DGB Rheinland-Pfalz, IGM Verwaltungsstelle Frankfurt, SPD Rockenhausen, Vollversammlung der Universität Mainz.

Angesichts des breiten und heftigen Widerstands gegen öffentliche Gelöbisse Ende letzten Jahres hatte Minister Apel von „neuen Begegnungsformen“ zwischen Bundeswehr und Volk gesprochen. So wurde laut „Spiegel“ im September dieses Jahres bereits in Leipheim (Bayern) das erste Firmengelöbnis der Bundeswehr auf dem Betriebshof der Firma Wanzel abgehalten. Die Lokalpresse konstatierte zynisch: „Bei Gelöbnis demonstrierte nur die Bundeswehr“. (Günzburger Zeitung).

Ausländerpolitik Initiativen der Regierung in Stuttgart

Stuttgart. Die jüngste Initiative des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth mit Vorschlägen zur Verschärfung der Ausländerpolitik liegt in einem Schreiben an den Bundeskanzler Mitte November. Darin macht Späth eine weitere Aufnahme von Asylbewerbern in Baden-Württemberg nach April 1982 davon abhängig, daß die Bundesregierung den Vorschlägen der CDU-regierten Länder zum Asylrecht nachkommt. Das bedeutet Schaffung von bundesweiten Sammelslagern und Verkürzung von Asylverfahren auf einen Monat durch Rechtsmitteleinschränkung.

Des weiteren hat die CDU-Landesregierung im Oktober 81 „Maßnahmen und Initiativen zur Begrenzung des Ausländeranteils in Baden-Württemberg“ beschlossen. Kein Familiennachzug mehr, wenn nur ein Elternteil hier lebt, bei Studenten und Ausbildungsbewerbern, bei Flüchtlingen humanitärer Hilfsaktionen, wenn das vorher festgelegte Kontingent erreicht ist. Gleichzeitig sollen ausländische Beschäftigte nachweisen, daß ihre Wohnungen Mindestanforderungen genügen (12 qm).

Neben diesen beschlossenen Maßnahmen gibt es laut Späth und seinem Innenminister Herzog „eine ganze Palette denkbarer Initiativen“. Sie selbst schlagen noch vor: Aufenthaltserlaubnispflicht für Kinder unter 16 Jahren und verschiedene „Rückkehranreize“. Letztere bestehen in sofortiger Auszahlung der Rentenversicherungsbeiträge, ohne Berücksichtigung der bisherigen zweijährigen Wartezeit und Auszahlung von Überbrückungs- und Umzugskosten aus Arbeitslosengeldern. Allerdings sieht Späth eine Wirkung nur dann, wenn sich die Bundesregierung zusammen mit anderen EGLändern zu „Wirtschaftshilfemaßnahmen, insbesondere zugunsten der Türkei“ bereit erklärt.

Daß sich durch solche Anreize ausländische Arbeiter nicht ködern lassen, hat eine Demonstration in Stuttgart gezeigt, die sofort nach Bekanntgabe der baden-württembergischen Ausländerbeschlüsse von mehreren türkischen und kurdischen Organisationen durchgeführt wurde. Wie schon bei der zentralen Demonstration in Duisburg hatte auch hier die Forderung nach Einstellung der „Türkeihilfe“ durch die Bundesregierung eine breite Grundlage; u.a. wurde auch „Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit für ausländische Arbeitnehmer ohne Vorbedingung“ gefordert.

Untere Lohngruppen

Arbeiterinnen und Arbeiter aus unteren Lohngruppen berichten: Niedrige Löhne bei höchstem Arbeitstempo

Kabelfertigung im Bosch-Siemens-Hausgerätewerk in Traunreut. Es werden dort Leitungen geschnitten, Stecker angeschlagen, Ösen gebogen, Drähte verzinnt – Teile, die später in Mixer, Kaffeemaschinen und vor allem Elektroherde eingebaut werden. Ein ziemlich typischer Betrieb für die Elektrobranche. Von den rund 3000 Beschäftigten sind bei den Arbeitern etwa 40% Frauen.

Die am niedrigsten bezahlte Tätigkeit in der Kabelfertigung ist das Verzinnen von Drahtleitungen. Zumeist ältere Frauen sitzen über heißen Zinnbädern, an denen kleine Abzüge angebracht sind. Die zu hundert Stück gebündelten Leitungen müssen zunächst entbündelt werden und die einzelnen Drähte oft erst mit der Hand gerade gebogen werden. Dann werden sie ins heiße Zinnbad eingetaucht. Nachsehen, ob sie in Ordnung sind und ablegen in eine Kiste.

Diese Tätigkeit ist nach dem Siemens-Arbeitsplatz-Bewertungssystem in der untersten Lohngruppe, SAB 01, eingestuft, das sind 7,92 DM in der Stunde. Um auf diesen Grundlohn zu kommen, müssen die Frauen 100 Stück einseitig zu verzinnende Leitungen in 11 Minuten machen. Bei einem Akkorddurchschnitt von 76 Minuten, gleich 126%, müssen in den acht Stunden 5400 Leitungen verzinnt werden, alle 5,3 Sekunden eine. Die Frauen kommen dann auf einen Stundenlohn von rund 10 Mark. Monatlich sind das 1700 DM brutto; verheiratet mit einem Kind (Steuerklasse IV,1) werden netto um die 1200 DM ausgezahlt; in der Steuerklasse V sogar nur etwa 1030 DM netto.

Bei den Tätigkeiten, die in der nächsthöheren Gruppe, SAB 02, eingestuft sind, liegen die Arbeitstakte ebenfalls im Sekundenbereich. Zum Beispiel Biegen von Ösen an Massivleitungen. Auf 100 Stück sind 14 Minuten vorgegeben, jede Öse muß zweimal gebogen werden. In der Minute sind also 14,3 Biegevorgänge zu machen, alle 4,2 Sekunden einer. Die Leitungen werden mit der linken Hand ergriffen, in die Biegevorrichtung eingelegt, mit der rechten Hand wird der Handhebel angezogen, wozu einige Kraft von der Arm- und Handmuskulatur aufgebracht werden muß. Dann ablegen der Leitungen in Kisten. Dieselbe Tätigkeit, bei der jede Öse achtmal gebogen werden muß: Um hier auf den Akkord zu kommen, muß alle 2,7 Sekunden der Handhebel angezogen werden.

Der Stundenlohn liegt mit dem durchschnittlichen Akkord von 76 Minuten bei 10,40 DM – netto in Steuerklasse IV rund 1250 DM, in Steuerklasse V etwa 1060 DM.

Soweit Maschinenarbeit bei diesen niedrigst bezahlten Tätigkeiten vorkommt, wird der Arbeitsablauf dadurch nicht entscheidend bestimmt. Beispiel: An abisolierte Leitungen müssen Stecker angeschlagen werden. Auf 100 Stück sind 10 Minuten vorgegeben. Die Leitung wird in die Anschlagvorrichtung der Maschine hineingehalten, der Anschlaghub mittels Pedaldruck ausgelöst. Da der Anschlaghub mit den Augen verfolgt wer-

Kommt noch das selbständige Beheben von Maschinenstörungen hinzu, sowie die Überwachung mehrerer Maschinen und das Einrichten, wird SAB 06 bezahlt, bei 76 Minuten 12 DM Stundenlohn. Der Nettolohn für verheiratet mit einem Kind beträgt jetzt rund 1430 DM. An diesen Arbeitsplätzen sind nur noch Männer, meist mit Metall-Facharbeiterausbildung.

Bei sämtlichen Löhnen ist noch ein Betrag von zwischen 60 und 100 Mark gestaffelt nach den Lohngruppen zuzurechnen für die Arbeit in Wechelschicht. Die Arbeitszeiten liegen zwischen 6 Uhr und 14 Uhr 50 in Frühschicht bzw. 14 Uhr 50 und 23 Uhr 20 in Spätschicht.



Bestückung von Leiterplatten im Akkord.

den muß, sitzen die Frauen leicht vorgebeugt, außer sie sind besonders klein. Entsprechend häufig sind die Klagen über Ischias, Rheuma und Kreuzschmerzen.

Sobald die Tätigkeit mehr zur Maschinenüberwachung wird, sind die einzelnen Arbeitstakte länger und die Bezahlung etwas höher. Maschinelles Schneiden von Leitungen wird nach SAB 04 bezahlt, bei 76 Minuten Akkordabrechnung sind das 11,15 DM Stundenlohn. Der Nettolohn bei Steuerklasse IV,1 ist dann rund 1340 DM. Diese Arbeit wird meist von Männern gemacht, es muß die Maschinerie mit Material versorgt werden, und die abgeschnittenen Leitungen sind in einen Behälter zu stapeln. Die Zeiten liegen je nach Leitungsart zwischen 2,5 und 5,8 Minuten je 100 Stück.

Bei den Lohnberechnungen ist immer ein Akkorddurchschnitt von 76 Minuten angenommen worden. Das liegt daran, daß in der Kabelfertigung im Gruppenakkord abgerechnet wird, weswegen die Akkordsätze für alle – mit wenigen Ausnahmen – gleich sind. Der Gruppenakkord mildert in gewisser Weise die Hetzerei, verschiedene schlecht gestoppte Zeiten können mit guten ausgeglichen werden. Deswegen gilt die Kabelfertigung als „Paradies“ gegenüber den Montagebändern. Allerdings ändert sich das in den letzten Wochen. Zum Beispiel an den Kabelbaumfertigungsplätzen sind die Zeiten neu gestoppt worden. Dabei sind unter anderem folgende Stückzahlhöhen herausgekommen: von 160 Stück pro Schicht auf 250; von 350 auf 500; von 380 auf 450.

Gespräch mit einer Siemens-Arbeiterin – Wie kommen wir mit dem Lohn aus?

Sie ist 25 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Im Moment ist sie im Mutterschaftsurlaub und bekommt 750 DM von der Krankenkasse. Bei Siemens arbeitet sie als Prüferin in Lohngruppe 4 (St.Kl.V). Ihr Mann arbeitet auch bei Siemens als Techniker. Das erste Kind ist drei Jahre alt, das zweite gerade geboren.

Einkommen und Ausgaben

bei 1 Kind	bei 2 Kindern	Einkommen und Ausgaben
940	940	Lohn sie
2800	2500	Lohn er
		(Sonderzulage gestrichen)
50	170	Kindergeld
525	–	Nebenverdienst sie
800	800	Nebenverdienst er
5115	4410	Summe
663	663	Miete u. Nebenkosten
310	310	KFZ, Benzin
190	190	Telefon, Rundfunk etc.
43	–	Fahrtgeld sie
550	750	Kinderkrippe/-garten
200	330	Kleidung/Essen Kinder
600	600	Essen Erwachsene
200	200	Versicherungen
1500	1500	Rate Bausparvertrag
4256	3543	Summe

Zu den Ausgaben (siehe Tabelle) kommen noch dazu: längerfristige Anschaffungen wie Möbel, Haushaltsgeräte, Kinderausstattung, Auto, außerdem Reparaturen am Auto, Putzmittel, Körperpflege, Kleidung für die Erwachsenen, Zigaretten usw. Sie berichtet: „Schon bei einem Kind war es notwendig, daß ich arbeiten gehe. Daß wir außerdem noch beide eine Nebenbeschäftigung ausgeübt haben, hing mit unserem Plan zusammen, eine Eigentumswohnung zu kaufen.“

„Wir haben eine kleine 3-Zimmerwohnung, ca. 66 qm. Die Küche ist winzig. Das Kinderzimmer ist so klein, daß kaum die zwei Betten für die Kinder reinpassen. Tagsüber wird ein Bett hochgeklappt, damit man überhaupt laufen kann. Spielen können die Kinder nur im Wohnzimmer, das gleichzeitig Esszimmer und Arbeitszimmer für meinen Mann ist. Außerdem ist es ja eine Siemens-Wohnung. Das bedeutet, wenn wir gekündigt werden, fliegen wir automatisch auch aus der Wohnung.“

Über die Zeit, wo sie gearbeitet hat und zusätzlich noch eine Nebenbeschäftigung hatte: „Das war fast unerträglich. Wenn ich abends schon völlig

kaputt aus der Arbeit gekommen bin, mußte ich gleich zur Putzstelle hetzen. Mein Mann hat das Kind aus der Kinderkrippe abgeholt und versorgt. Anschließend hat er selber oft noch bis Mitternacht zuhause gearbeitet. Er repariert Fernseher und sonstige Elektrogeräte. Wenn ich dann um 20 Uhr endlich nach Hause gekommen bin, war ich fix und fertig und bin meistens nur noch ins Bett gefallen. Die ganze Hausarbeit ist bis zum Wochenende liegengeblieben. Für das Kind hatte ich so gut wie überhaupt keine Zeit.“ Auf die Frage, ob sie nach dem Mutterschaftsurlaub wieder arbeiten muß, antwortet sie: „Das habe ich mir hin und her überlegt. Für Kindergarten und Krippe geht ja fast genauso viel drauf wie ich bei Siemens verdiene. Außerdem braucht man mehr, wenn man arbeitet, Kleider, Fahrtgeld, und man kann die Sonderangebote nicht so gut ausnützen. Aber ich muß trotzdem arbeiten wegen meiner Rente.

Auf jeden Fall wird es finanziell schwierig. Die Kosten für die Kinderkrippe werden mehr, und ich kann nicht mehr nebenher arbeiten mit zwei Kindern. Den Plan mit der Eigentumswohnung mußten wir aufgeben. Das ist mit 2 Kindern nicht mehr drin, obwohl wir sie gerade jetzt noch dringender brauchen könnten.“

Die Facharbeitertätigkeit in dieser Abteilung wird nach SAB 08 bezahlt. Es ist ebenfalls reine Akkordtätigkeit, maschinelles Drehen von Kleinteilen an Drehautomaten. Die Arbeit besteht in der Ablaufüberwachung von sechs Maschinen, im Materialnachschub sowie im Beheben von Maschinenstörungen. Ebenfalls müssen die gefertigten Teile kontrolliert werden. Die Arbeit wird meist im Laufschrift verrichtet, zudem herrscht großer Maschinenlärm. Es wird im Einzelakkord abgerechnet; je nachdem kommt man auf 68 bis 75 Minuten, was einen Stundenlohn zwischen 12 Mark und 13,24 DM macht. Mit der Anschaffung neuer Drehautomaten ist die Einführung von Dreischicht-Betrieb geplant.

Welche Auswirkungen die extrem kurzen Arbeitstakte, die Akkordhetze, die ständige Monotonie der Arbeit haben, schildert eine Arbeiterin, die im Montagewerk von Grundig für Autoradios in Dachau verschiedene Akkordarbeiten gemacht hat. Einzelakkord: „Den Akkord“ – alle versuchen, eine bestimmte Stückzahl zu erreichen – , das schafft man nach ein bis zwei Wochen. Das Arbeitstempo ist so hoch, daß man kaum einmal aufs Klo gehen kann. Zu einer Kollegin gehen, miteinander reden, das ist bis auf

kurze Gesprächsfetzen fast unmöglich, höchstens wenn man dieselbe Arbeit schon monate- oder jahrelang macht.

Damit das Tempo durchgehalten werden kann, muß man sich selbst dauernd kontrollieren, alle zehn Minuten, alle halbe Stunde, alle Stunde muß eine bestimmte Stückzahl geschafft sein. Die Köpfe gehen runter auf die Arbeit, rauf zur Uhr, runter, rauf, der Arbeitstag vergeht minutenweise. Hast



Montagearbeiterinnen in der Elektroindustrie

du einen schlechten Tag, geht dir was im Kopf rum, schaffst du dein Pensum nicht, wirst nervös, mußt aufholen, was sehr anstrengt.

Das ging allen Kolleginnen so, die noch nicht so lange so eine Arbeit gemacht haben. Die Älteren sagen, es geht wie im Schlaf, sie arbeiten auch ruhiger und reden mal miteinander. Im Gruppenakkord am Band war es leichter. Da wird auch viel geredet und Spaß gemacht. Aber das geht auch nur, solange die Arbeit läuft. Hat eine Schwierigkeiten, hängt der Akkord für's ganze Band dran und es gibt Streit. Man wird von vorne und hinten angetrieben, das macht einen fix und fertig.

Die Arbeitsgegenstände sind oft sehr klein, das macht die Arbeit auf ihre Art so anstrengend, weil man immer genau hinsehen muß und die Handbewegungen sehr genau sein müssen. Sehr viele Kolleginnen haben dauernd Magen- und Kopfschmerzen. Der Krankenstand lag in der Abteilung innerhalb von neun Monaten zwei- bis dreimal bei einem Drittel und mehr, was sicher auch an anderem lag als nur an der Arbeit, z.B. an der Behandlung durch den Abteilungsleiter. Aber es ist so, daß viele krank sind, weil sie einfach nicht mehr können.

Der Kampf gegen die unteren Lohngruppen hat sich viele Jahre vorwiegend als Kampf gegen die Frauenlohngruppen dargestellt. Mit Art. 3 des Grundgesetzes soll die grundsätzliche Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der BRD geregelt worden sein. Doch noch zu Beginn der 50er Jahre sahen die Tarifverträge in allen Industriezweigen für die gleiche Arbeit Frauenlöhne vor, die Abschläge von durchschnittlich 25% gegenüber den Männerlöhnen vorschrieben. 1956 wurden die Frauenlöhne für verfassungswidrig erklärt. Dann wurden anstelle der Frauenlohngruppen die „Leichtlohngruppen“ eingeführt, d.h. spezielle Lohngruppen für „leichte Hilfsarbeiten“. Die letzten Frauenlohngruppen – in der lederenarbeitenden Industrie – sind erst 1973 aufgehoben worden. Seit den siebziger Jahren kämpfen die Gewerkschaften für die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen bzw. für Einstellung nicht unter Lohngruppe 3.

Tarifliche Kriterien festlegen. Die Gewerkschaften sind gegen jede Form der Arbeitsteilung, die die Arbeitnehmer an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten hindert. Die Gewerkschaften fordern daher den Abbau eintöniger, inhaltsleerer und unqualifizierter Arbeiten, durch die körperliches und geistiges Wohlbefinden, Sicherheit der Arbeitsplätze und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt werden.

Jeder Arbeitnehmer braucht ein Mindestmaß an Entscheidung- und Gestaltungsmöglichkeiten, an körperlichen und geistigen Anforderungen sowie an sozialen Kontaktmöglichkeiten. Für die Arbeitnehmer insbesondere in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen sind tarifliche Kriterien festzulegen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die berufliche Fortbildung der Arbeitnehmer zu fördern.

DGB-Grundsatzprogramm 1981

8. Frauentag der IGM 1973: R. Birkwald von der Tarifabteilung beim Vorstand der IG Metall nannte Fließbandarbeit, Taktarbeit an Bändern, Kreisförderern oder anderen Betriebsmitteln, Maschinenfüttern oder Maschinenüberwachen als Beispiele für Tätig-

keiten, die inhaltslos, monoton, einseitig und kurzzyklisch seien. Die Gewerkschaften sollten Bestimmungen zur „menschengerechten“ Gestaltung der Arbeitswelt tariflich absichern, insbesondere auf Gebieten, die nicht vom Betriebsverfassungsgesetz abgesichert sind. Dazu gehörten u.a. Bestimmungen über einen Mindestinhalt der Arbeit, was bedeute, daß in jeder Arbeit eine Mitentscheidungs- und Kontrolltätigkeit enthalten sein müßte, Fortbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten gegeben sein sollten und ein Mindestmaß an sozialen Kontakten vorhanden sein müsse. (Gewerkschaftsspiegel Nummer 15/1973)

Lohngruppeneinteilung nach Manteltarifvertrag. Für die Einstufung gelten nachstehende Lohngruppen mit ihren Merkmalen: Lohngruppe 1: Ungelernte Arbeitnehmer, die Arbeiten der Lohngruppe 4 in Belastungsstufe 1 verrichten. Lohngruppe 2: Angelernte Arbeitnehmer, die Arbeiten der Lohngruppe 5 in Belastungsstufe 1 verrichten. Lohngruppe 3: Qualifiziert angelernte Arbeitnehmer, die Arbeiten der Lohngruppe 6 in Belastungsstufe 1 verrichten. Die Lohngruppen 4 bis 6 setzen Belastungen der Stufe II voraus: Lohngruppe 4: Ungelernte Arbeitnehmer sind solche Arbeitnehmer, die weder die Beschäftigung eines gelernten noch angelernten Arbeitnehmers ausüben. Lohngruppe 5: Angelernte Arbeitnehmer sind Arbeitnehmer, die eine angemessene Zeit (als angemessen gilt eine Anlernzeit von etwa 8 Wochen) mit Spezialarbeiten beschäftigt waren und dieselben selbständig in der üblichen Zeit zu verrichten in der Lage sind. Lohngruppe 6: Qualifiziert angelernte Arbeitnehmer sind solche Arbeitnehmer, die Spezialarbeiten von besonderer Qualität und Schwierigkeit verrichten. (Aus dem Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der bayerischen Metallindustrie vom 1. 12. 1973 mit Stand vom 1. 1. 1981, § 15 Lohngruppeneinteilung)

Tarifbeispiel für die Belastungsstufe I: Entgraten von Kunststoffpreßteilen. Werkstück: Kunststoffgehäuse für Tischtelefonapparate. Betriebsmittel: Flachzange, Scha-

ber. Arbeitsplatz: Einzelarbeitsplatz am Werkstück in einem ca. 200 m² großen, hellen, luftigen, heizbaren Raum, in dem Kunststoffpreßteile entgratet werden. Arbeitsverrichtung im Sitzen. Arbeitsvorgang und Arbeitsablauf: Die Werkstücke werden vom Transportarbeiter an den Arbeitsplatz herangefahren. Gehäuse aus Transportbehälter entnehmen, im Innern des Gehäuses den Preßgrat mit Zange und Schaber so entfernen, daß keine Gratkanten oder scharfe Kanten die später einzulegende Innenverdrahtung beschädigen können. Ausbringung je Stunde etwa 86 Stück ... Muskelbeanspruchung: Sitzende, ungezwungene Körperhaltung. Dynamische Beanspruchung der Arme und statische Beanspruchung der Finger mit geringer Gewichtsbelastung. Sinnes- und Nervenbelastung für Stufe II nicht ausreichend. (Anhang 5 Manteltarifvertrag, Tarifbeispiele gem. § 15)



Demonstration in Frankfurt 1981

Siemens-Arbeitsplatzbewertung (SAB) drückt viele Arbeiter in die unteren Lohngruppen. Die Firma Siemens stuft nicht nach dem Manteltarifvertrag der Metallindustrie ein, sondern nach der SAB mit analytischer Arbeitsplatzbewertung. In der SAB ist der Punkt „Verantwortung für eigene Arbeit“ gegliedert in „betreut“, „zeitweise betreut“ und „selbständig“. Betreute Arbeit hat wenig Gewicht, es können höchstens 1,5 Punkte erreicht werden. Und natürlich sind viele Arbeiten „betreut“. Dagegen „Kenntnisse“: gegliedert in 14 Stufen von 0 bis 9 Punkten. Für LG 3 sind aber mindestens 5 Punkte erforderlich. Der Punkt „Belastung der Nerven und Sinne“ fehlt in der SAB gänzlich. Nach dem MTV bringt z.B. „Löten unter dem Binokular“ (Beispiel 20) mindestens LG 4, aufgrund der Belastung nach SAB lediglich LG 2 und 3. Ebenso beim SAB-Beispiel

„Stanzen, Biegen, Pressen, Ziehen und Prägen“ von Blechen: LG 3.

Die folgende Betriebsvereinbarung wurde zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung von National Rejektors Inc. GmbH in Buxtehude im Dez. 1979 vereinbart: I. Laut Lohnrahmentarifvertrag § 3 II werden in Lohngruppen 2 bzw. 3 eingestuft: alle neu eingestellten gewerblichen Arbeitnehmer für die ersten vier Monate ihrer Tätigkeit, sofern ihnen einfache Arbeiten, die ohne vorherige Arbeitskenntnisse ausgeführt werden können, übertragen werden. II. Spätestens nach Ablauf von vier Monaten Anlernzeit wird über die Umgruppierung in die Lohngruppe 4 unter Mitwirkung des Betriebsrates beraten und entschieden. (Nachrichtendienst der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 14/80)

Betriebsrat bei MAN München erreicht Betriebsvereinbarung zur Beseitigung von Lohngruppe 4 (22.10.81). Während in den Produktionsabteilungen bereits vor einigen Jahren erreicht wurde, daß bei Eingruppierungen nach MTV in LG 4 als betriebliche Zulage wie Lohngruppe 5 bezahlt wird, wurde eine entsprechende Vereinbarung auch für das Kantenpersonal und die Putzfrauen erreicht. Damit gibt es im Werk München keine Arbeiterinnen in LG 4 mehr.

Streichung der Lohngruppe 2. Von den 270 Beschäftigten des Lübecker Betriebs der Firma Schmalbach Lubeca (insges. 21 Betriebe), die im Schichtdienst an 24 Maschinen Kunststoffflaschen blasen und bedrucken, waren allein 90 Frauen in der niedrigsten Lohngruppe 2 eingestuft. Mitte dieses Jahres setzte der Betriebsrat die Streichung der Lohngruppe 2 durch. Die 90 Frauen wurden in Lohngruppe 3 eingruppiert. Unter Berücksichtigung der tariflichen Lohnerhöhung bedeutet das einen Stundenlohn von 7,95 DM gegenüber 7,18 DM. (Metall Nr. 8/80)

Gewerkschaftsbeschuß. Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag im Oktober 1980 beschloß einstimmig die Forderung: „Verbesserung der Entgeltrelationen, z.B. durch Beseitigung unterer Tarifgruppen, verstärkte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsätze.“

Belgien: Wahlgewinne der Reaktion

Bei den Parlamentswahlen in Belgien am 8.11. hat die Reaktion die Früchte der dreijährigen Regierungsbeteiligung der Sozialisten an Dutzenden „Krisenprogrammen“ und Steuererhöhungen kassiert. Gewinner der Wahl sind die „Libérale Partei“ (51 der 212 Parlamentssitze, plus 14), die unter der Flagge des „Kampfes gegen hohe Steuern“ Steuer-senkungen für die Kapitalisten, brutale Lohnsenkung und Abbau der Sozialversicherungen fordert, und die „Flämische Volkunion“ (20 Sitze, plus 8), bei der der Übergang zu faschistischen Gruppen fließend ist. Die Sozialisten erhielten 25,1% der Stimmen und 61 Sitze (plus 4), die marxistisch-leninistische „Partei der Arbeit“ (PvdA) 45 791 Stimmen (0,8%, 1978: 43 546 Stimmen). Die Grünen erhielten 4 Sitze. Schwierig ist für die Bourgeois, daß die Christdemokraten, die die Parteien der Reaktion mit den Liberalen anführen sollen, 21 ihrer vorher 82 Sitze verloren. Das „Handelsblatt“ hat die Aufgaben der künftigen Regierung so formuliert: „Sparen ... bei den Privateinkommen, heißt für

8. Parteitag der PdAA

Vom 1. bis 8. November führte die Partei der Arbeit Albaniens ihren 8. Parteitag durch. Hauptthemen des Parteitags waren die Diskussion über den Rechenschaftsbericht des ZK der PdAA und über die Direktiven für den 7. Fünfjahresplan. Die Eröffnung des Parteitags fiel mit dem 40. Gründungstag der PdAA zusammen. Unter Führung der PdAA haben die albanischen Arbeiter und Bauern große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und der Überwindung der Armut des Landes erzielt. So konnte die zu 75% kollektivisierte Landwirtschaft (25%



sind staatlich) trotz schwieriger Naturbedingungen die Produktion von Brotgetreide gegenüber der Vorkriegszeit verfünffachen, zusammen mit der Konsumgüterindustrie deckt sie 85% des Bedarfs der Bevöl-

kerung. Albanien verfügt heute über eine eigene Industrie für den Bedarf des Landes. Der neue Fünfjahrplan sieht eine Steigerung des Sozialprodukts um 6% im Jahr vor, das Realeinkommen soll pro Kopf um 2% jährlich steigen. Die Regierung strebt eine Ausweitung des Handels mit den benachbarten Ländern an. Auch in Zukunft will Albanien keine Kredite im Ausland aufnehmen. Der Parteitag wählte Enver Hodscha (Bild) erneut zum ersten Parteisekretär. — Die BRD weigert sich bis heute, für die von den deutschen Faschisten während des zweiten Weltkriegs angerichteten Verwüstungen Reparationen zu zahlen.

Christdemokraten und Liberale die Lösung ... Finanzminister Vandepitte sprach kürzlich von 7 bis 10% real, die die Belgier bei ihren Einkommen abzuliefern hätten.“

Ungarn beantragt Aufnahme in IWF

Am 4.11. beantragte Ungarn die Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. Das innere Preisgefüge wurde bereits auf

Weltmarktpreise umgestellt. Begründet wird der Schritt mit Vereinfachung des Außenhandels. Das bedeutet aber auch, daß sich Ungarn in gewissem Umfang der Krisenhaftigkeit des Weltmarktes aussetzt. Die Imperialisten hoffen zudem auf baldige Kreditvergabe an Ungarn, um dem Land die „Erfüllung strikter wirtschaftspolitischer Auflagen“ (FAZ, 6.11.), die dafür nach IWF-Statuten Voraussetzung sind, aufzuzwingen.

Dänemark: Ölplattformen umgeflaggt

Um die verschärften dänischen Sicherheitsbedingungen zu unterlaufen, haben die Kapitalisten der dänischen Firma A.P.Møller drei Ölplattformen von dänischer auf die panamesische Flagge umgesetzt. Die Firma ist mit 36 Ölplattformen eine der weltgrößten dieser Branche. Die neue dänische Gesetzgebung sieht vor, daß der Energieminister unter bestimmten Voraussetzungen die dänischen Sicherheitsbestimmungen auch für dänische Plattformen durchsetzen kann, wenn sie in fremden Hoheitsgewässern liegen. Die drei jetzt umgeflaggten Plattformen, die verchartert sind, liegen vor Italien, Abu Dhabi und Ägypten. Die Internationale Transportarbeiterföderation ITF fordert, daß bei Umflaggung auf „Billigflaggen“ die Arbeits- und Sicherheitsbedingungen nicht verschlechtert werden, insgesamt das Verbot von Seefahrzeugen unter „Billigflagge“.

Leyland: Streiks gegen Pausenkürzungen

Wenige Tage nach der erfolgreichen Durchsetzung eines 3,8%-Lohnabschlusses gegen die Arbeiter gab British-Leyland die Verkürzung der Erholungspausen von 51 auf 40 Minuten pro Schicht bekannt. 2200 Arbeiter in den wichtigsten Bereichen des Hauptwerks Longbridge streiken seit dem 10. November dagegen. Die gesamte Produktion ist lahmgelegt, BL mußte am Dienstag erste Verhandlungen aufnehmen.

Palästina: Kampf gegen „Zivil“besatzung

Seit dem 1. November finden in den besetzten Gebieten täglich Demonstrationen gegen die Einsetzung einer zionistischen Zivilverwaltung statt. Die Ersetzung der bisherigen Militärverwaltung durch israelische Zivilisten ist ein weiterer Schritt zur Annexion der besetzten Gebiete an Israel. Unter Parolen gegen diese Zivilbesatzung und gegen die „Autono-

mie“pläne begannen die Studenten der palästinensischen Hochschulen die Demonstrationen. Schüler, Arbeiter und Händler schlossen sich an. Am 4.11. haben die Besatzer die größte palästinensische Hochschule, Bir Zeit, erneut auf unbefristete Zeit geschlossen. An den anderen Hochschulen bestreiken die Studenten die Vorlesungen, bei Fortsetzung des

Streiks haben die Zionisten auch dort Schließung angedroht. Für den 10.11. riefen Berufsverbände und Gemeindevertreter in den ganzen besetzten Gebieten zur Schließung der Läden und zum Schulstreik auf. Zum Teil zwangen die Besatzungstruppen Händler mit Gewalt zur Öffnung der Läden. Als am 12.11. die Truppen auf demonstrierende Schüler schossen, wurde ein 15jähriger verwundet. Der Gemeinderat von Gaza hat am 4.11. eine Erklärung an Begin geschickt, in der es u.a. heißt: „Die israelische Besatzung ist für die Zwischenfälle und die Instabilität in Westjordanland und im Gaza-Streifen, für die Verhaftungen, für die allgemeinen Freiheitsbeschränkungen und die schweren Steuern verantwortlich ... Es wird keinen Frieden geben, solange die Besatzung dauert, die Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung nicht anerkannt sind und kein unabhängiger palästinensischer Staat geschaffen ist.“



Frankreich

Gewerkschaftsoffensive für Arbeitszeitverkürzung bewirkt erste Erfolge

Am 9. November beschlossen – zehn Tage nach den Arbeitern in Billancourt – auch die Streikenden der Sattlerei des Renault-Werkes Sandouville die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Direktion hatte zuvor neben der für den gesamten Konzern geltenden Lohnerhöhung von 150 FF (siehe PB 23) 34 Neueinstellungen sofort und 30 weitere bis Ende des Jahres speziell für die Bänder des R 18, R 20 und R 30 vorgeschlagen. Die Abstimmung für Annahme des Angebots ging knapp aus, alle Streikenden kritisierten fehlende Zugeständnisse bezüglich Arbeitszeitverkürzung und Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit. Im Hauptwerk Sochaux des Peugeot-Konzerns begannen am 12.11. Verhandlungen über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Karosseriebau, die Gewerkschaften CGT und CFDT verzichteten zunächst auf die zuvor nach mehreren Streiks in Urabstimmung beschlossene Besetzung des Produktionsbereiches.

Ähnlich wie in der Automobilindustrie, wo die Kapitalisten mit Zugeständnissen an einzelnen Punkten die vielfach aufflammenden Streikaktionen einzudämmen suchen, sich *generellen* Regelungen v.a. zur Arbeitszeitverkürzung aber weiter widersetzen, hat sich die Lage in den anderen Branchen entwickelt. „35 Stunden für alle bei vollem Lohnausgleich, Schaffung neuer Arbeitsplätze“, unter dieser Forderung beteiligte sich ein Großteil der 240 000 Lohnabhängigen im Bankbereich an zwei nationalen Streik- und Aktionstagen am 15. und 29.10. Angesichts der geschlossenen Schalter wich die demonstrative Gelassenheit etlicher Banker erheblicher Nervosität. Jetzt bieten sie zum 1.12. Arbeitszeitverkürzung auf 39 Stunden, was die Gewerkschaften als ungenügend ablehnen. Die Direktion der Sparkassen hat angesichts seit dem 29.10. andauernder Streiks eine andere Taktik eingeschlagen. Sie lockt mit 60 Neueinstellungen, möchte dafür auch samstags öffnen und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden auf Dezember 1983 verschieben.

Daß es den französischen Kapitalisten jedoch zunehmend schwerer fällt, der Leitlinie ihres Verbandes CNPF zu folgen, in keinem Fall in den Branchen für 1982 mehr zu gewähren als das Rahmenabkommen vom Juli vorsieht, nämlich 39 Stunden, belegen Äußerungen ihres Vizepräsidenten Chotard auf der letzten Vorstandssitzung vom 8.11.

Dort warnte er: „Die Unternehmer, die ohne Gegenleistung weitergehen, als es das Protokoll vom Juli vorsieht, bringen andere Branchen oder Unternehmen in Gefahr.“ Hier mußten sich wohl v.a. die Versicherungskapitali-



sten und die Pharmakonzerne angesprochen fühlen, die aufgrund ihrer guten Ertragslage bereit scheinen, Tarifverträge über 38,5 bzw. 37 Stunden bei vollem Lohnausgleich abzuschließen.

Die Gewerkschaft CFDT hat angesichts dieser Aufweichungserscheinungen der Front der Kapitalisten dazu aufgerufen, im November durch zusammenfassende Aktionen auf Branchenebene einen Durchbruch in Richtung 35-Stundenwoche zu erzielen. Ihre Strategie zielt dabei angesichts von jetzt zwei Millionen Arbeitslosen dahin, „zuerst Druck zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu erzeugen“. (Syndicalisme 5.11.) Bei den Löhnen geht es ihr um „die vorrangige Lohnerhöhung bei Niedriglöhnern und Modifikationen in der Lohnhierarchie“. Den übrigen Lohngruppen soll die Kaufkraft *erhalten* bleiben.

Obwohl bezüglich der *Ziele* bei Arbeitszeit und Lohn Übereinstimmung mit der Gewerkschaft CGT besteht, wird deren Realisierung v.a. von zwei Faktoren behindert. Zunächst einmal schlägt die PS/PCF-Regierung bei Arbeitszeit und Lohnverhandlungen für den öffentlichen Sektor eine Verschleppungstaktik ein. Allein für den Bereich der Elektrizitäts- und Gaswerke konnte bisher ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, der über die 39-

Stundenwoche hinaus die 38-Stundenwoche zum 1.10.82 vorsieht.

In ihrem Bemühen, die industriellen Kapitalisten für Investitionen zu gewinnen und deshalb den vom öffentlichen Sektor ausgehenden Druck gering zu halten, hat die Regierung zudem jetzt eine *prozentuale* Lohnerhöhung von 4,3% für den öffentlichen Dienst verfügt (es wird mehrmals jährlich verhandelt), die die Kaufkraft der Niedriglöhner angreift. Zweitens scheitert die gewerkschaftliche Aktionseinheit weiterhin häufig an der Haltung der

CGT, vorrangig die *gesetzliche* Fixierung der 38-Stundenwoche im Vertrauen auf die Parlamentsmehrheit zu betreiben und Arbeitskämpfe im öffentlichen Sektor möglichst zu vermeiden. Immer häufiger denunziert sie Streiks in diesem Bereich als „Abenteurertum und linksradikal.“

Der bedrängten Bourgeoisie verschafft dies Luft, die Mehrheit der Arbeiterbewegung scheint von solcher „Staatstreue“ jedoch wenig zu halten, wie das Ansteigen der Arbeitskämpfe beweist.

Österreich

VEW kürzen Sozialleistungen

Gegen die Stimmen der Belegschaftsvertreter beschloß der Aufsichtsrat der Vereinigten Edeltahlwerke (VEW) am 22. Okt., „bis zum Wiedererreichen der Gewinnzone“ ab 1982 die freiwilligen Zulagen zu streichen. Diese belaufen sich auf jährlich 80 Mio. S (100 S = DM 14,30) und werden den Beschäftigten als Zuschüsse für Heizkosten und Mieten für Werkswohnungen gezahlt. Industriellenpräsident Beurle erklärte angesichts der Krisensituation

in der verstaatlichten Stahlindustrie, statt Mitarbeiter zu kündigen, sollten erst Sozialleistungen abgebaut werden. Die VEW praktizieren beides. Auf einer Betriebsversammlung des Werkes Judenburg am 27.10. wurde dagegen für den 7.11. zu einem Protestmarsch auf Wien aufgerufen. Dieser wurde jedoch kurzfristig wieder abgeblasen, da der Vorstand sich zu Verhandlungen mit der Zentralbetriebsratsexekutive am 13.11. bereiterklärte. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist noch nicht bekannt. Im Gespräch war ein Kompromiß, der die Streichung des Kohlegeldes (50 Mio S) und die Beibehaltung der Mietzuschüsse (30 Mio S) vorsieht.

Bis Ende 1981 wollen die VEW die Beschäftigtenzahl auf 16100 reduzieren, das sind 1700 Beschäftigte weniger als im Frühjahr und 3700 weniger als 1978. Betroffen sind vor allem die Arbeiter in der Steiermark, die hochgradig abhängig von der Stahlindustrie ist. In Judenburg z.B. ist jeder zweite Erwerbstätige im Stahlwerk der VEW beschäftigt. Dort werden 1981 durch die Schließung des Elektrostahl- und des Walzwerkes 380 Arbeiter entlassen, das sind 36% der Belegschaft. Die Betriebsleitung setzt nach: Zusätzlich 110 Arbeiter wurden vor die Alternative gestellt, entweder in das 60 km entfernte Werk der VEW-Muttergesellschaft VOEST zu pendeln oder ebenfalls entlassen zu werden. Zähneknir-



VEW-Werk Wien: Das Werk wird stillgelegt, 400 Arbeiter entlassen.

schend hat der Betriebsrat dem Pendeln zugestimmt. Die Betriebsleitung beteuerte, daß nur so lange gependelt werden müsse, „bis wieder Arbeitsplätze in der Heimatstadt geschaffen seien“.

Dies und auch das „Wiedererreichen der Gewinnzone“ erweisen sich als Illusionsmacherei. Die VEW sind seit Jahren in den roten Zahlen, in diesem Jahr betragen die Defizite 2 Mrd. S. Und auch die Muttergesellschaft VOEST macht in diesem Jahr 2,5 bis 3 Mrd. S Defizit. Schwächstes Glied ist

das Werk Donawitz, dessen veraltete Hochofentechnologie bis 1986 auf Elektroöfen umgestellt werden soll, mit jährlichen staatlichen Subventionen von 2 Mrd. S. Aufsichtsratspräsident Geist schlug in diesem Zusammenhang vor, die gesamte Edelstahlproduktion nach Donawitz zu verlagern. Voraussetzung sei allerdings, daß die VOEST ein eigenes Kernkraftwerk errichten könne und daß der Strompreis von derzeit 45 Groschen auf 30 Groschen pro Kwh gesenkt werde. Für die Bevölkerung wird der Strompreis ab 1.1.1982 um ca. 18% erhöht.

DDR

Elektronik: das meiste geht in den Export

Das Kombinat Robotron in Dresden ist mit 70000 Beschäftigten das größte Kombinat der DDR. In seinen 21 Volkseigenen Betrieben (VEB) werden EDV-Anlagen produziert, Klein- und Prozeßrechner, Bürocomputer, Datenerfassungs- und Textverarbeitungsgeräte, Buchungs- und Schreibmaschinen, Meß- und Unterhaltungselektronik, Fernsehgeräte. Robotron und 16 weitere Kombinate – darunter Mikroelektronik in Erfurt mit 52000 Beschäftigten und Carl Zeiss in Jena – sind dem Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik direkt unterstellt. 14% der über drei Millionen Arbeiter und Angestellten in der Industrie arbeiten in diesem Bereich. Zur Erfüllung des Fünfjahrplans 1981 – 85 wird mit ihrer Arbeitskraft gewuchert.

Mit der „Schlüsseltechnologie“ Mikroelektronik könne „ein hoher Anteil des in den 80er Jahren erforderlichen Leistungszuwachses“ erbracht werden, erklärte der zuständige Minister Otfried Steger im März in einem Interview. Die Mikroelektronik stehe „zu Recht ebenso im Zentrum der langfristigen ökonomischen Strategie unseres Landes wie die mit ihr verbundene elektronische Steuerungs- und Rechentechnik, die Automatisierungstechnik und die Robotertechnik“. Im April verabschiedete der X. Parteitag der SED die Direktive zum neuen Plan. Diese sieht für die Modernisierung der übrigen Industriesektoren und für Energieeinsparungsmaßnahmen besondere Leistungssteigerungen der elektrotechnischen Industrie vor.

Während der jährliche Zuwachs der industriellen Warenproduktion in der Direktive mit 5,6-6% festgelegt ist, soll der geplante Zuwachs in der Elektrotechnik/Elektronik 9,3 – 9,6% betragen. Bis 1985 sollen 40000 – 45000 Industrieroboter gebaut werden; neue Werkzeugmaschinen sollen überwie-

gend mit numerischer Steuerung ausgerüstet werden; zur Senkung des zu hohen Verwaltungsaufwands müssen EDV-Anlagen und Bürocomputer zur Verfügung stehen, und der energetische Wirkungsgrad elektrotechnischer Produkte soll gesteigert werden.

Letzteres gilt nicht nur für Waschmaschinen und Elektroherde, die zu viel Energie verbrauchen (laut DIW 20-30% über westlichem Standard), sondern auch für den Elektromaschinenbau: Da die DDR ihren Bedarf an Gleichstrommotoren nicht decken kann, soll der Wirkungsgrad der in Gebrauch befindlichen Elektromotoren durch Einbau mikroelektronischer Vorschaltwiderstände verbessert werden. Diese Notlösung mag zwar bessere Energieausbeute bewirken, erfahrungsgemäß steigt aber die Fehlerhäufigkeit bei in solcher Weise angesteuerten Motoren.

Mit dem Einsatz numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen soll eine höhere Produktivität erreicht werden. Von den bisher produzierten 5000 NC-Maschinen sind 2000 in der DDR im Einsatz. Auch die Zahl der aufgestellten EDV-Anlagen ist bescheiden, 600 sind es 1980. Mikroprozessoren werden seit 1978 produziert, im Jahr davor wurde in Dresden ein Zentrum für Forschung & Technologie der Mikroelektronik mit 7000 Beschäftigten gegründet.

Daß die modernen Technologien im benötigten Umfang in der eigenen Industrie zum Einsatz kommen, ist unwahrscheinlich. Über die Hälfte der Produktion der elektrotechnischen Industrie geht in den Export, bei Robotron sind es über 70%, bei Zeiss (wo nicht nur Feldstecher, sondern auch Anlagen zur Produktion von Mikroelektronik hergestellt werden) 80%. So bezahlt die DDR ihre Rohstoffimporte aus der Sowjetunion mit EDV-Anlagen, elektronischer Rechentechnik und automatischen Telefonzentralen.

Guatemala

Wichtige Erfolge des bewaffneten Widerstandes

Im Januar dieses Jahres kündigten drei guatemaltekeische Guerillaorganisationen – „Guerillaheer der Armen“, „Revolutionäre Organisation des bewaffneten Volkes“ und „Guatemaltekeische Arbeiterpartei“ – in einer gemeinsamen Erklärung an, „die politischen und militärischen Schlachten im Lande noch mehr zu verstärken, um den Volkskrieg, dem sich bereits beträchtliche Teile der Bevölkerung angeschlossen haben, bis zur endgültigen Niederlage der Regierung von Lucas García und der Errichtung der revolu-

tionären demokratischen Volksregierung zu fördern“. Ende Oktober errangen sie innerhalb weniger Tage die bisher größten militärischen Erfolge. Nach bereits erfolgreichen Überfällen auf zwei Provinzhauptstädte griffen über 200 Guerillas die Hauptstadt der Provinz Solola, nur 140 km westlich von Guatemala-Stadt, an, töteten den Gouverneur, den Polizeichef und acht Soldaten und erbeuteten Waffen, Munition und Uniformen in großer Zahl.

Die einheimische und ausländische Reaktion ist zutiefst beunruhigt und spricht bereits von einer „Guerillatätigkeit wie in El Salvador vor einem Jahr“ (nach FAZ 25.8.). Das Regime García, dessen Geheimdienst sich bester Beziehungen zum westdeutschen Bundesnachrichtendienst rühmt, reagiert blindwütig. Fast täglich veranstaltet die Armee blutige Massaker, denen seit dem Sturz der einen unabhängigen Kurs steuernden Regierung Arbenz vor 25 Jahren insgesamt über 70 000 Guatemalteken zum Opfer fielen, Gewerkschafter, Studenten, Lehrer, Priester, vor allem aber Bauern und Landarbeiter, die den Großteil der überwiegend indianischen Bevölkerung bilden.

Doch der Terror treibt dem organisierten Widerstand fast täglich neue Kräfte zu. Anders als noch vor wenigen Jahren können die Guerillaorganisationen zahlreiche bewaffnete Propagandaaktionen durchführen, Dorfbesetzungen und Hinrichtungen besonders verhaßter Vertreter der herrschenden Klasse. Zehntausende indianischer Campesinos bestreikten im letzten Jahr die Zuckerrohr- und die Kaffeernte (Kaffee ist das Hauptexportprodukt Guatemalas; die BRD ist nach den USA zweitgrößter Importeur guatemalteken Kaffees). Auf die Vertreibung von fortschrittlichen Priestern bei Quiché antworteten Hunderte von Campesinos mit einer Flugblattaktion und der Blockade aller Straßen.

Bolivien

Forderungen der Gewerkschaftsbewegung

„Grundätzlich keine schlechten Chancen“ für Kapitalexpert nach Bolivien versprach jüngst der Geschäftsführer der (west-)deutsch-bolivianischen Handelskammer westdeutschen Interessenten. „Lohnend“ sei insbesondere das Engagement „beim Abbau von Erzen wie Zinn, Blei und Silber“ (Handelsblatt 26.10.). Unmittelbar zuvor hatte die bolivianische Militärjunta die Umwandlung „unprofitabler“ Staatsbetriebe in Privatbetriebe angekündigt. Die größten Minen Boliviens, die nun, so muß man befürchten, für das impe-



Juli 1980: Trotz heftiger Gegenwehr können die Arbeiter und Bauern den Militärputsch nicht verhindern.

rialistische Kapital freigegeben werden sollen, waren seit dem bewaffneten Aufstand der Arbeiter und Bauern 1952 verstaatlicht. Mit der „Lockerung“ erfüllt die Junta eine weitere der Forderungen, die die Imperialisten bei einer IWF-„Inspektion“ im September stellten. Für einen Kredit von 200 Mio. \$, den Bolivien beantragt hatte, um den laufenden Schuldendienst von 180 Mio. \$ pro Halbjahr zahlen zu können, verlangen sie u.a. die Abwertung des Peso, Streichung von Staatsausgaben und einen weiteren Lohnstopp.

„In dieser Stunde der schweren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise ist ein Dialog auf einer realen Grundlage, in voller Freiheit und ohne Ausklammerung erforderlich.“ Nach der Auswechslung der Junta im August unterbreitet der Gewerkschaftsbund COB dem neuen Präsidenten Torrelío Villa das Angebot, den Kampf gegen die imperialistische Ausplünderung des Landes zu führen. Sofort nach dem Putsch im Juli 80 war die COB, die zusammen mit den angeschlossenen Bauernverbänden 1 Million Mitglieder bei einer Bevölkerung von 5,6 Mio. organisierte, verboten worden, Tausende ihrer Funktionäre wurden verhaftet oder ermordet. Der Gewerkschaftsbund konnte sich jedoch reorganisieren und im September zehn Forderungen veröffentlichen, die seine Grundlage für Verhandlungen mit der Junta sind: Generalamnestie; Achtung der gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte; Achtung der Menschenrechte; Aufhebung aller restriktiven Maßnahmen; Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Arbeiter; Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit; Wiedereinstellung der aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen entlassenen Arbeiter; Achtung der Autonomie der Universitäten; Einhaltung der Verfassung; Schutz der Bodenschätze des Landes.

Keine dieser Forderungen hat die neue Junta trotz anfänglicher Versprechungen bisher erfüllt, im Gegenteil; auch sie hat z.B. den seit dem Putsch verhängten Lohnstopp nicht aufgehoben, die Löhne sind bei einer Inflation von inzwischen vermutlich 60% weitgehend entwertet. Doch die Arbeiterbewegung erstarkt. Fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung der COB-Minimalplattform verabschieden die Arbeiter der größten Kupfermine eine Erklärung, in der sie eine die Inflation ausgleichende Lohnerhöhung, die Anerkennung der Gewerkschaften, die Freilassung aller verhafteten Gewerkschaftsführer und die Amnestie für die im Exil lebenden Gewerkschafter fordern.

UdSSR/Äthiopien

Ihr liefert Kaffee, wir Maschinen

Hand in Hand mit der militärischen Einmischung am Horn von Afrika haben die sowjetischen Sozialimperialisten sich in Äthiopien wirtschaftlich festgesetzt. Für den mit sowjetischer Hilfe errungenen (vorläufigen) Sieg im Ogaden-Konflikt mußte sich das äthiopische Militärregime im Herbst 1978 mit einem „Freundschaftsvertrag“ und einem „Wirtschaftsabkommen“ revanchieren. Um die Beteiligung der anderen RGW-Länder am Äthiopien-geschäft abzustimmen, setzte der Exekutiv Ausschuß des RGW Ende 1978 die „Frage der Zusammenarbeit mit Äthiopien“ auf die Tagesordnung, eine Premiere.

Seit 1979 ist der sowjetisch-äthiopische Handel in beiden Richtungen auf rund das 40fache gestiegen, bei anhaltend hohem Defizit zuungunsten Äthopiens, das nur etwa ein Fünftel seiner Importe aus der UdSSR durch

Exporte finanzieren kann. Für den Rest wird es sich verschulden müssen. Äthiopien ist jetzt der wichtigste schwarzafrikanische Handelspartner der Sowjetunion, 1977 lagen noch Ghana, Angola und Guinea höher. Allerdings hat dieser enorme Anstieg von sehr niedrigem Niveau aus begonnen. Noch 1979 lagen die sowjetischen Exporte nach Äthiopien (knapp ein Zehntel der Gesamteinfuhr des Landes) etwas niedriger als die der BRD. Inzwischen haben die Sozialimperialisten die andere Supermacht vom ersten Platz verdrängt.

Auch der Kapitalexport (gewöhnlich in Form von Krediten für „Objekte der technischen Zusammenarbeit“) kommt in Gang. Für Anfang 1979 nennt die sowjetische Statistik 25 solche Objekte. Darunter ist u.a. auch der Bau einer Zementfabrik mit 600000 t Jahresleistung vereinbart worden. Unter den erfreulichen Wirkungen solcher

Kredite für den „Export der sozialistischen Länder“ führt eine sowjetische Fachzeitschrift erhöhte „Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt“ auf.

99% aller äthiopischen Ausfuhren in die UdSSR entfielen 1979 auf das „traditionelle“ Exportprodukt Kaffee (in etwa zu den – ungünstigen – Weltmarktpreisen), während die Sowjetunion – außer Waffen – hauptsächlich Maschinen und Fahrzeuge liefert. Die sowjetische Zeitschrift „Außenhandel“ sieht Ursachen und Folgen solcher Arbeitsteilung so: „Dank der Nutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung, die infolge der spezifischen natürlichen und anderen Bedingungen entstanden sind, (ist) der Import aus den Entwicklungsländern für die Sowjetunion von relativ großer volkswirtschaftlicher Bedeutung“. Die ganze Würze dieser neokolonialen Theorie liegt in den beiden Wörtchen „und anderen.“

Wahlberechtigten nicht an die Urnen.

In der gegenwärtigen Etappe des Guerillakriegs konzentriert sich die NPA neben Überraschungsangriffen gegen kleine Regierungstruppenteile, Überfälle zur Waffenbeschaffung usw. auf die Organisation der Bauernmassen. In einem Gespräch mit der amerikanischen kommunistischen Zeitung „Unity“ schildert ein Bauer die Produktionsverhältnisse auf dem Land: „Es ist Feudalismus. Wir arbeiten den ganzen Tag auf dem Feld, aber der Grundbesitzer streicht das Geld ein. Er lief durchs Dorf, um seinen Teil an der Ernte zu verlangen. 50% und mehr, denn er betrog uns mehr als einmal. Anfang der 70er Jahre schickte die NPA einen Trupp in unseren Barrio (Weiler), um hier eine Bauernvereinigung aufzubauen. Wir forderten niedrigere Pacht ... Später fiel eine kleine Einheit der PC (Bürgerkriegspolizei, d. Red.) in einen Hinterhalt der NPA, gleich außerhalb des Dorfs. Nachher tat es dem Grundbesitzer leid, daß er die Pacht nicht gesenkt hat. Heute kann er sich hier nicht mehr sehen lassen.“

Indem die NPA die Bauern für Sofortforderungen auf dem Weg zur Landreform zusammenschließt und ihre Kämpfe bewaffnet unterstützt, hat sie sich in weiten Landgebieten fest verankern können. In den einzelnen Barrios werden Dorfkomitees gebildet, die den Kampf gegen die Grundbesitzer und Wucherer führen und die Unterstützung der Guerilla organisieren. Rund 800000 Bauern wären Anfang 1980 organisiert. Im August/September 1980 beteiligten sich auf der Insel Samar 11000 arme und mittlere Bauern aus 116 Barrios an einer antifeudalen Kampagne. Ergebnis: Senkung der Pacht auf Reisland um 50%, auf Kokosnußplantagen um 31%; Erhöhung der Landarbeiterlöhne um 56%. Im Cagayan-Tal auf Nordost-Luzon haben kürzlich 252 Pächter den Anteil des Großgrundbesitzers an der Ernte

Philippinen

US-Marcos-Diktatur kann Neue Volksarmee weder zerschlagen noch isolieren

Im letzten Januar hat der philippinische Präsident Marcos nach mehr als acht Jahren das Kriegsrecht aufgehoben. Dazu hat sich Marcos freilich mit so weitreichenden Notstandsvollmachten ausgestattet, daß er das bisherige Terrorregime ungebrochen fortsetzen konnte. Das Kriegsrecht hatte er im September 1972 mit dem erklärten Ziel ausgerufen, die von der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) geführte Neue Volksarmee (NPA) zu zerschlagen. Die Aufhebung des Kriegsrechts und die Durchführung von Präsidentschaftswahlen im Juni wiederum sollten dem Regime den Anschein einer demokratischen Legitimation verschaffen. Weder das eine noch das andere ist geglückt.

1972 kämpfte die 1969 gegründete NPA im wesentlichen erst auf der Hauptinsel Luzon. Trotz verschiedener Rückschläge in den ersten Jahren des Kriegsrechts hat sie seit Mitte der 70er Jahre ihr Operationsfeld auf den größten Teil des aus mehr als 7000 Inseln bestehenden Archipels (48,4 Mio. Einwohner auf einer Fläche von 300000 qkm, ein Fünftel mehr als die BRD) ausdehnen können. Von 1977 bis 1980 hat sie die Zahl der Guerillakämpfer verdoppelt (auf mindestens 5000 bis 7000 Mann) und die Zahl ihrer Gewehre vervierfacht. 29 taktisch weitgehend unabhängig voneinander operierende Guerillafronten kämpfen heute in 47 der 73 Provinzen. Im letzten März schätzte die NPA, daß etwa 6

Mio. Menschen in den Landgebieten den Kampf aktiv unterstützen.

Die CPP und die Nationaldemokratische Front NDF, in der neben den Kommunisten verschiedene, ursprünglich legale Massenorganisationen zusammengeschlossen sind, waren von Anfang an für Boykott der Präsidentschaftswahlfarce eingetreten. Am 9./10.5. kamen 170 Delegierte von 43 Organisationen zusammen und riefen zum Boykott auf. Insgesamt 17000 Menschen beteiligten sich an Kundgebungen dieser „Volksbewegung für Unabhängigkeit, Nationalismus und Demokratie“. Trotz Wahlpflicht und Androhung von Geld- und Haftstrafen gingen schließlich mehr als ein Drittel der



NPA-Kämpfer und Dorfkomitee führen eine Bauernversammlung durch

von 50% auf 25% herabgesetzt. 20000 Bauern aus dem Tal demonstrierten im Januar in der Provinzhauptstadt gegen das Kriegsrechtsregime.

Gleichzeitig entwickelt sich die Massenbewegung in den Städten. Von 1972 bis 1978 ist der Reallohn der Industriearbeiter um 39% gedrückt worden. Die brutale Lohnsenkung ist ein Kernstück von Marcos' „Neuer Gesellschaft“. Nach diesem neokolonialen Konzept, das die US-Imperialisten den Philippinen mit allerlei IWF- und Weltbankendruckungen aufgezwungen haben, ist der „traditionelle“ Export billiger Agrarprodukte durch Aufbau von Niedriglohnindustrien, ebenfalls für den Export, „ergänzt“ worden. Nach Angaben des Arbeitsministeriums beteiligten sich allein vom 17.1. bis 28.5. 81 fast 50000 Arbeiter an 138 Streiks, von denen 52 von vornherein illegal waren, weil sie in „lebenswichtigen“



Kämpfer der Neuen Volksarmee

Betrieben durchgeführt wurden. Auf einer Maikundgebung, an der in Quezon-City bei Manila 40000 teilnahmen, faßten die Arbeiterorganisationen ihre

Forderungen zusammen: Uneingeschränktes Streikrecht, Erhöhung des Mindestlohns auf 50 Pesos (13,64 DM) täglich, Preissenkung für Grundnahrungsmittel, Freilassung der verhafteten Gewerkschafter und anderen politischen Gefangenen, wirkliche Landreform, Sturz der US-Marcos-Diktatur, Beendigung der US-Herrschaft über die Philippinen.

Nach dem erzwungenen Rückzug aus Indochina unterhalten die US-Imperialisten in ihrer ehemaligen Kolonie (1898–1946) ihr letztes Bollwerk in Südostasien. In Subic Bay befindet sich das Hauptquartier der VII. US-Flotte (für Pazifik und Indik), Clark Air Base ist der größte US-Luftwaffenstützpunkt außerhalb der USA. Die Bastion ist unter Beschuß, wenn es auch nach Auffassung der philippinischen Kommunisten noch Jahre dauern wird, bis der Feind endgültig geschlagen ist.

Dokumente der philippinischen Revolution

10-Punkte-Programm der Nationalen Demokratischen Front (verabschiedet am 24.4.73, bestätigt am 12.11.77)

1. Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte zum Sturz der US-Marcos-Diktatur und Bildung einer Koalitionsregierung, die auf einem wirklich demokratischen System der Repräsentation basiert.

2. Anprangerung und Bekämpfung des US-Imperialismus, des Hintermanns bei der Errichtung der faschistischen Diktatur; Kampf für die Annullierung aller ungleichen Verträge und Abkommen mit dieser imperialistischen Macht; Nationalisierung ihres gesamten Besitzes im Land.

3. Wiederherstellung aller demokratischen Rechte des Volkes wie der freien Meinungsäußerung, der Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, der Freizügigkeit.

4. Gewinnung jeder möglichen politischen und materiellen Unterstützung für die bewaffnete Revolution und den illegalen Widerstand gegen die US-Marcos-Diktatur.

5. Unterstützung eines wirklichen Reformprogramms, das die Bauern von feudaler und halbfeudaler Ausbeutung befreit und durch ihre Kooperation die landwirtschaftliche Produktion steigert.

6. Verbesserung des Lebens des Volkes, Garantie des Rechtes auf Arbeit und Schutz des nationalen Kapitals gegen ausländisches Monopolkapital.

7. Förderung einer nationalen, wissenschaftlichen und Massenkultur, Kampf gegen die imperialistische, feudale und faschistische Kultur.

8. Unterstützung der nationalen Minderheiten insbesondere auf Mindanao und in den Bergprovinzen in ihrem Kampf für Selbstbestimmung und Demokratie.

9. Bestrafung der Häuptlinge der faschistischen Marcos-Bande nach einem öffentlichen Gerichtsverfahren wegen ihrer Verbrechen gegen das Volk; Konfiskation ihres gesamten unrechtmäßig erworbenen Vermögens.

10. Zusammenschluß mit allen Völkern, die gegen Imperialismus und Reaktion kämpfen, und Gewinnung ihrer Unterstützung für den revolutionären Kampf auf den Philippinen.

Kampf in einem gebirgigen Inselreich

„... Der Volkskrieg in einem Land, das aus so vielen Inseln besteht wie unseres, ist außerordentlich schwierig und kompliziert. Im gegenwärtigen Stadium, wo wir zunächst den Guerillakrieg auf das ganze Land auszudehnen versuchen, mußte die zentrale Führung immer wieder neue organisatorische Maßnahmen ergreifen, um die Rolle der regionalen Partei- und Armeeorganisationen genügend zu berücksichtigen. Das ist nur ein Ausdruck des Problems. Bewaffnete Propagandateams und erste Guerillaverbände, zersplittert in ausgedehnten Gebieten, sind ständig von der Zerschlagung bedroht. Das ist ein anderer Ausdruck des Problems.“

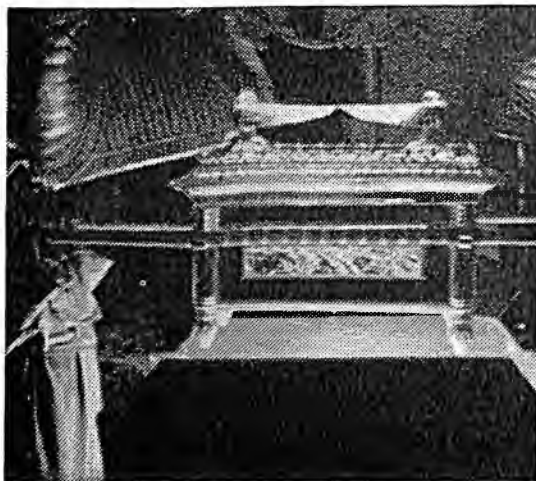
Ohne Zweifel hat der Kampf in einem Inselreich wie den Philippinen anfangs große Nachteile für uns. Seitdem sich die zentrale Führung in einem entlegenen Teil Luzons niederlassen mußte, gibt es – auch in absehbarer Zeit – keine Alternative zur Politik der zentralisierten Führung und dezentraler Operationen. Wir müssen im ganzen Land Kader verteilen bzw. herausbilden, die in der Lage sind, selbst die Orientierung zu finden und die Initiative zu behalten nicht nur in kurzen Berichtszeiträumen von ein oder zwei Monaten, sondern auch in Zeiträumen von zwei oder mehr Jahren, falls der Feind seine Verbände auf einer Insel oder an einer bestimmten Front konzentriert oder eine Blockade errichtet ... In einem kleinen Land wie den Philippinen oder

auf einer Insel wie Luzon wäre es tollkühn, wenn die zentrale Führung sich in einem begrenzten Gebiet verbergen, die begrenzten Kräfte der Partei und alle Anstrengungen dort konzentrieren und folglich den Feind einladen würde, seine



Kräfte dort zu massieren ... Auf lange Sicht hingegen wird sich die Tatsache, daß unser Land aus vielen Inseln besteht, als großer Vorteil für uns und großer Nachteil für den Feind erweisen. Denn er wird gezwungen sein, seine Aufmerksamkeit und seine Truppen aufzusplittern nicht nur auf die Landgebiete, sondern auf so viele Inseln zugleich. Dieser große Vorteil wird sich dann erweisen, wenn wir den Guerillakrieg erfolgreich aufs ganze Land ausgedehnt haben und zumindest auf Luzon oder auch auf Mindanao an der Schwelle zum regulären Bewegungskrieg stehen ...“

(Amado Guerrero, ZK-Vorsitzender der KP der Philippinen: Besonderheiten des Volkskriegs auf den Philippinen, verfaßt 1974; Hrsg. International Association of Filipino Patriots, Oakland (USA) 1979)



Jäger des verlorenen Schatzes

Hitler und die Bundeslade: Actionfilm verbreitet mythische Geschichtserklärung

Der Regisseur Steven Spielberg („Der weiße Hai“, „Die unheimliche Begegnung der dritten Art“) über seinen Film: „Man darf ‚Jäger des verlorenen Schatzes‘ nicht als historisch getreues Zeitdokument mißverstehen, es ist einfach exotische Unterhaltung, unheimlich packend, spannend und mit einem Hauch von Zauberei arrangiert ...“ Die Zeitschrift *Newsweek* findet: „... eine unheimliche Mischung aus kindlicher Naivität und stilistischer Qualität.“ Der Film soll derzeit der meist gesehene Film in den USA sein.

Die „Jäger“ des Films sind ein amerikanischer Professor der Archäologie, ein französischer Archäologe und eine Gruppe von Nazis. Sie jagen in mörderischer Konkurrenz nach der verschollenen Bundeslade des Alten Testaments. Die Jagd geht von Nepal über Kairo und die Sahara ans Mittelmeer und von dort auf eine Insel. Durch den Ortswechsel erreicht der Regisseur einen jeweils in sich geschlossenen Sinnzusammenhang der Actionszenen. Ähnlich wie bei einer Serie bleibt die Spannung erhalten. Was hat es mit diesem „Hauch von Zauberei“ auf sich? Die Bundeslade des Alten Testaments ließ nach der Erzählung der Bibel Moses herstellen und in diese die beiden Gesetzestafeln mit den zehn Geboten legen. Die israelischen Stämme trugen die Bundeslade vor sich her, wenn sie Krieg führten. Die Lade war der Sitz des „Gottes der Heerscharen“. Die Lade sollte

Schrecken unter den Feinden hervorrufen und sie in die Flucht schlagen. Diese Bundeslade ist seit der Zerstörung des Salomonischen Tempels 586 vor unserer Zeitrechnung verschollen. Damit die ganze Suche nach der Lade einen filmfüllenden Sinn bekommt, wird im Film behauptet, die Bundeslade würde eine Armee, vor der sie hergetragen wird, unbesiegbar machen. Hitler ließe sie in Ägypten suchen, weil er sie für seine Weltherrschaftspläne brauchte. Das wollte der US-Geheimdienst verhindern und schickte einen Agenten, den Professor, los. Die Filmhersteller bringen also als Triebkraft für die Ereignisse die Annahme ein, daß göttliche, magische Kräfte in der tatsächlichen Geschichte wirken. Mit dieser Grundkonzeption knüpfen sie an reaktionäre Weltanschauungen an, die die Entstehung der Welt durch einen Schöpfungsakt erklären und das Einwirken übernatürlicher Kräfte in der tatsächlichen Geschichte behaupten. Auf der Grundlage dieser mythischen Geschichtserklärung, die Hitler nach der Bundeslade fahnden läßt, weil sie die Unbesiegbarkeit für die Kriegsführung verleiht, erlebt dann der Zuschauer die Abenteuer des Archäologieprofessors, der sich mit Nilpferdepeitsche und Revolver auf die Jagd macht.

„Exotische Unterhaltung?“ Alles, was in Filmen Gänsehaut und Schocks bewirken kann, ist in dem Film zusammengetragen: Taranteln und Schlangen die Menge, bluttrie-

fende Totenköpfe, abbrechende Gesteinsvorsprünge, an denen der Held hängt, und dergleichen mehr.

Was verabreicht der Film unter dem Vorwand „kindliche Naivität“? Zum Beispiel: Die deutsche Wehrmacht sichert in voller Uniform und allen Waffen in Ägypten den Abtransport der Bundeslade. Einen ägyptischen Staat gibt es offensichtlich nicht. Die deutsche Wehrmacht kann schalten und walten, wie es ihr paßt. Solche kolonialen, imperialistischen Vorstellungen als dem Kind und seiner Abenteuerlust zugehörig zu unterschieben, als ganz natürliche Ansichten zu verbreiten, dazu ist der Film sicher ein gewichtiges Mittel. Als am Schluß die Nazis die Bundeslade öffnen und fürchterliche Geister sie wie in einem heißen Wirbelsturm schmelzen lassen, erscheint über der Insel eine Art Atombombenpilz. Der Feind ist vernichtet, der Held und seine Freundin haben bei der Geistererscheinung die Augen geschlossen gehalten und deswegen überlebt. Mit Gottes Hilfe werden wir die Feinde schon kleinkriegen, wobei das heute natürlich andere Feinde sind. – Damit der nächste „Jäger“-film im kommenden Jahr anlaufen kann, fliegt der Deckel der Bundeslade, nachdem er einige Kilometer in die Luft geschleudert worden ist, am Schluß des Films wieder haargenau auf die alte Stelle zurück. Die Bundeslade ist unversehrt in einer US-amerikanischen Lagerhalle abgestellt worden.

Viel Geld für wenig Action

„Auf dem Highway ist die Hölle los“ – der Titel verspricht Action, spannende Verfolgungsjagen, Kunststücke in der Beherrschung hochgezüchteter Automobile. Das alljährliche (illegale) „Cannonball“-Autorennen, bei dem hunderte Rallyeteams 3000 Meilen von New York nach Los Angeles rasen und den überall postierten Polizeistreifen zu entkommen suchen, liefert den Rahmen für die Filmhandlung, die mit Hollywood-Stars garniert ist. Die Spekulation auf die motorbegeisterte Jugend mit dem Reiz des Abenteuers und der Freiheit geht auf; der Film hat volle Häuser. Dabei ist er in seiner Gattung einer der schlechten. Die dürftige Filmhandlung ist zusammengeschludert aus lahmen Action-Szenen und langweilig gefilmten Verfolgungsjagen, Kalauern und Anspielungen von der Art: „Hallo Süße! Hat unter deinem Rennoverall noch ein Führerschein Platz?“ Dramatische Höhepunkte fehlen; der Regisseur hat auch die Endphase des Rennens zu einer Klamotte verunstaltet. Wer Action erwartet hat, kommt nicht auf seine Kosten. Die Gags sind eine schlechte Imitation der Bond-Filme: Fallschirmabsprung mit Motorrad, eingebauter Nebelwerfer im Rallyewagen zum Abhängen der Polizei, japanische Automobilkonkurrenz mit computergesteuertem Raketenwagen. Als Zielscheibe der Filmwitze muß u.a. ein „Ölscheich“ herhalten, der im Rolls Royce das Rennen fährt und unter den Rennfahrermiezen Zuwachs für seinen Harem sucht.

Subtil Chauvinistisches für die Jugend

Was tun, wenn die Generation der Umsiedler aus Polen, der CSSR usw., die der westdeutschen Bourgeoisie immer als lebende Zeugen angeblicher „Verbrechen“ der osteuropäischen Völker und als lebende Wahrer großdeutscher Ansprüche herhalten mußte, auszusterben beginnt? Wer kann dann ihre „Erfahrungen“, ein Gemisch aus großdeutschem Chauvinismus, faschistischer Herrenrassenideologie und persönlicher Tragödie, an die nächste und übernächste und überübernächste Generation weitergeben, um die Ansprüche auf „Heimkehr“ lebendig zu erhalten? dtv-pocket hat

jetzt ein Jugendbuch herausgegeben über „Die Vertreibung einer Familie“ aus der CSSR. Der Ich-Erzähler, die damals sechsjährige Liese, ist der Beteiligung an faschistischen Verbrechen natürlich ganz unverdächtig, unverdächtig erscheinen also auch ihre Erlebnisse der penetrant „Vertreibung“ genannten Umsiedlung ganz allgemein und mit „den Tschechen“ im besonderen. Da ist der Junge Jaroslav, der die kleinen deutschen Kinder zankt und sie – für Liese unbegreiflich – „Nazischweine“ schimpft. Da ist ein Partisan, der ein 13jähriges deutsches Mädchen vergewaltigt. Da sind Bauern, die ganz harmlose deutsche Männer im Wald erschießen. Da ist ein Soldat, der auf dem Transport zur Grenze erst Lieses Großmutter und dann ihrer Mutter den Mantel abnimmt. Da ist dann auch ein „netter“ Tscheche, der mit den Deutschen nichts als Frieden „wahren“ will, aber er ist nicht nur Ausnahme, sondern läßt zugleich um so unverständlicher erscheinen, daß die anderen den Frieden nicht „wahren“ wollen. Der Eindruck jedenfalls ist überwältigend: Womit hat die „deutsche Volksgruppe“ in der Tschechoslowakei ihr Schicksal nur verdient?

A. Schwarz, Wir werden uns wiederfinden, dtv pocket, 5,80 DM.

Dick gegen die Erkennbarkeit der Welt

„Ubik“, von dem US-amerikanischen Schriftsteller Dick 1969 veröffentlicht, ist eine starke Zumutung an den Leser. Dieser schlägt sich Kapitel für Kapitel mit der unbegreiflichen Geschichte einer Firma herum, die ihre Dienste als eine Art Privatpolizei gegen böse Mächte anbietet. Diese werden von ihren Leuten, ebenfalls mit übernatürlichen Fähigkeiten begabt, unschädlich gemacht. Bei einem Auftrag auf dem Mond gerät ein Team unter Leitung des Chefs in eine Falle. Ab da wird der Leser mit der Unklarheit strapaziert, wer von den beteiligten Personen stirbt, wer ~~hau~~ und wer ganz am Leben bleibt, wer ein Mensch und wer ein Gespenst ist. Alle Anhaltspunkte dafür, was im Roman die Realität ist, werden beseitigt. Der Autor schafft sich so die Bedingungen dafür, über das reine Bewußtsein zu faseln. Dabei kommt er moralisch daher, weil er sich angeblich mit dem Problem befaßt, wieweit Men-

schen den Prozeß des Sterbens anderer Menschen beeinflussen dürfen. Aber das sind nur Vorwände, um ein göttliches Wesen, das Menschen im Leben nicht begreifen können, zu propagieren. In den Vorspannen der Kapitel wird „Ubik“ angepriesen im Stil der Werbung als beliebiges Konsumgut, mal als Frühstücksfloken, mal als Mittel gegen Mundgeruch oder Schlaflosigkeit. In der Handlung erscheint es als übernatürliches Mittel, das gegen den physischen Verfall und gegen die Rückverwandlung in einen früheren rückständigen Zustand wirkt. Es wird als goldflimmerndes Spray angewendet, um den Tod aufzuhalten. Dieser wird dargestellt in der Person Jorys, eines Halblebenden, der die anderen noch nicht ganz Gestorbenen und von ihren Verwandten ab und zu ins Bewußtsein Zurückgeholten aufrißt. Er wird als Verderber, als böses Prinzip dargestellt. Erst ganz am Schluß wird „Ubik“ enthüllt als das gute göttliche Prinzip mit einer Definition, die an die Bibel angelehnt ist. Im letzten Vorspann heißt es: „Ich bin UBIK. Mich gabs schon, bevor es das Universum gab. Ich habe die Gestirne gemacht, ich habe die Welt geschaffen. Ich habe Leben geschaffen und den Raum, in dem es existiert ... Ich bin ich. Ich werde immer sein.“ Der Leser soll beim Glauben enden. Der Roman soll ihn überzeugen, daß dieses Ubik, das Allgegenwärtige, nicht zu begreifen ist, daß der Mensch sich seiner Führung überlassen muß und selber nicht zu irgendeinem vernünftigen erkennbaren Zweck tätig werden kann.

Philip K. Dick, Ubik. Science-Fiction Roman. Suhrkamp Taschenbuch 440, Frankfurt am Main 1977, 8,00 DM



EKD-Denkschrift

„Atomare Mindestabschreckung“: Vorschlag zur Friedenssicherung?

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat am 5.11. die Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ herausgegeben: „Eine tiefgreifende Kontroverse über die Frage, wie Christen dem Frieden dienen sollen, durchzieht auch unsere Kirche ... Zu den wichtigen innerkirchlichen Aufgaben, die sich in dieser Lage stellen, gehört es, die unterschiedlichen Positionen, die in der Diskussion auftreten, miteinander im Gespräch zu halten.“ Bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen, in einer Sache war sich die Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung, die die Denkschrift entwarf, einig: „Sie konnte und wollte es nicht als ihre Aufgabe ansehen, durch eine Stellungnahme zur aktuellen, hochspezialisierten Diskussion um das militärische Gleichgewicht und die Notwendigkeit von Modernisierungen der Rüstung der Blickverengung auf die militärische Dimension der Kriegsverhinderung und Friedenssicherung weiteren Vorschub zu leisten.“ Viele evangelische Christen lehnen den NATO-Aufrüstungsbeschluß ab. Diese Ablehnung zu verstärken, das ist ausgesprochenermaßen die Aufgabe dieser Denkschrift nicht – „keine Blickverengung“!

Auch in einer anderen Sache besteht im Rat der EKD Einigkeit: Die gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse in der Bundesrepublik, die durch die Herrschaft des Monopolkapitals bestimmt sind, bezeichnet die Denkschrift als „eine freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung“.

Zustimmend zitiert die Denkschrift aus den kirchlichen „Heidelberger Thesen“ von 1959: „Die Bürger der westlichen Welt stehen vor dem Dilemma, ob sie die Rechtsordnung der bürgerlichen Freiheit durch Atomwaffen schützen oder ungeschützt dem Gegner preisgeben wollen.“ Und ausdrücklich betont der Rat der EKD: „Die Kirche muß auch heute, 22 Jahre nach den Heidelberger Thesen, die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise anerkennen.“ Vor 22 Jahren ging die Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und die Stationierung von Atomraketen auf dem Boden der BRD. Die evangelische Kirche unterstützte nicht den Kampf gegen die weitere Aufrüstung; für einen „Frieden in Freiheit“ stärkte die EKD die Politik der Atombewaffnung.

Wer schützt insbesondere „den Frieden in Freiheit“? „Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist das Gebot, dem jede politische Verantwortung zu folgen hat ... Das Amt der politischen Verantwortung ist deswegen eine gnädige Anordnung Gottes, in der Gott den Menschen seine Liebe zuwendet, weil es im Dienst dieses Friedensgebotes steht, um der Gewalt und dem Unrecht zu wehren. Von diesem Friedensgebot her empfängt die besondere politische Verantwortung ihren Auftrag, in dem sie gestärkt, aber auch kritisch beurteilt werden muß.“ Denen, die im gnädig angeordneten Amte stehen, gehe es aber nun, behauptet die Denkschrift, wie dem Zauberlehrling, der die Geister rief, aber nicht mehr loswurde: „Mit der zunehmenden waffentechnischen Verfeinerung wird die Gefahr akut, daß Rüstung und militärisches Kalkül sich gegenüber der politischen Zielsetzung selbständig machen. Für die politisch Verantwortlichen wird es immer schwieriger, sich den Forderungen und Zwängen der Rüstungstechnik zu entziehen.“ Diese Beschreibung malt eher das Bild eines Suchtkranken. Mit der tatsächlichen Politik der westdeutschen Imperialisten hat sie nichts zu tun.

Die Rüstungstechnik hat die Politiker im Griff? Wer hat denn den Aufrüstungsbeschluß der NATO an vorderster Stelle gegen andere NATO-Länder durchgedrückt? War das nicht die Bundesregierung? Hat nicht gerade sie gefordert, daß die Neutronenwaffe hermusse? Nach der Aussage der Denkschrift war sie nur durch die Rüstungstechnik getrieben. Weil das nicht so ist, richten große Teile des Volkes in der Bundesrepublik die Forderung an die Bundesregierung, ihre Zustimmung zum NATO-Aufrüstungsbeschluß zurückzunehmen. „Krieg muß als politisches Mittel überwunden werden ... durch keine Absicht oder Begründung kann eine kriegerische Aktion – gleich welchen Ausmaßes – jemals gerechtfertigt werden.“ Mit eben dieser Aussage hat die EKD, ebenfalls Anfang November, die Unterstützung von Befreiungsbewegungen verurteilt. Aber: „Freilich gibt es auch zwi-

schen Nationen wie innerhalb der Staaten Fälle, in denen der Gewalt nur durch Gewalt begegnet werden kann. Die grundsätzliche Verwerfung des Krieges als Mittel zur Lösung von Konflikten steht in einer Spannung zum Recht auf nationale Selbstverteidigung und zum Schutz der Menschenrechte.“

Dabei ist die Denkschrift sicher: „Der Westen“ muß in seiner Politik gegenüber „dem Osten“ „insbesondere auch den Schutz der Menschenrechte einbeziehen“. An dieser Stelle jedenfalls kann die EKD nicht anders, die „Spannung“ hat ihren „gerechtfertigten“ Grund. Die Denkschrift schlägt Schritte für die Friedenssicherung vor. U.a.: „Da Bedrohtheitsvorstellungen die Kriegsgefahr auch erhöhen können, würde ein Verteidigungskonzept, das vorläufig eine atomare Mindestabschreckung gewährleistet, aber seinen Schwerpunkt in typischen Defensivwaffen hätte, die Kriegsgefahr mindern. Dazu bedarf es der Erarbeitung von Kriterien dafür, was zur Abschreckung unerlässlich ist und was über dieses Minimum hinausgeht und verzichtbar wäre.“ „Atomare Mindestabschreckung“: Kann man mit dieser Forderung der weiteren Kriegsvorbereitung der westdeutschen Imperialisten entgegenstehen? Laut NATO ist die Stationierung der Mittelstreckenraketen nur die Antwort auf die vorhergegangene Aufrüstung der Sowjetunion. Ohne die Mittelstreckenraketen sei die Abschreckung nicht mehr gesichert, auf sie könne die NATO nicht verzichten. Mit diesem Vorschlag der EKD-Denkschrift können die westdeutschen Imperialisten gut leben. Oder werden sie etwa nicht jeden weiteren Schritt zur Kriegsvorbereitung als notwendige „Mindestabschreckung“ verpacken?

Friedensvertrag

„Deutschlandvertrag“ und sowjetischer Vorschlag von 1959

Die Spaltung der Antihitler-Koalition und der damit verbundene Bruch des Potsdamer Abkommens (2.8.1945) von Seiten der drei imperialistischen Mitglieder USA, Großbritannien und später Frankreich (s. Pol. Ber. 23/81) hat dem deutschen Imperialismus zur Wiederaufrichtung auf seinem westdeutschen Rest-Territorium verholfen. Hierbei kam bzw. kommt dem Abschluß des sogenannten „Deutschlandvertrags“ (abgeschlossen 1952, erneuert 1954) eine überragende Bedeutung zu: Die christdemokratisch-konservative Reaktion hat ihn als „Vor- und Teilfriedensvertrag“ bezeichnet – und dies aus gutem Grund. Denn durch Abschluß dieses imperialistischen Teilfriedensvertrags zwischen der BRD einerseits und den o.a. drei Mitgliedern der ehemaligen Antihitler-Koalition andererseits war von da an „eine Einigung der vier (Sieger-, Red.) Mächte auf Kosten Deutschlands unter Rückgriff auf Vorstellungen von Jalta und Potsdam“ (1) für alle Zukunft unmöglich geworden. „Auf Kosten Deutschlands“ – das meinte auf Kosten jenes schon in der 1. Regierungserklärung Adenauers lautstark erhobenen „Rechtsanspruchs“ auf ein mindestens in den Grenzen von 1937 wiederhergestelltes Deutschland. Die hierfür ins Auge gefaßte zukünftige Revision der durch das Potsdamer Abkommen festgelegten Grenzen der VR Polen und der UdSSR sowie die Eingemeindung der DDR sind ausdrücklich vereinbartes Ziel der gemeinsamen Politik der Unterzeichner dieses „Deutschlandvertrages“:

„Art. 7 – 1. Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß. – 2. Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“ (2)

Am 9.7.1952 stellt Adenauer im Bundestag daher folgendes fest: „Es ist richtig, daß die Wiedervereinigung in Freiheit nur mit Zustimmung der vier Alliierten, also auch mit Zustimmung Sowjetrußlands, erfolgen kann. Ich bin der Auffassung, daß es klug ist, wenn man sich für diese Politik die Hilfe von wenigstens drei von den vieren zunächst sichert, wie wir das im Deutschlandvertrag tun. Ich glaube, daß es möglich sein wird, im richtigen Augenblick mit Sowjetrußland an den Verhandlungstisch zu kommen, wenn wir die Hilfe dieser Mächte dabei haben ... Ein Gesamtdeutschland, wie es bis jetzt Sowjetrußland in seinen Noten fordert, also ein *neutralisiertes Deutschland*, ein auf dem Boden des Potsdamer Ab-

kommens errichtetes Gesamtdeutschland ist für uns nicht möglich. Wir werden mit Hilfe der drei Westalliierten versuchen müssen, Sowjetrußland von dieser seiner Forderung im Wege der Verhandlungen abzubringen.“ (3)

Die von der Reaktion seit Anbeginn erhobene Forderung nach „Abschluß eines Friedensvertrags mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs“ ist daher nichts anderes als ideologische Kriegsvorbereitung bzw. Propagierung eines Kriegsziels – und zwar ausgegeben als „Streben nach Verhandlungen“ bzw. als „Verhandlungsziel“. Es braucht keinerlei große Phantasie, um sich die Skala der „friedlichen Mittel“ vorzustellen, mit denen die UdSSR zur Unterzeichnung eines solchen *imperialistischen* Friedensdikts gebracht werden soll: Sie reichen von allen Varianten der ökonomischen Aggression über Schürung innerer Widersprüche bis hin zur brutalen militärischen Erpressung. Im Kampf für die Durchsetzung eines *demokratischen* Friedensdikts gegen den westdeutschen Imperialismus wird es daher nützlich sein, sich der von Adenauer zurückgewiesenen Vorschläge bzw. Entwürfe der Sowjetunion zu vergewissern. Im folgenden geben wir absichtlich möglichst umfassend den Entwurf von 1959 wider, in den die beiden vorangegangenen Vorschläge von 1952 bzw. 1954 aufgegangen sind:

In der *Präambel* werden als die beiden Vertragsseiten definiert einerseits die *Alliierten und Assoziierten Mächte*; dies sind die UdSSR, Großbritannien, die USA, Frankreich, Australien, die VR Albanien, Belgien, die Weißrussische SSR, die VR Bulgarien, Brasilien, VR Ungarn, Griechenland, Dänemark, Indien, Italien, Kanada, VR China, Luxemburg, Holland, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, VR Polen, VR Rumänien, Ukrainische SSR, Finnland, CSSR, Föderative VR Jugoslawien und die Südafrikanische Union – also all die „Staaten, die mit ihren bewaffneten Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben“. Als andere Vertragsseite gilt Deutschland, „gegenwärtig vertreten durch die DDR und die BRD“.

Teil I – Politische und Territoriale Bestimmungen. 1. Frieden und friedliche Beziehungen.

Art. 1 erklärt die Beendigung des Kriegszustandes. Art. 2 bestimmt, daß „alle im Vertrag vorgeschlagenen Rechte und Pflichten Deutschlands“ sich beziehen „sowohl auf die DDR als auch auf die BRD“. In Art. 3 erkennen die Alliierten und Assoziierten Mächte die volle territoriale Souveränität Deutschlands an.

Art. 4 – 1. Die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß sie ihre Beziehungen zu Deutschland auf die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Deutschlands, die Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten, den Verzicht auf jede Angriffshandlung, die Gleichheit und den gegenseitigen Vorteil sowie auf die Bestimmungen dieses Vertrags gründen. Deutschland läßt sich in seinen Beziehungen zu allen Ländern von den gleichen Grundsätzen leiten. – 2. Deutschland übernimmt die Verpflichtung, seine internationalen Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln beizulegen, damit der internationale Friede und die Sicherheit nicht bedroht werden. Deutschland verpflichtet sich ferner, sich in den internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Gewaltanwendung gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates zu enthalten und keinem Staat oder keiner Gruppe von Staaten, die den internationalen Frieden und die Sicherheit verletzt haben, Hilfe oder Unterstützung zu gewähren.

Art. 5 – 1. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Militärbündnisse einzugehen, die gegen irgendeinen Staat, der Teilnehmer dieses Vertrags ist, gerichtet sind, sowie nicht an Militärbündnissen teilzunehmen, an denen nicht alle vier alliierten Hauptmächte der Koalition gegen Hitler – die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich – Teilnehmer sind. – 2. Die alliierten und assoziierten Mächte werden die Verpflichtung Deutschlands zur Nichteinmischung an den in Abs. 1 erwähnten Militärbündnissen achten und sich hinsichtlich Deutschlands aller Handlungen enthalten, die eine direkte oder indirekte Verletzung dieser Verpflichtung durch Deutschland nach sich ziehen können. – ... 4. Mit Inkrafttreten dieses Vertrags wird Deutschland – die DDR und die BRD – als von den Verpflichtungen frei betrachtet, die mit der Mitgliedschaft in den Organisationen des Warschauer Vertrags beziehungsweise des Nordatlantikbündnisses und der Westeuropäischen Union verbunden sind.

Art. 6 Deutschland erkennt die volle Gültigkeit der Friedensverträge mit Bulgarien, Ungarn, Italien, Rumänien und Finnland (s. Pol. Ber. Nr. 19, 20, 21, Jg. 1981 – Red.) an ... 2. Grenzen – ... Art. 9 ... In Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen von 1945.

a) verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche bezüglich der ehemaligen deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße, „die der von Deutschland anerkannten Souveränität der VR Polen unterstellt worden sind.“

b) verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche bezüglich der ehemaligen Stadt Königsberg und des umliegenden Gebiets, die der von Deutschland anerkannten Souveränität der UdSSR unterstellt worden sind.

Art. 10 Deutschland erkennt die Ungültigkeit des Münchener Abkommens (1938 – Red.) einschließlich aller sich aus ihm ergebenden Folgen an und erklärt, daß es das Gebiet des ehemaligen sogenannten Sudetengaus stets als unantastbaren Bestandteil des Staatsgebiets der CSSR anerkennen wird.

Art. 11 Deutschland erkennt an, daß das Gebiet Elsaß-Lothringens Bestandteil der Französischen Republik ist ...

3. *Deutschland und Österreich* – Art. 13 – 1. Deutschland erkennt die volle Gültigkeit des Staatsvertrags über die Wiederherstellung des unabhängigen und demokratischen Österreichs vom 15. Mai 1955 (s. Pol. Ber. 12/81) und das darin enthaltene Verbot des Anschlusses an ...

4. *Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen* – Art. 14 – 1. Deutschland verpflichtet sich, alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um zu gewährleisten, daß alle unter deutscher Gerichtsbarkeit stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der Nationalität, der Herkunft oder der politischen Überzeugung die Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen, einschließlich der persönlichen Freiheit, der Freiheit des Wortes, der Presse und der Veröffentlichungen, der Religionsausübung, der politischen Meinung, der Vereins- und Versammlungsfreiheit ...

5. *Politische Parteien und andere Organisationen* – Art. 16 Deutschland wird die freie Betätigung der politischen Parteien und sonstiger Organisationen, mit Ausnahme der in den Art. 13, 17 und 18 genannten Parteien und Organisationen, gewährleisten unter Einräumung des Rechts, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Kongresse und Versammlungen durchzuführen sowie von der Freiheit der Presse und der Veröffentlichungen Gebrauch zu machen.

Art. 17 Deutschland verpflichtet sich, im Hoheitsgebiet Deutschlands das Wiederaufleben, das Bestehen und die Betätigung der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Gliederungen oder der ihrer Kontrolle unterstellt gewesenen Organisationen, einschließlich der politischen, militärischen und halbpolitischen Organisationen, wie auch die Entstehung und Betätigung anderer ähnlicher Parteien und Organisationen, die eine Revision der Grenzen Deutschlands fordern oder territoriale Ansprüche an andere Staaten anmelden, unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung nicht zuzulassen.

Art. 18 Deutschland verpflichtet sich, alle irgendwie gearteten Organisationen – darunter solche von Emigranten –, die sich gegen irgendeine der alliierten und assoziierten Mächte feindselig betätigen, aufzulösen und in seinem Hoheitsgebiet ihr Bestehen und ihre Betätigung unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung nicht zuzulassen. Deutschland wird Personen, die den obengenannten Organisationen angehören, kein politisches Asyl gewähren.

6. *Sonstige Bestimmungen* – Art. 19 Deutschland erkennt das Urteil des Internationalen Nürnberger Militärtribunals und die Urteile anderer Gerichte hinsichtlich der im Statut dieses Tribunals vorgesehenen Verbrechen, die innerhalb oder außerhalb Deutschlands begangen wurden, an.

Art. 20 Deutschland verpflichtet sich, keine wie auch immer geartete Propaganda zuzulassen, die das Ziel verfolgt oder geeignet ist, eine Bedrohung des Friedens zu schaffen oder eine vorhandene Bedrohung zu verschärfen, den Frieden zu verletzen oder zu einem Akt der Aggression zu führen, und zwar einschließlich der Kriegspropaganda wie auch jeder Art revanchistischen Auftretens mit der Forderung nach Revision der Grenzen Deutschlands oder der Anmeldung territorialer Ansprüche an andere Länder.

(Teil II:) Art. 25 legt fest, daß „West-Berlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt auf der Grundlage eines eigenen Statuts“ erhält.

Teil III – *Militärische Bestimmungen*. Art. 26 Deutschland wird über die für die Gewährleistung der Landesverteidigung erforderlichen eigenen nationalen Streitkräfte verfügen (Land-, Luft-, Seestreitkräfte). Art. 27 sieht das Verbot der Indienstnahme von Kriegsverbrechern etc. sowie von Personen, „die während und nach dem Kriege nach Deutschland verschlagen wurden“, vor. Art. 28 verbietet „Besitz, Herstellung, Erwerb und Erprobung von a) Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln aller Art einschließlich der biologischen und der chemischen; b) Raketen und Fernlenkgeschossen aller Art“ sowie der dazugehörigen Lenk- und Abschußanlagen; c) Bombenflugzeugen und d) U-Booten.

Art. 29 verbietet die Herstellung über den o.a. Bedarf hinaus bzw. die Ausfuhr von Kriegsmaterial. Außerdem legt er fest: „Alle ausländischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags aus Deutschland abgezogen sein ... Gleichzeitig mit dem Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland sind alle ausländischen Militärstützpunkte auf dem Hoheitsgebiet Deutschlands aufzulösen. In Zukunft wird Deutschland die Stationierung ausländischer Streitkräfte jeder Art und die Errichtung ausländischer Militärstützpunkte auf seinem Hoheitsgebiet nicht zulassen.“ (4)

Teil IV – *Wirtschaftsbestimmungen* und Teil V – *Reparationen und Restitutionen* regeln verschiedene Fragen wechselseitiger Ansprüche. Teil VI – *Schlußbestimmungen*. Art. 43 Mit Inkrafttreten dieses Friedensvertrags wird Deutschland von allen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen und Abkommen entbunden, die von der Regierung der DDR und der Regierung der BRD vor Inkrafttreten dieses Vertrags abgeschlossen worden sind und im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Friedensvertrages stehen.“ (4)

(1) Ausschuß-Berichterstatte Dr. v. Merkatz / Stenogr. Berichte d. Verhandlungen d. Deutschen Bundestags (3.12.1952), S. 1191

(2) Bundesgesetzblatt (BGBl) 1955 II, S. 305f.

(3) Dr. Adenauer, Stenogr. Berichte d. Deutschen Bundestags (9.7.1952), S. 9799 (Hervorhebungen im Original)

(4) zit. insgesamt aus: „Dokumente zur Pariser Gipfelkonferenz, Bd. II. Die Genfer Außenministerkonferenz 1959 und die Diskussion über die Rechtslage Deutschlands und Berlins. – Hamburg 1960, S. 247ff.

„Reagonomics“

Absichtsvolle Unverschämtheiten über „Reichtum und Armut“

Daß in den USA fast 30 Millionen unter der offiziellen Armuts-grenze dahinsiechen müssen, ist bekannt. Daß die Arbeitslosigkeit in den imperialistischen Ländern neue Rekorde erreicht und mit ihr alle Formen des Elends, können die Bourgeois ebenso wenig leugnen. Wie solche gegensätzlichen Erscheinungen – brutaler Pauperismus auf der einen Seite, unverschämter Reichtum auf der anderen, schwere Krise und Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft – zu einem Programm der weiteren Förderung des Reichtums der Kapitalisten und der weiteren Verelendung der Arbeiterklasse zusammenfassen? Das ist die Aufgabe, die sich der US-Wirtschaftsinstitutsdirektor und Reagan-Chefideologe G. Gilder in seinem Buch „Reichtum und Armut“, seit Jahresanfang „Bestseller“ in den USA und jetzt in der BRD erschienen, gestellt hat. Wie versucht Gilder, seine Aufgabe zu lösen?

Zunächst, indem er kübelweise Dreck über die Armen ausschüttet. „Die Armen von heute ... weigern sich, hart zu arbeiten.“ Dabei sei Plackerei für die Kapitalisten ihre einzige Chance: „Der einzig zuverlässige Ausweg führt immer über Arbeit, Familie und Glauben.“ Arbeit, um sich zu bewähren, Familie, um die Arbeitsleistung zu steigern, Glauben, um trotz aller Widrigkeiten durchzuhalten. Genau das werde den Armen vergällt, von Leuten, die ihnen einbleuten, sie hätten keine Aussicht auf Besserung ihrer Lage und brauchten Wohlfahrtsunterstützung. Dabei seien Arbeitslosengeld, Sozialhilfe usw. auch noch die Quelle von Ehe-zerrüttungen. „Es war doch sonnenklar. Die Ehen zerbrachen nicht am Geldmangel, sondern weil die Höhe der Unterstützung Stellung und Ansehen des Vaters in der Familie erschütterten ... Der Mann bekommt immer mehr das Gefühl, daß die Rolle des Familienvorstandes ihm auf dem langen Weg ... ins moderne Massendasein abhanden gekommen ist, ja, daß der Wohlfahrtsstaat ihm Hörner aufgesetzt hat. Seine Reaktion ... ist jene Mischung aus Resignation und Wut, Aussteigermentalität und Gewalttätigkeit, Kurzsichtigkeit und sexueller Ausschweifung, die so charakteristisch ist für den Lebensstil der Armen.“

Die Schuldigen für diese sündhafte Verlotterung sind also nicht die Kapitalisten und ihre Wirtschaft, sondern „Sozialwissenschaftler ... und führende Regierungsbeamte“, zumeist Angehörige der „absteigenden Oberschicht“. Diese verderben den Armen den Sinn für die Annehmlichkeiten der „produktiven Arbeit“. „Die Vertreter dieser neuen Klasse, wohlbestallt und praktisch unkündbar, finden immer wieder Gläubige für ihre Fiktion, nach der sie mehr für das Volk tun als die Fahrer von neunachsigen Sattelschleppern.“ Besessen von ihrem Haß auf „junge Wissenschaftler und Einzelunternehmer“, die mit ihren tausenden jährlichen Unternehmensneugründungen der Beweis für die ungebrochene Energie des Kapitalismus seien, würden diese „Linksliberalen“ sodann allen Kapitalisten durch Arbeitsschutzvorschriften, Sozialgesetze, Mindestlöhne usw. noch die Beschäftigung dieser Armen zusätzlich verleiden. Viel zu hohe Steuern für „produktive Arbeiter“, vor allem aber auf „erworbenes Einkommen“ der Kapitalisten – zwecks Finanzierung dieser verbeamteten Wohltäter und ihrer Sozialprogramme – würden schließlich allen Kapitalisten das „risikoreiche“ Investieren verleiden; notgedrungen legten so die Reichen ihr Geld in Jachten, Villen, Diamanten und dergleichen widersinniger Schatzbildung an, Produktion und Wachstum stagnierten und hernach leiden am meisten die „produktiven Arbeiter und Unternehmer“, die das alles bezahlen müssen.

So glaubt Gilder, die Falle schließen zu können: Die Kritik an der hohen Steuer- und Abgabenlast soll die beschäftigten Arbeiter gegen die unbeschäftigten aufbringen, besonders gegen die verelendeten Teile. Es reicht schon, wenn es den Bourgeois gelingt, die beschäftigten Arbeiter zur Duldung ihrer wilden Angriffe auf die unbeschäftigten zu veranlassen: Dann können sie erst über die einen herfallen, unter dem Vorwand der Beschaffung „richtiger Arbeit“ für die Armen Sozialversicherung, Schutzrechte beseitigen und dann über die beschäftigten Arbeiter herfallen. Sowieso sind die Kapitalisten die „produktivsten“ und „härtesten“ Arbeiter: „Eine ausgesprochen harte Arbeit ist es, andere zu sinnvoller Arbeit anzutreiben.“

George Gilder, Reichtum und Armut, Verlag Severin und Siedler, 1981, 38.- DM.

Lohnsenkung setzte im öffentlichen Dienst bereits 1980 ein

Für den öffentlichen Dienst, das ergibt wenigstens die Berechnung der für unterschiedliche Lohn- und Gehaltsfälle nebenstehend ausgeführten Beispiele, deutet sich die Tendenz zur Senkung des kaufkräftigen Jahreslohnes bereits von 1979 auf 1980 an. Die Zahlenbeispiele sagen weiter, daß für das Jahr 1982 eine rasante Beschleunigung des Tempos der Lohnsenkung zu erwarten ist, wenn die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten nicht die Kraft zu einer großen und wahrscheinlich bis auf Biegen und Brechen zu führenden Auseinandersetzung finden. Eine solche Auseinandersetzung steuert die Regierung direkt an.

Auch wenn es immer falsch ist, vom Konkreten abzulenken, es hat keinen Zweck zu verschweigen, daß die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten zur Hinnahme einer erheblich wirksamen Lohnsenkung dann genötigt sein werden, wenn die industriellen Gewerkschaften und hier die IG Metall nicht zur Verteidigung des Lohnstandards übergehen, wie er 1980 bestanden hat.

Der gewerkschaftliche Kampf ist nämlich auf die Solidarität der Lohnabhängigen angewiesen, und diese Solidarität wird durch die öffentliche Meinungsbildung selbstverständlich entweder gestärkt oder geschwächt. Auf diese hat eine gewisse Auswirkung, daß die IG Metall ihren letzten Abschluß nicht als notwendige Hinnahme einer Lohnminderung charakterisiert hat, sondern erst hernach festgestellt, dieser Abschluß hätte dazu leider beigetragen, man sei wegen der Inflation hereingefallen.

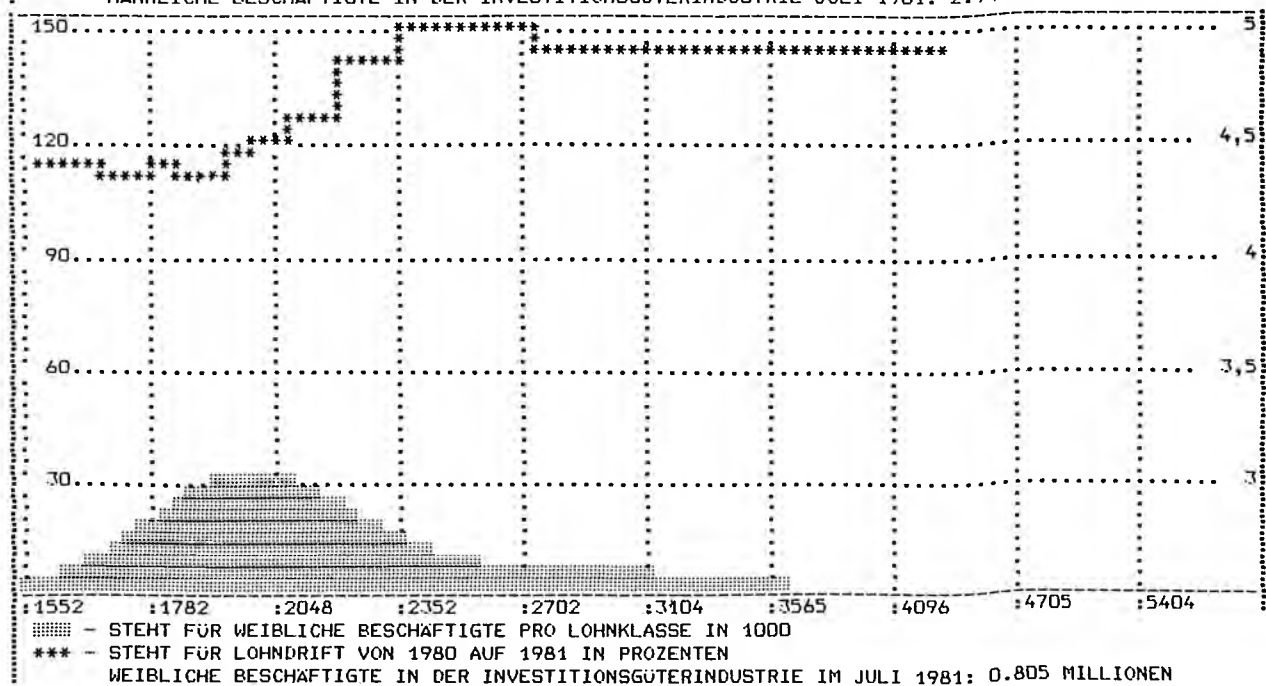
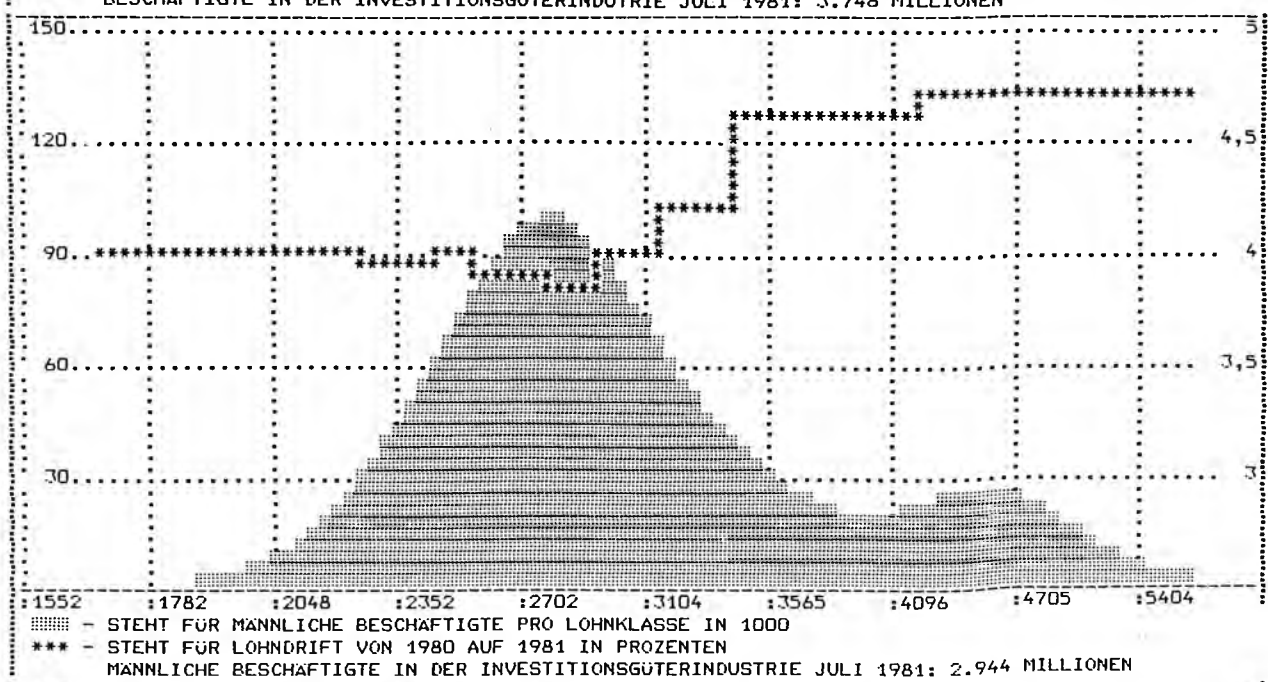
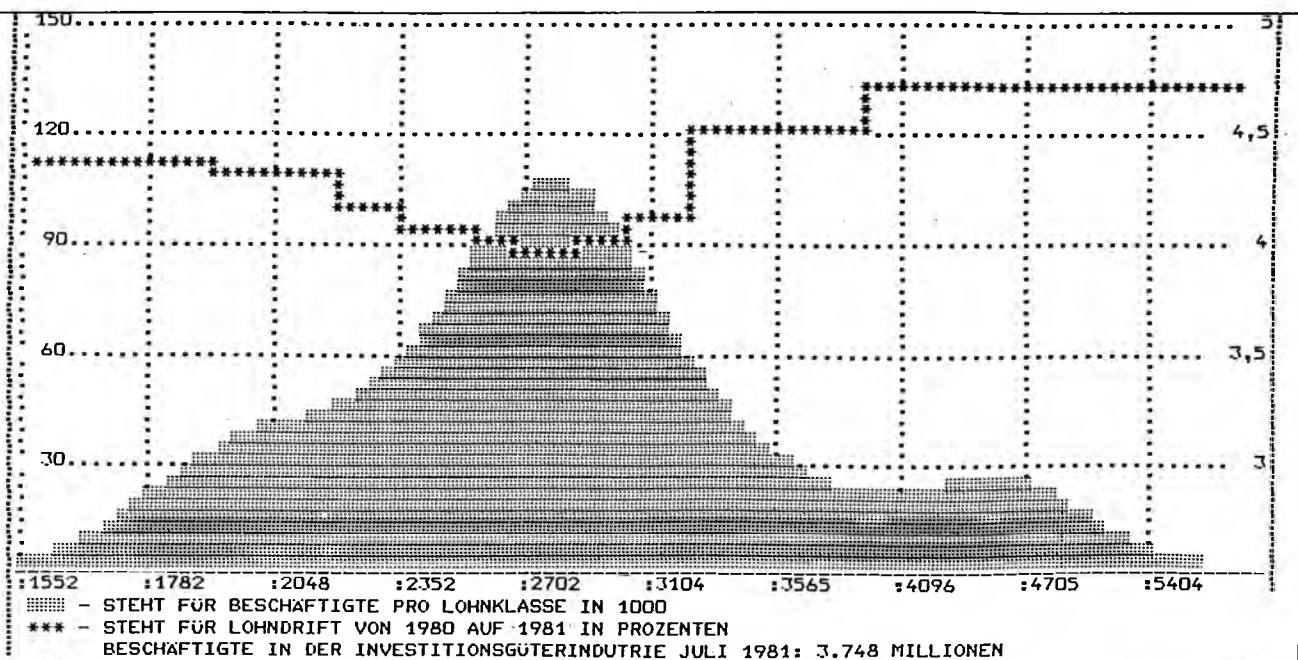
Inzwischen muß man entweder eine Notwendigkeit zur Rücknahme des Lohnstandards zugeben oder aber den Verlust wettzumachen versuchen. Alles andere würde der Logik entbehren, und widersprüchliche Äußerungen ermöglichen nicht die Ausbildung der Gewerkschaftseinheit.

Die Frage, ob und unter welchen Umständen eine Gewerkschaft in der BRD Lohnsenkungen hinzunehmen hat, war bislang immer noch irgendwie durch Umrechnungen, Inflationsseignungshoffnungen usw. zu umschiffen. Das ist inzwischen nicht mehr der Fall. Für die Industrie nicht und für den öffentlichen Dienst auch nicht. Mithin muß in der ganzen Arbeiterbewegung geklärt werden, welcher Maßstab für den Arbeitslohn zu gelten hat. Läßt sich die IG Metall darauf ein, den Lohn für die Arbeiter, die Beschäftigung haben, unter Rücksicht auf die Konjunktur bei Arbeitslosigkeit sinken zu lassen, dann bleibt für den Bereich des öffentlichen Dienstes überhaupt kein Argument mehr übrig. Die Kassenlage der öffentlichen Haushalte ist durch Beschlüsse der entsprechenden öffentlichen Organe zu gestalten. Betrachtet man gegenwärtig die Ausgaben unter Weglassen der Rüstungskosten, kann von Knappheit nicht die Rede sein. So wäre doch zu hoffen, daß der DGB seinen Standpunkt in der Lohnfrage eindeutig in der öffentlichen Meinung klar macht; dafür braucht ein Sozi kein Revolutionär zu werden. Ausreichen würde, wenn die Vertreter der Verkäufer von Arbeitskraft täten, was in der bürgerlichen Gesellschaft ein jeder tut: den Verkaufspreis seines Gutes begründen aus den Gestehungskosten dieses Gutes, d.h. in diesem Falle der Ware Arbeitskraft. Ohne Kampf um die öffentliche Meinung, so wird sich herausstellen, läßt sich der erforderliche Kampf gegen Kapitalisten und öffentlichen Dienstherren nicht durchsetzen.

Zu den nebenstehenden Rechnungen: Zum Vergleich der Kaufkraftentwicklung der Löhne und Gehälter im öff. Dienst wurden jeweils stark belegte Vergütungsgruppen ausgewählt. Die Zugrundelegung von BAT III statt A 12 für einen Grundschullehrer dient der besseren Vergleichbarkeit. — 1978 sind die drei Fälle mit Dienstaltersstufe 4 angesetzt, 1979 Wechsel nach Stufe 5, 1981 nach 6. Die Veränderung ist für Juni 1979 bzw. Juni 1981 angenommen, d.h. in dem Monat, in dem die ab 1.3. gültigen Tarife zum ersten Mal ausgezahlt werden. — Die Auszahlung des Urlaubsgeldes (1978: 150 DM, ab 1979: 300 DM) erfolgt jeweils im Juli. — Das im November fällige 13. Monatsgehalt enthält die Stellenzulage sowie 50 DM für jedes Kind. Bei dem Monatsnetto im November ist der Weihnachtsfreibetrag (bis 1980: 400 DM, danach 600 DM) berücksichtigt, ebenso der Sozialversicherungsfreibetrag von 100 DM. — Die Tarifierhöhung 81 enthält einen Abschlag von 120 DM für März und April, der im Juni ausgezahlt wird. — Zu den Alternativen 1982: Für beide Berechnungen sind 6% Lohn- und Gehaltserhöhung angesetzt, die jetzt vom Bundestag in 1. Lesung beschlossene Erhöhung des Sozialversicherungsabzugs um 0,25% (netto) ab 1982 geht in die Rechnung ein. Die Alternative 1982 b beruht darüber hinaus auf folgenden Annahmen: 1) Kürzung von Grundvergütung (Anfangsstufe) und Ortszuschlag (Stufe 1) um 1%; 2) Verschiebung der Lohn- und Besoldungserhöhung um drei Monate auf 1.6., effektive Auszahlung erst ab September 82; 3) Lohnerhöhung berechnet auf gekürzte Grundvergütung und Ortszuschlag. — Die Arbeitnehmersparzulage von 13 DM ist in den Bruttolöhnen/-gehältern nicht enthalten. — Preisindex umbasierend auf 1/80 nach den Indexzahlen in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank.

LEHRER BAT III; ZWEI KINDER

: Jahr	Monat	: Brutto	Netto	Kaufkr. 1/80	:
78	Jan.	: 2910	1816	1961	:
	Feb.	: 2910	1816	1951	:
	März	: 2910	1816	1946	:
	Apr.	: 2910	1816	1940	:
	Mai	: 2910	1816	1936	:
	Juni	: 3416	2051	2182	:
	Juli	: 3187	1947	2076	:
	Aug.	: 3037	1877	2001	:
	Sept.	: 3037	1877	2003	:
	Okt.	: 3037	1877	2001	:
	Nov.	: 6174	3640	3872	:
	Dez.	: 3037	1877	1988	:
: Summe der Kaufkraft:				25857	:
79	Jan.	: 3037	1926	2021	:
	Feb.	: 3037	1926	2013	:
	März	: 3037	1926	2004	:
	Apr.	: 3037	1926	1992	:
	Mai	: 3037	1926	1988	:
	Juni	: 3507	2148	2205	:
	Juli	: 3551	2167	2209	:
	Aug.	: 3251	2029	2066	:
	Sept.	: 3251	2029	2062	:
	Okt.	: 3251	2029	2056	:
	Nov.	: 6602	3881	3920	:
	Dez.	: 3251	2029	2039	:
: Summe der Kaufkraft:				26575	:
80	Jan.	: 3251	2016	2016	:
	Feb.	: 3251	2016	1994	:
	März	: 3251	2016	1982	:
	Apr.	: 3251	2016	1971	:
	Mai	: 3251	2016	1963	:
	Juni	: 4045	2372	2296	:
	Juli	: 3749	2243	2169	:
	Aug.	: 3449	2108	2037	:
	Sept.	: 3449	2108	2037	:
	Okt.	: 3449	2108	2033	:
	Nov.	: 6999	4140	3969	:
	Dez.	: 3449	2108	2010	:
: Summe der Kaufkraft:				26477	:
81	Jan.	: 3449	2142	2025	:
	Feb.	: 3449	2142	2009	:
	März	: 3449	2142	1996	:
	Apr.	: 3449	2142	1983	:
	Mai	: 3449	2142	1976	:
	Juni	: 3977	2389	2192	:
	Juli	: 4001	2400	2194	:
	Aug.	: 3701	2262	2060	:
	Sept.	: 3701	2262	2051	:
	Okt.	: 3701	2262	2040	:
	Nov.	: 7501	4409	3951	:
	Dez.	: 3701	2262	2014	:
: Summe der Kaufkraft:				26491	:
82a	Jan.	: 3701	2251	1990	:
	Feb.	: 3701	2251	1976	:
	März	: 3701	2251	1966	:
	Apr.	: 3701	2251	1954	:
	Mai	: 3701	2251	1947	:
	Juni	: 4565	2630	2267	:
	Juli	: 4217	2484	2134	:
	Aug.	: 3917	2350	2014	:
	Sept.	: 3917	2350	2005	:
	Okt.	: 3917	2350	1995	:
	Nov.	: 7933	4568	3865	:
	Dez.	: 3917	2350	1975	:
: Summe der Kaufkraft:				26088	:
82b	Jan.	: 3673	2239	1980	:
	Feb.	: 3673	2239	1966	:
	März	: 3673	2239	1955	:
	Apr.	: 3673	2239	1944	:
	Mai	: 3673	2239	1937	:
	Juni	: 3673	2239	1930	:
	Juli	: 3973	2376	2041	:
	Aug.	: 3673	2239	1919	:
	Sept.	: 4531	2616	2232	:
	Okt.	: 3887	2616	1984	:
	Nov.	: 7875	4541	3842	:
	Dez.	: 3887	2337	1964	:
: Summe der Kaufkraft:				25694	:



USA

Wachsender Widerstand gegen die Reagan-Regierung



Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO hat auf seinem Kongreß Mitte November seinen Widerstand gegen die Reagan-Regierung untermauert. Auch unter den Farmern, deren Einkommen 1981 vermutlich halb so groß sein wird wie 1979, unter Schwarzen, Mexikanern, Indianern und Inuit entwickelt sich der Widerstand gegen die Regierung.

Bundeswehr

Die wehrpflichtige Jugend wird einer Zuchthausordnung unterworfen

Am 3. Januar werden wiederum 50000 Wehrpflichtige zur Bundeswehr gezogen, um „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“, d.h. das „Recht und die Freiheit“ der herrschenden Klasse gegen das westdeutsche Volk und gegen fremde Völker. Diesen ungerechten Zweck kann die westdeutsche Bourgeoisie

gegen die wehrpflichtige Jugend nur durchsetzen, indem sie diese auf niedrigsten Sold setzt und damit unter ihre Vormundschaft über Schlafen, Essen, Ausgang stellt; indem sie die Soldaten aller gewerkschaftlichen, politischen und selbst individuellen Rechte beraubt und sie in Geschöpfe verwandelt, für die jede Äußerung von eigenem Willen strafbar ist.



Studenten

Aktionstage gegen Haushaltspolitik der Reaktion

Universität



Vom 7. bis 12.12. finden an allen Hochschulen Aktionstage statt. Bundesweit sind an vielen Hochschulen Streikmaßnahmen beschlossen. Die Aktionen richten sich gegen die Haushaltspolitik der Reaktion, gegen die Absichten, Zahlungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) ganz einzustellen, den Rüstungshaushalt auf Kosten

des Sozialhaushaltes zu finanzieren, gegen die Rechtlosigkeit der Studenten und gegen unerträgliche Studienbedingungen. Werden die Studenten in den Aktionen eine weitere Klärung ihrer Politik gegen die Reaktion erreichen können? Können die Vertretungskörperschaften der Studenten ihre Aktionen mit denen der Gewerkschaften koordinieren?

Jugoslawien

Auseinandersetzungen um den künftigen Wirtschaftskurs

Der III. Selbstverwaltungskongreß im Juni in Belgrad hat u.a. folgende Ziele aufgestellt: Verbesserung der Qualität der Produktion, Durchsetzung des Prinzips der Bezahlung nach Leistung, Verfügung der Arbeiter über das gesellschaftliche Eigentum, Kampf gegen „bürokratische Erscheinungen und Gruppeneigentum“. Kann damit die schwierige Wirtschaftslage verbessert werden? Welche Klasseninteressen sind wirksam?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel: 0221/ 517457